

Volksbewaffnung

Im Gebiet der Republik ließ die verfassungsgemäße Regierung an Freiwillige Waffen verteilen, da der größte Teil der Armee zu Franco übergelaufen war. Gleichzeitig wendete sich die spanische Regierung mit Hilfsansuchen an Frankreich und Großbritannien. Unter Berufung auf ihre Nichteinmischungspolitik und aus Furcht vor einem größeren europäischen Konflikt, lehnten diese aber ab. Es kamen aber Freiwillige aus vielen Ländern. Sie wollten in Spanien im Rahmen der „Internationalen Brigaden“ den Kampf gegen den sich ausbreitenden Faschismus fortführen. Aus Österreich kamen beispielsweise ehemalige Schutzbündler, die 1934 aus Österreich geflohen waren, aber auch viele international bekannte Schriftsteller, wie Ernest Hemingway, George Orwell und Antoine de Saint-Exupéry. Von den Staaten unterstützte nur die Sowjetunion offiziell durch Waffenlieferungen und Berater.

Ausländer im Kampf

grausamer Bürgerkrieg

Der erbittert geführte Bürgerkrieg zog sich bis 1939 hin. Stück für Stück verlor die „Republiksregierung“ die Kontrolle über immer größere Gebiete. Auf Francos Seite kämpften italienische und deutsche Truppenverbände (etwa die „Legion Condor“). Spanien wurde zum Testgebiet ihrer neu entwickelten Waffen. Spanien war aber auch als rohstoffreiches Land für die Aufrüstung interessant.

Francos Sieg mit Hilfe Hitlers und Mussolinis

General Franco konnte dank der Unterstützung Mussolinis und Hitlers im März 1939 Madrid erobern und seine Siegesparade abnehmen. Nach seinem Sieg ließ Franco noch Tausende Anhänger der republikanischen Seite ermorden und einkerkern. Der Bürgerkrieg hatte etwa 600.000 Menschen das Leben gekostet. Flüchtenden Republikanern wurde in Frankreich zum Teil die Einreise verwehrt bzw. wurden sie in Lagern interniert.

hoher Blutzoll

keine Beteiligung am II Weltkrieg

Franco bis 1975

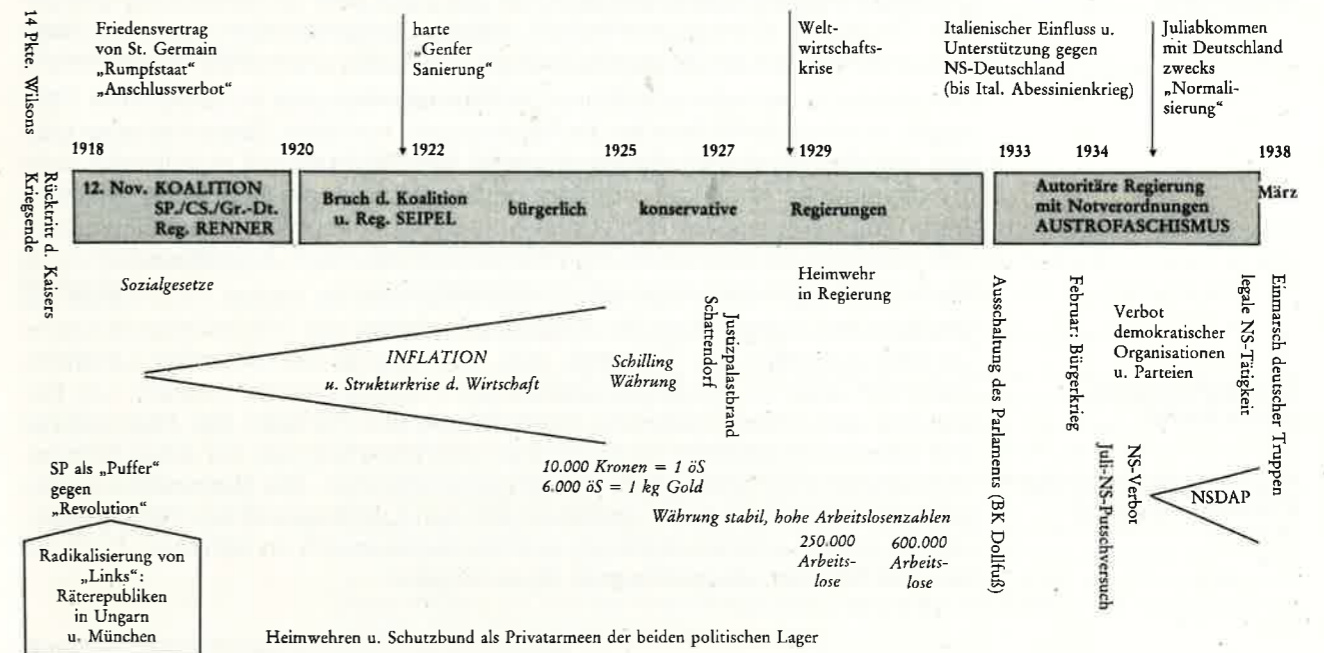
Nach dem Verbot der Parteien gründete Franco eine ihm ergebene Organisation, die „Falange“. Die Herrschaftsstruktur der Königszeit wurde – allerdings ohne König – wiederhergestellt. Die Macht lag in der Hand des „Caudillo“ (Führer). Da sich Spanien am Zweiten Weltkrieg nicht beteiligte, bestand dieses faschistische Regime bis zu Francos Tod im Jahre 1975. Als seinen Nachfolger hat er Prinz Juan Carlos bestimmt. Erst unter dem König konnte eine Liberalisierung und Demokratisierung einsetzen.



Picassos berühmtes Bild „Guernica“ erinnert an die Zerstörung der gleichnamigen baskischen Stadt durch einen Luftangriff der faschistischen Legion Condor. Das Gemälde wurde 1937 auf der Weltausstellung in Paris als bewusster Protest der bedrohten spanischen Republik ausgestellt. Der schlichte, funktionalistische Pavillon Spaniens stand dabei bereits in Kontrast zu den Monumentalbauten der diktatorisch regierten Staaten.

5 Österreich vom demokratischen zum autoritären Staat

ÜBERSICHT ERSTE REPUBLIK



www-Tipp

<http://www.aeiou.at/aeiou.encyclp.e/e782241.htm>

A Arbeitsaufgabe:

- Ergänzen Sie das Schaubild durch die entsprechenden Seitennummern im Buch.

5.1 Arbeitslosigkeit und Finanzierungsschwächen

Weltwirtschaftskrise 1929 Strukturschwächen

Die Weltwirtschaftskrise traf Österreich aus mehreren Gründen besonders hart: Die Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie hatte die Struktur der Wirtschaft so geschwächt, dass die Arbeitslosigkeit auch während der Hochkonjunktur niemals hatte besiegt werden können. Der Versuch der anderen Staaten, sich durch Zollmauern und Devisenvorschriften vom Ausland abzusperren, traf das von der Außenwirtschaft und dem Fremdenverkehr abhängige Österreich härter als die Staaten mit größerer Aussicht auf relative Autarkie.

geringe Staatseinnahmen

Lohn- und Einkommensteuer waren extrem niedrig. Ohne Einnahmen ist jede Regierung hilflos.

drückende Arbeitslosigkeit in den 30er Jahren

In den Jahren nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise steigerte sich die Arbeitslosigkeit in Österreich bis auf etwa 600.000 (1933). Das bedeutet, dass jeder dritte unselbständige Erwerbstätige Arbeit suchte. Die lange Dauer der Arbeitslosigkeit reduzierte die Unterstützungen. Viele waren „ausgesteuert“; sie wurden nicht einmal mehr registriert.

Großunternehmen im Besitz des Auslandes

Das größte österreichische Unternehmen, die Alpine Montangesellschaft, befand sich in ausländischem Besitz. Verständlicherweise legten die Eigentümer zunächst die Betriebe in Österreich still oder schränkten deren Produktion ein, bevor sie zu rigorosen Maßnahmen in den eigenen Ländern schritten.

Not der Landwirtschaft

Absatzschwierigkeiten und Preisverfall erschütterten auch die Landwirtschaft, von der damals ein Drittel der Bevölkerung lebte. Die drückende

Zusammenbruch der Banken 1931

Geldknappheit zwang viele österreichische Bauern zu einer deprimierenden Verschuldung.

Als erstes Bankunternehmen kam die Bodencreditanstalt in Schwierigkeiten. Die Regierung veranlasste den Hauptaktionär der Creditanstalt, Baron **Rothschild**, die Bodencreditanstalt mit ihren Aktiva und Passiva zu übernehmen. Das ging über deren Kräfte. Trotz staatlicher Stützungsmaßnahmen zwang die Weltwirtschaft das weit in den Balkan hinein wirkende Geldinstitut, seine Schalter zu schließen. Das löste wirtschaftliche Erschütterungen aus, die über die Grenzen Österreichs hinausgingen.

Heimwehren

Die **Heimwehren** hatten seit dem 15. Juli 1927 sehr an Bedeutung gewonnen. Die Alpine Montangesellschaft, andere Großunternehmungen und Banken unterstützten sie. Mussolini half mit, ihr Waffenarsenal zu verbessern.

Der steirische Heimatschutzführer Dr. **Pfrimer** versuchte im September 1931 sogar, durch einen Putsch an die Regierung zu kommen. Seine Aktionen blieben auf die Obersteiermark beschränkt. Der **Schutzbund** mobilisierte nicht nur die eigenen Anhänger, sondern bedrängte auch die Regierung, Gleiches zu tun; das Bundesheer erhielt den Auftrag, einzuschreiten, aber Blutvergießen möglichst zu vermeiden. Dr. Pfrimer flüchtete nach Jugoslawien.

Nach einer Wahlniederlage der Christlichsozialen im Herbst 1930 folgte auf Vaugoin der Vorarlberger Dr. **Ender**, auf diesen der niederösterreichische Landeshauptmann Dr. **Buresch** und 1932 wurde der bisherige Landwirtschaftsminister Dr. Engelbert **Dollfuß** zum Bundeskanzler bestellt. Die Regierung, auf Christlichsoziale, Heimatblock, die Parteien der Heimwehren und Landbund gestützt, verfügte über eine Mehrheit von nur einer Stimme. Mandatstärkste Partei waren die Sozialdemokraten. Die Nationalsozialisten waren im Parlament nicht vertreten. Bei den Landtagswahlen 1932 gewannen sie jedoch in Wien, Salzburg und Niederösterreich an Stimmen. Dadurch verschärfen sich die politischen Spannungen.

Sozialdemokraten – größte Partei

Regierungskoalition mit 1 Stimme Mehrheit

T 1

Wählerstimmen der Nationalsozialisten:

Nationalratswahlen 9. November 1930: Nationalsozialisten 100.000 Stimmen, aber kein Mandat (Heimwehr 8 Mandate)

Gemeinderatswahlen in Innsbruck vom 23. April 1933: Nationalsozialisten 15.000 Stimmen = 41% (Christlichsoziale 9.300, Sozialdemokraten 9.932 Stimmen)

Landtagwahlen in Wien, Niederösterreich, Salzburg, Kärnten, Steiermark:

Nationalsozialisten insgesamt 336.000 Stimmen



Dollfuß (im Anzug) 1933 bei Mussolini (in Badehose) in Riccione

5.2 Österreich im Schlepptau des faschistischen Italien

keine Abgrenzung zum Faschismus

Bundeskanzler **Dollfuß** und maßgebliche Kreise (besonders aus der Industrie) in der Christlichsozialen Partei schlossen aufgrund einer antidemokratischen Grundhaltung die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften aus. Die Abgrenzung nach „links“ fiel leichter als die konkrete Distanzierung von faschistischen Tendenzen und ihren Erscheinungen. – Ein Umstand, der angesichts der Anziehungskraft des Nationalsozialismus die Ausprägung eines eigenständigen Österreichbewusstseins erschwerte. Der Versuch, das „christlich-deutsche Österreich“ als den „deutscheren der beiden Staaten“ hinzustellen, schlug daher fehl. Die Großdeutschen in Österreich kamen immer stärker in das Schlepptau der Nationalsozialisten.

durch Konflikt mit NSDAP lehnte sich Österreich an Italien an

Im Konflikt mit den auf den Anschluss drängenden Nationalsozialisten lehnte sich die Regierung daher stärker an das faschistische Italien an. Die weltanschauliche Kluft zwischen der Regierung (Christlichsoziale mit Heimwehren) und der Opposition verbaute auch den Weg, die Verbindung der Sozialde-

Italien unterstützte Österreich zunächst gegen NS-Deutschland

1936 aber „Achse Rom-Berlin“

die Auflösung des Parlaments

Rücktritt der drei Parlamentspräsidenten

Regierung durch Notverordnungen

mokraten zum demokratischen Westeuropa und zur Tschechoslowakischen Republik zur Absicherung der außenpolitischen Situation gegenüber NS-Deutschland zu nutzen.

Mussolini war als faschistischer Führer Italiens ein entschiedener Gegner demokratischer Systeme und ihrer Vertreter (Liberale, Sozialdemokraten, Gewerkschaften). Vor dem Abessinienkrieg des Jahres 1936 standen die italienischen Faschisten auch Hitler noch distanziert gegenüber.

Als der Duce wegen dieser Aggression international verurteilt und Deutschland das einzige ihn unterstützende Land wurde, waren die Weichen für die Achse zwischen Italien und Deutschland gestellt. Ein politischer Witz meinte schon 1936:

Die Achse Rom-Berlin sei der Bratspieß, auf dem Österreich braun gebraten werden würde.

5.3 Die Ausschaltung des Parlaments 1933

Zur gleichen Zeit, als die Nationalsozialisten der demokratischen Weimarer Republik den Todesstoß versetzten, benützte Dr. Dollfuß eine Lücke in der Geschäftsordnung des österreichischen Parlaments, um es aufzulösen.

Dieser verhängnisvolle Schritt hatte eine eigenartige Vorgeschichte:

Im März 1933 sollten die Gehälter der österreichischen Eisenbahner wegen der Finanznot des Staates in drei Raten flüssig gemacht werden. Die Eisenbahngewerkschaften aller drei Richtungen (die Freie, die Christliche und die Deutschnationale Gewerkschaft) riefen einen Proteststreik aus. Aufgrund einer kaiserlichen Verordnung aus dem Jahre 1914 wurden die Streikenden mit Gehaltsabzügen und Entlassungen bestraft. Dieses Vorgehen veranlasste die sozialdemokratischen und großdeutschen Abgeordneten, die beide in Opposition zur Regierung standen, am 4. März 1933 eine dringende Anfrage im Parlament einzubringen. Die Opposition beantragte, die Führer des Eisenbahnerstreiks zu amnestieren (Strafen erlassen). Der Antrag wurde mit 81 zu 80 Stimmen angenommen. Der Stimmzettel eines sozialdemokratischen Abgeordneten, der sich aus Krankheitsgründen hatte entfernen müssen, war mit eingeworfen worden. Diese Stimme war ungültig.

Um bei einer zweiten Abstimmung der Opposition zum Erfolg zu verhelfen, trat der Präsident des Nationalrats, Dr. Karl **Renner**, zurück. (Damals hatte der amtsführende Präsident kein Recht mitzustimmen.) Im weiteren Verlauf der stürmischen Sitzung erklärte auch der zweite Präsident, der christlichsoziale Dr. **Ramek**, seinen Rücktritt. Diesem Vorgehen schloss sich der dritte Präsident, der großdeutsche Dr. **Straffner**, an. In tumultartigen Debatten ging der Nationalrat, ohne einen Präsidenten zu haben, auseinander.

Dies gab Dr. Dollfuß und seinem Kabinett die Möglichkeit, mit Hilfe von Notverordnungen aufgrund des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahre 1917 zu regieren. Zwar versuchte der dritte Präsident



Dieses Foto wurde in jener Sitzung des Nationalrats aufgenommen, die seine letzte war. Auf der Ministerbank erkennt man sitzend von links Staatssekretär Fey, Handelsminister Jahoncig, Bundeskanzler Dollfuß, Finanzminister Weidenhoffer. Kaum zwei Stunden nach der Rede des Abgeordneten König (am Rednerpult) begann die so genannte Selbstauflösung des Nationalrates.

des Nationalrats, eine Sitzung für 15. März 1933 einzuberufen, doch die Regierung erklärte die Einberufung für ungültig und verhinderte die Sitzung mit Polizeigewalt.

vergebliche Klage beim Verfassungsgerichtshof

Als Reaktion auf die Ausschaltung des Parlaments klagte die Sozialdemokratische Partei beim Verfassungsgerichtshof. Der Bundeskanzler berief jedoch die christlichsozialen Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes ab. Dadurch wurde dieser beschlussunfähig und die Regierung von niemandem mehr kontrollierbar. Der demokratische Rechtsstaat hatte zu bestehen aufgehört.

T 2 Parlaments- oder Staatskrise?

Aus der Regierungsmitteilung (in Plakatform) vom 7. März 1933.

„An Österreichs Volk:

Der Nationalrat, die gesetzgebende Versammlung der Republik Österreich, ist gelähmt und handlungsunfähig. Wie ist das gekommen? Infolge schwerer Meinungsverschiedenheiten über die Gültigkeit einer Abstimmung am Samstag, dem 4. März d. J., legten alle drei Präsidenten ihre Stelle nieder. Dieser Fall ist in der Verfassung und in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen, es besteht daher zurzeit eine schwere Krise des Parlaments.

Die Regierung wünscht nicht, dass das Land dauernd einer aktionsfähigen, dem allgemeinen Wohl dienenden Volksvertretung entbehrt. Die Führung eines Staates liegt aber nicht allein bei der Gesetzgebung, sondern ebenso beim Staatsoberhaupt und der Regierung. Die vom Herrn Bundespräsidenten ernannte gesetzmäßige Regierung ist im Amte. Sie ist von der Parlamentskrise, die ohne ihr Zutun heraufbeschworen wurde, nicht berührt: es gibt daher keine Staatskrise!“



Als 3. Nationalratspräsident Straffner für den 15. März 1933 eine Sitzung einberufen hatte, war das Parlamentsgebäude von Polizei besetzt und die meisten Abgeordneten wurden am Betreten des Sitzungssaales gehindert.

5.4 Zwischen Demokratie und Bürgerkrieg

zwischen Demokratie und Diktatur

Österreich war zwar nominell (dem Namen nach) noch eine Demokratie, in der politischen Praxis aber bereits ein autoritärer Staat. Nur die Gemeinde Wien und die Landesregierungen funktionierten noch auf demokratischer Basis.

Im Herbst 1933 beschloss die Sozialdemokratische Partei auf einem außergewöhnlichen Parteitag, in vier Fällen den Generalstreik zu proklamieren:

1. Wenn eine faschistische Verfassung oktroyiert (zwangsweise eingeführt) werde.
2. Wenn die Regierung die Verwaltung Wiens einem Regierungskommissär übertrage.
3. Wenn die Regierung die Gewerkschaften ablöse oder sie gleichschalte.
4. Wenn die Parteioorganisationen verboten oder ihre Heime gewaltsam besetzt würden.

Warnung der Sozialdemokraten

Nach der allgemeinen Meinung musste ein Generalstreik zum Bürgerkrieg führen.

Die Ausschaltung der Parteien aus der Bundespolitik hatte eine Lücke entstehen lassen. Bundeskanzler Dollfuß und seine Anhänger bemühten sich, diese durch eine neue Organisation zu füllen: Die „**Vaterländische Front**“ wurde gegründet. Sie sollte als einzige Trägerin der politischen Willensbildung an die Stelle der Parteien treten.

Der Widerhall in der Bevölkerung blieb gering.

Verständnisvolle Politiker beider Lager bemühten sich um eine vernünftige Lösung. Dr. Renner versuchte zu erwirken, dass das Parlament noch einmal einberufen würde, um eine einmütige Deklaration für die Unabhängigkeit Österreichs zu beschließen. Er fand kein Gehör. Der Druck Mussolinis sowie der Heimwehraufmärsche erwies sich als stärker. Auch Dollfuß zeigte wenig Neigung, selbst Verhandlungen mit der Opposition zu führen.

Noch am 9. Februar 1934 erklärte der christlichsoziale Gemeinderat und Gewerkschaftsführer Leopold **Kunschak** in der letzten Sitzung des frei gewählten Wiener Gemeinderates:

Vaterländische Front statt Parteienvielfalt

vergebliche Ausgleichsversuche

Warnung durch christlichen Gewerkschaftsführer

T 3

„... Ich bin nicht so töricht zu glauben, dass es jemals zu einer Harmonie der Anschauungen in politischer, kultureller oder wirtschaftlicher Beziehung kommen werde. Es wird immer, solange es Menschen gibt, differente Anschauungen geben und es wird immer so sein, dass einzelne Menschen oder Gruppen von Gleichgesinnten für ihre Anschauungen werben. Es wird auch immer Parteien geben, wenn schon längst der Gleichschaltungswahn unserer Zeit in der Geschichte als die Periode des Abgleitens der Kultur verzeichnet sein wird.“

Der Feind unserer Stadt, unseres Heimatlandes und dessen in der Geschichte als deutsche Sendung verankerten Eigenlebens ist die Entartung des deutschen Geistes im Nationalsozialismus. Ihm entgegenzuwirken und positiv aufbauend zu wirken an der Seele unseres Volkes und ihm die wirtschaftlichen Bedingungen des Lebens zu sichern, das ist der Weg, den uns die Stunde zu gehen heißt.

Gebe Gott, dass die Zerrissenheit des Geistes und der Seele in unserem Volke und seinen Führern bald sich hebe, ehe Volk und Land an Gräbern steht und weint...“

Mussolini drängt

In dieser Zeit setzte Mussolini Dr. Dollfuß jedoch unter unverhüllten Druck. Er drohte Österreich seine Unterstützung zu entziehen, falls es nicht endlich die Reste der parlamentarischen Demokratie beseitige.

Politisch verursachte Todesopfer in Österreich

	1918–1933	1934–1938
Absolute Zahl	215 Tote	621 Tote
„Linke“ in %	73,0 %	32,9 %
Katholiken, Konservative, Heimwehren in %	4,7	11,3
NSDAP in %	7,4	25,6
Militär/Exekutive in %	7,0	27,8
Zivilisten in %	7,9	2,4

Quelle: Bootz, G.: Gewalt in der Politik, S. 307

T 4

Zwei Tage nach der Rede Kunschaks erklärte der Führer der Wiener Heimwehren, Vizekanzler Fey, anlässlich einer Denkmalenthüllung:

„... die Aussprachen von vorgestern und gestern haben uns die Gewähr dafür gegeben, dass Kanzler Dollfuß der unsrige ist. Ich kann euch noch, wenn auch nur mit kurzen Worten sagen: ‚Wir werden morgen an die Arbeit gehen, und wir werden ganze Arbeit leisten für unser Vaterland.‘“



Schutzbundaufmarsch im Wienerwald



Heimwehraufmarsch in Stockerau

5.5 Der 12. Februar 1934

Zusammenstoß in Linz

Am 12. Februar 1934 versuchte die Polizei in Linz das Hotel Schiff, den Sitz der Sozialdemokratischen Partei, nach Waffen zu durchsuchen. Erwartungsgemäß stieß sie auf den Widerstand des Schutzbundes. Das Bundesheer griff in die Schießerei ein und bahnte der Polizei gewaltsam den Weg.

Diese Nachricht löste in Wien und anderen Industriezonen Österreichs Aktionen des Schutzbundes aus. Alle strategisch wichtigen Punkte, wie Bahnhöfe, Regierungsgebäude, Rundfunkstationen, waren von Bundesheer, Polizei und Heimwehr besetzt worden. In Wien tobten die Kämpfe um die großen Wohnblocks der Gemeinde. Der schlecht organisierte Widerstand des Schutzbundes wurde nach zwei Tagen unter Einsatz der Artillerie niedergelassen. Auch im steirischen und oberösterreichischen Industriegebiet brachen Polizei, Militär und Heimwehr rasch jeden Widerstand.

Bürgerkrieg



Zerstörte Arbeiterwohnungen nach Artilleriebeschuss.

T 5

Aus der Mitteilung der Bundesregierung:

„An das Volk von Österreich!

Eine jeder Verantwortung bare Führung der Sozialdemokratischen Partei hat den Versuch unternommen, sich mit Waffengewalt gegen die staatlichen Behörden aufzulehnen, außerdem einen Generalstreik anzuzetteln und den verbotenen Republikanischen Schutzbund zu mobilisieren. Dieser verbrecherische Angriff auf die Organe der Staatsautorität hat bereits Blutopfer gefordert. In Wahrung der ihr obliegenden Pflicht ist die Bundesregierung diesem Unternehmen sofort mit voller Energie entgegengetreten. Abgesehen von mehreren schweren Zusammenstößen in vereinzelt Orten herrscht im Bundesgebiet Ruhe.

Die Bundesregierung richtet noch einmal an die irreführenden Elemente die ernste Aufforderung, von diesem wahnhaften Beginnen abzulassen und in Ruhe ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Wer mit den Waffen in der Hand gegen die legale Ordnungsgewalt Stellung nimmt, fällt unter die Bestimmung des auf Aufruhr erweiterten Standrechtes ...“

A Arbeitsaufgabe:

- Stellen Sie die unterschiedlichen Interpretationen der Ereignisse/Situationen einander gegenüber!

T 6

Aus der „Arbeiter-Zeitung“ vom 25. Februar 1934 (der ersten in Brünn gedruckten Nummer, die illegal in Österreich verbreitet wurde):

„... Seit dem 7. März 1933 hat die Regierung Dollfuß-Fey ein System des Verfassungsbruchs, der Recht- und Gesetzlosigkeit aufgerichtet. Sie hat alle Freiheitsrechte, die die Verfassung der Republik dem österreichischen Volke zugesichert hat, vernichtet, alle sozialen Errungenschaften der Arbeiter und Angestellten mit Füßen getreten. Trotzdem hat die Sozialdemokratie dem österreichischen Volke den blutigen Bürgerkrieg ersparen wollen. Wir wollen kein Blutvergießen. Elf Monate lang haben wir das Unerträgliche ertragen. Elf Monate lang alles Menschenmögliche versucht, um zu einer friedlichen, verfassungsmäßigen Entwirrung der politischen Krise zu gelangen. Aber unsere Feinde wollten den Frieden nicht. Die Aristokratie und die k. u. k. Generale, die die Heimwehr kommandieren, wollten die österreichische Arbeiterklasse mit Gewalt niederwerfen, damit für Otto Habsburg der Weg in die Hofburg frei werde. Die Kapitalisten wollten uns gewaltsam niederschlagen, damit sie die Gewerkschaften zertrümmern und die „sozialen Lasten“ abbauen könnten. Mussolini, der blutdürstige Despot Italiens, trieb Dollfuß und Fey zum Faschismus vorwärts, damit er Österreich in eine Kolonie Italiens verwandeln, die Brücken zwischen Italien und seinem ungarischen Vasallen schlagen und auf diese Weise zwischen die Tschechoslowakei und Jugoslawien das italienisch-österreichisch-ungarische Kriegsbündnis einschieben könne.“

neun Todesurteile

unüberbrückbare Kluft

hohe Verluste

Regierungskommissäre statt Bürgermeister

illegale Organisationen

www-Tipp

Standgerichte verurteilten neun Personen, darunter den steirischen Abgeordneten zum Nationalrat Koloman **Wallisch**, zum Tode durch Strang. Die Hinrichtungen machten jeden späteren Versuch, die Kluft zu überbrücken, wirkungslos.

Nach offiziellen Mitteilungen hatte die Exekutive 118 Tote und 496 Verwundete zu beklagen, die Opfer unter Schutzbündlern und Zivilisten beliefen sich auf 196 Tote und 319 Verwundete. Ausländische Beobachter schätzten die Zahlen wesentlich höher.

Seit Hitler in Deutschland regierte, hatten nicht nur die Christlichsozialen, sondern auch die Sozialdemokraten jedem Anschlussgedanken abgeschworen.

Noch während der Kämpfe hatte die Regierung die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei, des Bundes Freier Gewerkschaften, des Wiener Gemeinderats bzw. Landtags verfügt und den Bürgermeister und Landeshauptmann Seitz des Amtes enthoben. Der bisherige Sozialminister **Schmitz** wurde zum Regierungskommissär für Wien bestellt.

Die exponiertesten (einflussreichsten, bekanntesten) sozialdemokratischen Funktionäre, wie Dr. Otto **Bauer** und Dr. Julius **Deutsch**, flohen in die Tschechoslowakei. In Österreich entstand rasch eine vorwiegend von jungen Menschen getragene illegale Organisation, die sich „**Revolutionäre Sozialisten**“ nannte. Manche enttäuschte Sozialdemokraten schlossen sich den illegalen Nationalsozialisten an, andere den Kommunisten. Eine Anzahl von Schutzbündlern floh in die Sowjetunion. Die meisten von ihnen fielen dort den Säuberungswellen Stalins zum Opfer.

Die Kommunistische und die Nationalsozialistische Partei waren ebenso verboten worden wie die Sozialdemokratie.

<http://zeit1.uibk.ac.at/quellen/madertha.htm>

<http://doew.at/service/ausstellung/1938/1/1a.html>

5.6 Das autoritäre Regime

Schon am 1. Mai 1934 trat eine neue Verfassung in Kraft.

Um den Schein der Verfassungsmäßigkeit zu wahren, war für 30. April 1934 eine Sitzung des Nationalrates einberufen worden. Nur 76 der einst gewählten 165 Mandatare – also weniger als die Hälfte – durften an der Sitzung teilnehmen, 74 stimmten der neuen Verfassung zu.

autoritäre Verfassung

Verzicht auf Volkssouveränität

Vaterländische Front, Berufsstände und Kirche als tragende Säulen

Konkordat

Mussolini befriedigt

1.000-Mark-Sperre

Ihre Präambel (Vorrede) lautete: „Im Namen Gottes des Allmächtigen, von dem alle Gerechtigkeit ausgeht, erhält das österreichische Volk für seinen christlich-deutschen Bundesstaat auf ständischer Grundlage diese Verfassung.“

Schon die Präambel ließ den Rückgriff auf vordemokratische Traditionen erkennen: Das Recht ging nicht mehr vom Volke aus. Nach der neuen Verfassung sollte die Willensbildung im öffentlichen Leben auf drei Grundlagen erfolgen: die Staatspolitik durch die Vaterländische Front, die Wirtschaftspolitik durch die Berufsstände und die Kulturpolitik durch die kulturellen Gemeinschaften, vor allem die Kirchen.

Der Aufbau der Berufsstände verzögerte sich so, dass die Verfassung bis zum Ende Österreichs im März 1938 niemals voll zur Geltung kam. Von großer Bedeutung jedoch wurde ein Konkordat (ein Staatsvertrag mit der Kirche), das ebenfalls am 1. Mai 1934 unterzeichnet wurde.

Erwartungsgemäß gab Mussolini der neuen Entwicklung Österreichs seine Zustimmung. In den „Römischen Protokollen“ vom 14. Mai 1934 sicherte Italien Österreich und Ungarn wirtschaftliche Zusammenarbeit zu. Die Regierung betrachtete dies als einen Hoffnungsschimmer, denn der für Österreich so wichtige Fremdenverkehr war durch eine Aktion Hitlers sehr geschädigt worden: Jeder nach Österreich reisende deutsche Feriengast musste den deutschen Zollbehörden 1.000 Mark entrichten. Unter solchen Umständen konnten sich nur sehr wenige einen Urlaub in Österreich leisten.

Österreich als ein zweiter deutscher Staat

Die autoritäre Regierung versuchte das Bild eines „zweiten deutschen Staates“ zu schaffen. Dazu bediente sie sich einer Unzahl von Symbolen und Propagandainhalten, die auch die Nationalsozialisten verwendeten: Der Bundeskanzler als „Frontführer“, das Kruckenkreuz als Staatssymbol, die vaterländische Front als Einheitsorganisation, die schwarz uniformierten „Ostmärkischen Sturmsharen“ als Elitekader, die Uniformierung der Jugendorganisationen ähnlich wie die HJ in Deutschland und anderes mehr. Da der öffentliche Dienst sowie die Lehrerschaft unter anderem immer stärker von illegalen Nationalsozialisten durchsetzt waren, erschienen die Geschehnisse von 1938 für manche Österreicher bloß als „Austausch der Führer.“

T 7 „Staatsbürgerkunde“?

Alle singen:	Lasst, durch keinen Zwist geschieden, uns nach einem Ziele schau! (3. Strophe)	Der Führer:	Dem Vaterhaus, dem Heimatleben und altem Brauch uns hinzugeben, geloben wir!
Der Führer:	So einig! Wie ihr heute seid, bleibt, junge Scharen, allezeit!	Alle:	Zu hassen Feigheit und Verrat, zu lieben unsern deutschen Staat, geloben wir!
Sprechchor:	Wir wollen sie, die Einigkeit, hinweg mit allem Bruderstreit!	Der Führer:	Euer Wort ein köstlich Pfand, dargereicht dem Vaterland.
Der Führer:	Des Körpers Tüchtigkeit zu pflegen, die Hände arbeitsfroh zu regen, geloben wir!	Alle:	Seid bedankt, begrüßt zugleich mit dem Rufe: Österreich!
Alle:	Nach edler Bildung zu verlangen und reiner Sitte anzuhängen, geloben wir!	Der Führer:	Österreich! Österreich! Österreich!
Der Führer:		Alle:	
Alle:			

Quelle: Ich bin ein Österreicher. Staatsbürgerkunde für Haupt- u. Mittelschulen. ÖBV-Wien 1935. S. 9



Schießen – auch für Jugendliche, doch schließlich nicht gegen Nationalsozialisten angewandt, sondern im Aggressionskrieg Hitlers gegen die Welt

T 8 Die wirtschaftliche Situation

Preisliste für Lebensmittel 1934

1 kg Mehl	72 g
1 kg Reis	69 g
1 kg Schwarzbrot	58 g
1 kg Weißbrot	1 S 52 g
1 l Milch	47 g
1 kg Butter	4 S 86 g
1 kg Margarine	2 S 26 g
1 kg Schmalz	1 S 83 g
1 kg Rindfleisch	2 S 83 g
1 kg Schweinefleisch	2 S 54 g
1 kg Wurst	2 S 96 g
1 kg Zucker	1 S 42 g
1 Ei	11 g
1 kg Kartoffel	20 g

Wochenlöhne laut Kollektivvertrag in Wien 1934

Maler, Anstreicher	68 S 11 g
Bauhilfsarbeiter	49 S 44 g
Bauhilfsarbeiterinnen	33 S 60 g
Facharbeiter, Elektrizitätswerke	83 S 04 g
Tischler, Gehilfen	46 S 56 g
Schneider	68 S 16 g
Schuhmacher, Gehilfe	51 S 50 g
Buchdrucker, Gehilfen	70 S 50 g

Quelle: „Rückblicke“, hrsg. v. Initiative für Kulturpädagogik, Wien o. J., S. 7

T 9

Das Unterrichtsministerium hat im Zeitraum 1933–38 nicht weniger als 2.610 Straftaten nationalsozialistischer Schüler verfolgt, das waren 16-mal so viele wie bei sozialistischen und kommunistischen Schülern zusammen.

Quelle: Dachs, Schule 1988, S. 8

Die Nationalsozialistische Lehrerorganisation in der „Ostmark“ war schon 1933 verhältnismäßig stärker als im „Altreich“. 1933 werden 2.292 Lehrer angegeben.

Quelle: Dachs, Schule 1988, S. 7

A Arbeitsaufgabe – Bildanalyse:

- Wie ist die Szene im Bild arrangiert?
- Wie ist Dollfuß gekleidet? Überlegen Sie warum? Worauf spielt er mit seiner Kleidung an?
- Können Sie sich ein derartiges Auftreten eines Politikers der Gegenwart vorstellen?
- Sehen Sie unter dem Begriff „Dollfuß“ und anderen zentralen Begriffen dieses Kapitels im virtuellen Österreichlexikon www.aeiou.at nach!



5.7 Der Juliputsch 1934

Die Nationalsozialisten versuchten die Schwierigkeiten, in denen sich Österreich befand, und die Unzufriedenheit eines erheblichen Teils der Bevölkerung mit dem neuen Ständestaat auszunützen, um das Land durch einen Gewaltstreich unter ihre Herrschaft zu bringen.

Putschpläne aus München Der Landesinspekteur für die österreichische NSDAP, Theo **Habicht**, ein ehemaliger deutscher Kommunist, hatte seinen Sitz in München aufgeschlagen. Dort wurden die Pläne zu einem Putsch ausgearbeitet.

25. Juli 1934: Überfall auf das Bundeskanzleramt Am 25. Juli 1934 fuhr eine aus ehemaligen Bundesheerangehörigen bestehende SS-Einheit in Bundesheer- und Polizeiuniformen auf Lastwagen zum Bundeskanzleramt. Man hielt sie für eine Polizei-Verstärkung und gewährte ihnen Einlass.

Die SS-Männer verriegelten das Tor von innen, entwaffneten die Polizei und stürmten das Gebäude in der Hoffnung, die dort versammelte Regierung mit einem Schlag verhaften zu können.

Die Aktion erwies sich schon in den ersten Minuten als Fehlschlag: Bundeskanzler Dr. Dollfuß war von Innenminister Fey gewarnt. Das hatte den Bundeskanzler veranlasst, die Regierungssitzung zu unterbrechen und die Minister anzuweisen, an ihren Amtssitzen auf weitere Weisungen zu warten.

Er selbst wurde von den das Bundeskanzleramt besetzenden Nationalsozialisten an seinem Amtssitz angetroffen und tödlich verletzt:

Fey scheint auf zwei Wegen informiert worden zu sein: Durch die Wiener Polizei, der ein reumütiger oder ängstlicher SS-Mann den Plan verraten hatte, und durch die SA in München, die auf die SS eifersüchtig war; erst wenige Wochen waren seit der Ermordung ihres Stabschefs Röhm vergangen.

Der österreichische Militärattaché in Paris, Oberst Lothar Rendulic, spricht schon im Jänner 1934 von dem geplanten Mord an Bundeskanzler Engelbert Dollfuß. Der Militärattaché der königlich-ungarischen Gesandtschaft in Paris schreibt am 24. Jänner nach Budapest:

„Nach einer Erklärung, die Rendulic mir gegenüber machte, kann das Vordringen und der Sieg des Nationalsozialismus in Deutsch-Österreich nicht mehr verhindert werden . . . seiner Meinung nach ist es nur die Frage einer kurzen Zeit, bis die nationalsozialistische Herrschaft Wirklichkeit wird. Sein Eindruck ist der, dass Kanzler

(Engelbert) Dollfuß, Minister (Emil) Fey und andere wahrscheinlich als Folge ihres politischen Standpunktes das Leben verlieren werden. Seiner Meinung nach kann in der gegenwärtigen Zeit von einer offenen Einverleibung Deutsch-Österreichs in Deutschland keine Rede sein. Daraus schließt er, dass die Umbildung Deutsch-Österreichs in einen nationalsozialistischen Staat eintreten wird, der seine scheinbare Selbständigkeit vor der Welt – provisorisch – aufrecht erhalten wird, während er in Wirklichkeit gänzlich den deutschen Weisungen folgen wird . . .“

Quelle: Die Chronik Österreichs, Wien 1994, S. 512

7 Groschen für Österreich **Illustrierte** **40 Heller**

Kronen Zeitung

35. Jahrgang. Wien, Donnerstag den 26. Juli 1934. Nr. 12.396.

Druck, Verlag, Eigentum und Herausgabe: G. Döcker & Co., Wien, IX., Pratergasse 28. Verantwortlicher Schriftleiter: Emil Belwart, Wien, IX., Kärntnerstraße 9.

Post-Abonnement für Österreich: 1 Monat 2 Schilling 30 Groschen. Postverk. Wien: Konto-Nr. 51755.

Wien, Donnerstag den 26. Juli 1934. Redaktion und Administration: Wien, IX., Pratergasse 28. Tel. A-18-5-25, NS 9 Uhr abends; Tel. A-18-5-26 u. A-18-5-27, Nacht-Expedition: Tel. A-18-5-28. Stabtbureau: I., Schulerstraße 10. Tel. R-27-2-36.

Post-Abonnement für die Tschechoslowakische Republik: 1 Monat Kč 11,-, 3 Monate Kč 33,-. Postverk. Prag: Konto-Nr. 51755.

Bundeskanzler Dr. Dollfuß ermordet.

Von Aufrührern, die sich Uniformen von Heeresangehörigen und Polizei verschafft hatten und dadurch ins Bundeskanzleramt eindringen konnten, wurde Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß tödlich verletzt.

Der Kanzler mußte verbluten, da die Aufrührer das Gebäude besetzt hielten, sodaß dem schwerverwundeten Regierungschef keine ärztliche Hilfe gebracht werden konnte.

Vorübergehende Gefangenhaltung mehrerer Minister.

Von den Aufrührern, die den Bundeskanzler tödlich verletzt hatten, wurden nebst Dr. Dollfuß auch Minister Fey und Staatssekretär Karwinsky gefangen gehalten. In den Abendstunden, nachdem die Terroristen aus dem Gebäude abgezogen waren, erlangten Minister Fey und Staatssekretär Karwinsky wieder ihre Freiheit.

Die „Kabag“ vorübergehend besetzt.

In ähnlicher Weise wie ins Bundeskanzleramt verschaffte sich eine Gruppe nationalsozialistischer Terroristen Eingang ins Kabaggebäude in der Johannesgasse.

Mit vorgehaltener Pistole zwangen sie den Ansager, eine falsche Meldung über den Rücktritt der Regierung zu verlautbaren.

Raum drei Stunden nach dem Überfall war das Gebäude von den Aufrührern gesäubert.

Minister Dr. Schuschnigg — Regierungschef.

Bundespräsident Miklas, der sich in Welden aufhält, hat verfügt, daß Bundesminister Dr. Kurt von Schuschnigg bis zur Rückkehr des Vizekanzlers Starhemberg die Regierungsgeschäfte leitet.

Dr. Schuschnigg hielt abends im Rundfunk an die Bevölkerung eine Rede, in der er in schmerzbelegten Worten den Tod des Kanzlers mitteilte.

Standrechtliches Verfahren gegen Aufrührer.

Eine Verfügung der Sicherheitsbehörden besagt, daß mit heutigem Tag im Gebiet der bundesunmittelbaren Stadt Wien gegen Aufrührer die Bestimmungen des standrechtlichen Verfahrens Anwendung finden. Von heute an müssen die Haustore um 20 Uhr abends gesperrt sein, weiter dürfen sämtliche Gaststätten nur bis 20 Uhr abends offenhalten. Gruppenbildungen und Ansammlungen auf der Straße sind strengstens untersagt.

Die Regierung Herrin der Lage.

Abgesehen von kleineren Aufrührerversuchen in Steiermark herrscht in Österreich Ruhe — die Regierung beherrscht die Situation.

Ausschnitt aus dem so genannten „Kollerschlag Dokument“, das über die Pläne der Putschisten Aufschluss gibt. Es wurde erbeutet, als bei Kollerschlag Einheiten der „Österreichischen Legion“ die bayrisch-österreichische Grenze überschreiten wollten.

„ . . . Auf die Nachricht vom Rücktritt Dollfuß' unternimmt die SA überall sofort selbständig ‚unbewaffnete‘ Propagandamärsche, offiziell, um für Neuwahlen zu demonstrieren, in Wahrheit, um sofort in den Landeshauptstädten und Bezirkssitzen die öffentlichen Gebäude und Ämter zu besetzen und die Macht zu ergreifen. Der zuständige SA-Brigadeführer erlässt in jedem Land sofort eine Bekanntmachung, dass der Gauleiter als Landeshauptmann und der Brigadeführer als Sicherheitsdirektor die Macht übernommen haben, er gibt der Exekutive in dieser Richtung energische Befehle als neuer Vorgesetzter . . .“

. . . Es können nur zwei Möglichkeiten folgen:

- Die neue Regierung erkennt die nationalsozialistische Bewegung an und fügt sich, oder
- es setzt ein mehr oder weniger planmäßig geleiteter aktiver Widerstand gegen uns ein, kurz es entwickelt sich ein Kampf um die Macht. In diesem Falle darf sich die SA nicht mit „Propagandamärschen“ und friedlichem Besetzen der Regierungsgebäude begnügen, sondern es muss mit allen Mitteln um die Erringung der Macht gekämpft werden. Kurz gesagt, aus dem „Sommerfest“ entwickelt sich spontan das „Preisschießen“ mit „Italienischer Nacht“, wie es bereits vorbereitet ist. Gelingt es uns so, die Länder zu erobern, dann wird Wien sich nicht allein halten können, sondern wird folgen müssen . . .“

Kampf um den Rundfunk

Gleichzeitig mit der Aktion im Bundeskanzleramt hatte eine andere SS-Gruppe das Rundfunkgebäude gestürmt und den Ansager mit vorgehaltener Pistole gezwungen, eine Erklärung zu verlesen, derzufolge die Regierung zurückgetreten und der ehemalige christlichsoziale Landeshauptmann der Steiermark und spätere Botschafter in Rom Dr. Rintelen vom Bundespräsidenten mit der Regierung betraut worden sei.

Verräter Rintelen

Kämpfe

In mehreren Gemeinden besetzten Nationalsozialisten die Ämter oder verwickelten sich in Kämpfe mit der Gendarmerie und den Heimwehren. Insgesamt forderte der Putsch etwa 500 Todesopfer.

Die im Bundeskanzleramt eingeschlossenen Putschisten räumten nach stundenlangen Verhandlungen des Gebäude, nachdem ihnen freier Abzug in das Deutsche Reich zugesichert worden war. Zu diesem Zeitpunkt wusste man allerdings noch nichts vom Tode des Bundeskanzlers. Dieser Sachverhalt änderte die Situation. Die SS-Männer wurden verhaftet, vor Gericht gestellt und neun von ihnen zum Tode verurteilt und hingerichtet.

neun Hinrichtungen

Schuschnigg neuer Bundeskanzler

Die Behauptung Feys, der sterbende Bundeskanzler hätte ihn zum künftigen Regierungschef bestimmt, fand keinen Glauben. Bundespräsident Miklas ernannte den bisherigen Unterrichtsminister Dr. Kurt von Schuschnigg (Adelsprädikate waren im Ständestaat wieder erlaubt) zum Bundeskanzler.

Hitler ehrt Dollfuß-Mörder

Hitler distanzierte sich zunächst von der misslungenen Aktion. Der deutsche Gesandte wurde abberufen und durch den bisherigen Vizekanzler von Papen ersetzt. (1938 legte Hitler am Grabe des hingerichteten Otto Planetta, der den Schuss auf den Kanzler abgegeben hatte, demonstrativ einen Kranz nieder.)

Mussolini hätte Anschluss verhindert

1934 bestand für die Nationalsozialisten keine Aussicht, die Regierungsgewalt an sich zu reißen. Hitlers Drittes Reich war noch zu wenig gerüstet, um einen Krieg riskieren zu können. Mussolini gestattete zu diesem Zeitpunkt die Expansion (Ausdehnung) Deutschlands noch nicht, weil er Österreich und Ungarn als Vorhof seiner Machtsphäre betrachtete. Von den Vorgängen in Wien in Kenntnis gesetzt, ließ er italienische Truppen an den österreichischen Grenzen aufmarschieren – eine deutliche Warnung an Hitler, den Bogen nicht zu überspannen.

5.8 Österreichs Untergang

Die vierjährige Regierungszeit Dr. Schuschniggs ist durch das verzweifelte Bemühen gekennzeichnet, den Ständestaat im Inneren populär zu machen und die Unabhängigkeit Österreichs nach außen hin zu wahren. Beides gelang nicht.

erfolgloser Ständestaat

Trotz seines Arbeitsbeschaffungsprogramms, das unter anderem den Ausbau des österreichischen Straßennetzes vorsah, ging die Arbeitslosigkeit nur langsam zurück. Die österreichische Währung war zwar gut gedeckt und äußerst stabil (damals kam die Bezeichnung „Alpendollar“ auf), aber die Geldnot lähmte den privaten und öffentlichen Konsum.

Ausschaltung der Heimwehr

1936: Juliabkommen, Annäherung an Deutschland

Februar 1938: Schuschnigg bei Hitler

Legalisierung der Nationalsozialisten

Verzicht auf Unterstützung durch Sozialdemokraten

Bis 1936 stützte sich Schuschnigg noch auf die von Ernst Rüdiger Fürst **Starhemberg** geführten Heimwehren und die Vaterländische Front, als deren „Führer“ Starhemberg ebenfalls fungierte. Autoritären Prinzipien folgend, konnte Schuschnigg nicht einen zweiten „Führer“ neben sich gewähren lassen. Bei der Regierungsumbildung 1936 schied Starhemberg aus, die Heimwehren wurden aufgelöst, ihre Anhänger politisch ausgeschaltet.

Im gleichen Jahr erfolgte eine deutliche Annäherung Mussolinis an Hitler wegen der Unterstützung im Krieg gegen Abessinien. Deshalb bemühte sich Schuschnigg um ein besseres Verhältnis zum Deutschen Reich. Im „Juliabkommen“ hob Deutschland die 1.000-Mark-Sperre auf und anerkannte die Souveränität Österreichs, verlangte aber das Versprechen einer prodeutschen Politik, eine Unterbindung der Propaganda gegen den Nationalsozialismus und die Amnestie für inhaftierte Nationalsozialisten. Außerdem sollte sowohl die Vaterländische Front als auch die Regierung betont deutsch-nationale Persönlichkeiten aufnehmen.

Am 12. Februar 1938 folgte Dr. Schuschnigg einer Einladung Hitlers in dessen Haus auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden. Schuschnigg hoffte, Deutschlands Druck auf Österreich durch eine persönliche Aussprache abschwächen zu können. Rasch musste er erkennen, dass er sich getäuscht hatte. Hitler behandelte ihn nicht wie einen Regierungschef, sondern wie einen Befehlsempfänger. Unter unverhüllter Androhung eines deutschen Einmarsches erreichte er die Annahme einer Reihe von Bedingungen, die der Vorbereitung einer nationalsozialistischen Machtübernahme in Österreich dienlich waren. Die Vaterländische Front musste das Bekenntnis zur nationalsozialistischen Weltanschauung erlauben. Das folgenschwerste Zugeständnis war das Versprechen, das Sicherheitsministerium Dr. Seyß-Inquart, einem Nationalsozialisten, zu übertragen.

Das Berchtesgadener Abkommen setzte die österreichische Innenpolitik in Bewegung. Nationalsozialisten begannen zu agitieren, Sozialdemokraten bekannten sich wieder freier zu ihrer politischen Überzeugung. Sie boten dem Bundeskanzler ihre Unterstützung an, falls er zu einer demokratischen Regierungsform zurückkehren würde. Dazu konnte sich der autoritär denkende Schuschnigg nicht entschließen. Trotz dringenden Abratens Mussolinis verkündete er in einer Rede in Innsbruck am 9. März, dass eine Volksabstimmung am 13. März darüber entscheiden solle, ob sich die Mehrzahl der Bürger „für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich“ entscheiden wolle.

Die Durchführung der Volksabstimmung wäre schwierig zu organisieren gewesen, da es keine Wählerlisten gab. Dennoch darf angenommen werden, dass, die Unterstützung der Sozialdemokraten vorausgesetzt, mehr als die Hälfte der Bevölkerung mit „ja“ gestimmt hätte.



Seyß-Inquart bei einem Besuch in Linz nach dem Berchtesgadener Abkommen.



Schuschnigg am Vormittag des 9. März in Innsbruck auf dem Weg zu jener Festveranstaltung, bei der er die Durchführung einer Volksabstimmung ankündigte.

T 13

Das „Neue Wiener Tagblatt“ vom 13. Februar über die Berchtesgadener Gespräche:

„... Die Nachricht von der Konferenz der beiden Kanzler auf dem Obersalzberg hat nicht nur in Österreich, sondern überall als Sensation gewirkt... Von deutscher Seite wurde die Unabhängigkeit Österreichs anerkannt und erklärt, auf jede Einmischung in die innerösterreichischen Angelegenheiten zu verzichten. Zu diesen gehört selbstverständlich auch die Haltung, die die österreichische Regierung gegenüber den österreichischen Nationalsozialisten verfolgt, sowie die personelle Zusammensetzung der österreichischen Regierung, über die allein der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers zu entscheiden hat.“

A Arbeitsaufgabe:

- Wodurch unterscheidet sich die Argumentation einer politisch beeinflussten Zeitung in Österreich vom Blickwinkel aus dem Ausland?

T 15

Schuschnigg in seiner Innsbrucker Rede vom 9. März 1938: „Jetzt will und muss ich wissen, ob das Volk von Österreich dieses

freie und deutsche und unabhängige und soziale, christliche und einig, dabei keine Parteienzerklüftung duldendes Vaterland will!“

T 16

Resolution der illegalen Revolutionären Sozialisten nach Gewerkschaftskonferenzen in Wien in der Nacht vom 10. auf 11. März:

„Arbeiter, Genossen! Die Volksabstimmung Schuschniggs stellt Euch vor die Entscheidung, entweder mit JA zu stimmen oder dem Hitler-Faschismus zur Macht zu verhelfen. Ein Sieg des Hitler-Faschismus bedeutet nicht nur die blutige Unterdrückung und grenzenlose Ausbeutung der österreichischen Arbeiter, sondern eine Bedrohung der ganzen Welt... Der kommende Sonntag ist

nicht der Tag, an dem wir mit dem österreichischen Faschismus abrechnen und dem autoritären Regime die Verbrechen vorhalten, die es seit dem Februar 1934 an den Arbeitern begangen hat, indem wir gegen Schuschnigg stimmen. Am kommenden Sonntag stimmen wir gegen den Hitler-Faschismus. An diesem Tag muss die gesamte Arbeitsklasse mit JA stimmen!...“



Am 8. März 1938 trafen sich illegal organisierte Sozialdemokraten im Floridsdorfer Arbeiterheim zu einer Konferenz. Sie beschlossen, für die Unabhängigkeit Österreichs zu stimmen.

T 14

Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 1. März 1938 (damals in Paris gedruckt) zum gleichen Thema:

„... Damit Schuschnigg den Sinn dieser Drohung ja nicht missverstehe (Anmerkung: Gemeint ist die Drohung Hitlers mit einem neuerlichen Aufstand der österreichischen Nationalsozialisten), waren während dieses Gesprächs auch die Führer der deutschen Wehrmacht in Hitlers Landsitz in Berchtesgaden anwesend. Sie wurden Schuschnigg bei dem Mittagessen vorgeführt. Unter dem Eindruck dieser Drohungen machte Schuschnigg in die... Er unterwarf sich den Befehlen Hitlers. Er fuhr nach Hause und vollzog die Befehle des deutschen Diktators. Am 15. Februar wurde die Regierung in Wien umgebildet. Wie es Hitler befohlen hatte, wurde Dr. Seyß-Inquart, der keineswegs ein verschämter „Nationalbetonter“, sondern ein unverschämter Nationalsozialist ist und von allen reichsdeutschen Zeitungen als solcher bezeichnet wird, zum Innen- und Polizeiminister ernannt; das bei weitem wichtigste Machtinstrument des österreichischen Polizeistaates, die Polizei und die Gendarmerie, wurde damit den Nazi ausgeliefert...“

Hitler verhindert Volksabstimmung

Ein solches Ergebnis hätte Hitler des propagandistischen Vorwandes zur Annexion Österreichs beraubt. Er bezeichnete diesen Plan als Bruch des Berchtesgadener Abkommens und verlangte am 11. März in einem Ultimatum den Rücktritt Schuschniggs und die Regierungsübernahme durch den nationalsozialistischen Minister Seyß-Inquart; widrigenfalls würden deutsche Divisionen einmarschieren.

Schuschniggs fieberhafte Versuche, bei den Westmächten und in Italien Unterstützung für das Regime und die Unabhängigkeit Österreichs zu finden, brachten keinen Erfolg. Allein gelassen, glaubte der Bundeskanzler es nicht verantworten zu können, dem Bundespräsidenten den Kampfbefehl für das Bundesheer vorzuschlagen.

Bundesheer ohne Verteidigungsbefehl

T 17 Aus der britischen Unterhaus-Debatte vom 10. März 1938

Der oppositionelle Labour-Abgeordnete Henderson an Premierminister Chamberlain: Ist die Regierung bereit, eine Unabhängigkeitserklärung für Österreich abzugeben?

Chamberlain: Nein, ich habe keine Erklärung abzugeben.

Henderson: Will der Ministerpräsident in Anbetracht der besonderen Lage Österreichs nicht wenigstens die Hoffnung der Regie-

rung ausdrücken, dass diese Volksabstimmung unbeeinflusst von außen und frei von jedem Druck einer fremden Macht stattfindet, damit das Volk in der Lage ist, sein Selbstbestimmungsrecht unbehindert auszuüben?

Chamberlain: (Schweigt.)

Chamberlains Abgeordnete: Nein, nein, nein.

T 18 Aus der Rundfunkansprache Schuschniggs vom 11. März, 19.25 Uhr

„... Der Herr Bundespräsident beauftragt mich, dem österreichischen Volk mitzuteilen, dass wir der Gewalt weichen. Wir haben, weil wir um keinen Preis, auch in dieser ersten Stunde nicht, deutsches Blut zu vergießen gesonnen sind, unserer Wehrmacht den Auftrag gegeben, für den Fall, dass der Einmarsch durchgeführt wird, (verspricht sich) ohne wesentlichen Widerstand, – ohne Widerstand sich zurückzuziehen und die Entscheidungen der nächsten

Stunden abzuwarten. Der Herr Bundespräsident hat den General der Infanterie Schilhawsky, den Generaltruppeninspektor, mit der Führung der Wehrmacht betraut. Durch ihn werden weitere Weisungen an die Wehrmacht gegeben. So verabschiede ich mich in dieser Stunde von dem österreichischen Volke mit einem deutschen Wort und einem Herzenswunsch: Gott schütze Österreich!“

T 19 Aus der Rundfunkansprache Seyß-Inquarts vom 11. 3., 20.20 Uhr

„... stelle ich fest, dass ich mich als Innen- und Sicherheitsminister nach wie vor im Amte befinde und mich verantwortlich fühle für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe in diesem Lande... Ich erinnere insbesondere auch daran, dass irgendein Widerstand gegen das allfällig einrückende deutsche Heer unter keinen Umständen in Frage kommt...“



keine Hilfe von außen

Hitlers Verhältnis zu Italien war durch Deutschlands indirekte Hilfe im Abessinienkrieg und durch die gemeinsamen Militäraktionen im Spanischen Bürgerkrieg freundschaftlich geworden. Frankreich durchlief eben eine der häufigsten Regierungskrisen. Ohne Großbritannien glaubte es nichts unternehmen zu können. Die britische Regierung hielt die Revision der Grenzen für ungefährlich, ja sogar für einen Akt der Gerechtigkeit. Die Tschechoslowakei war als Verbündeter Frankreichs und der Sowjetunion an deren politische Haltung gebunden. Jugoslawien hatte 1937 einen Nichtangriffspakt mit Italien geschlossen; außerdem hatte es engere wirtschaftliche Beziehungen zu Deutschland geknüpft. Ungarns Außenpolitik hing von Italien ab. Die Sowjetunion sah sich isoliert, da Frankreich und England eine gemeinsame Front gegen die „faschistischen Aggressoren“ ablehnten.

Sowjetunion isoliert

Hitlers Annahme, dass die Großmächte nicht eingreifen würden, bestätigte sich. Zu besonderem Dank fühlte er sich Benito Mussolini verpflichtet. Als Gegenleistung gab er jeden Anspruch auf Südtirol preis.

Hitlers Dank an Mussolini: Verzicht auf Südtirol

Verhaftungswelle

Ein Großteil der österreichischen Bevölkerung empfing die einmarschierenden deutschen Truppen mit Jubel. Wer die Unabhängigkeit Österreichs betrauerte, stand nicht jubelnd am Straßenrand. 70.000 Österreicher wurden unmittelbar nach dem Einmarsch verhaftet.

der „Anschluss“, eine Annexion

Dass von Österreich selbst keinerlei Widerstand kam, überraschte Hitler. Noch am 11. März hatte er beabsichtigt, Österreich eine Scheinselbständigkeit unter einer nationalsozialistischen Regierung zu belassen. Nun gab er dem Drängen Görings nach, das Land dem Deutschen Reich völlig einzuverleiben. In übereinstimmenden österreichischen und deutschen Gesetzen wurde am 13. März 1938 der „Anschluss“ vollzogen.

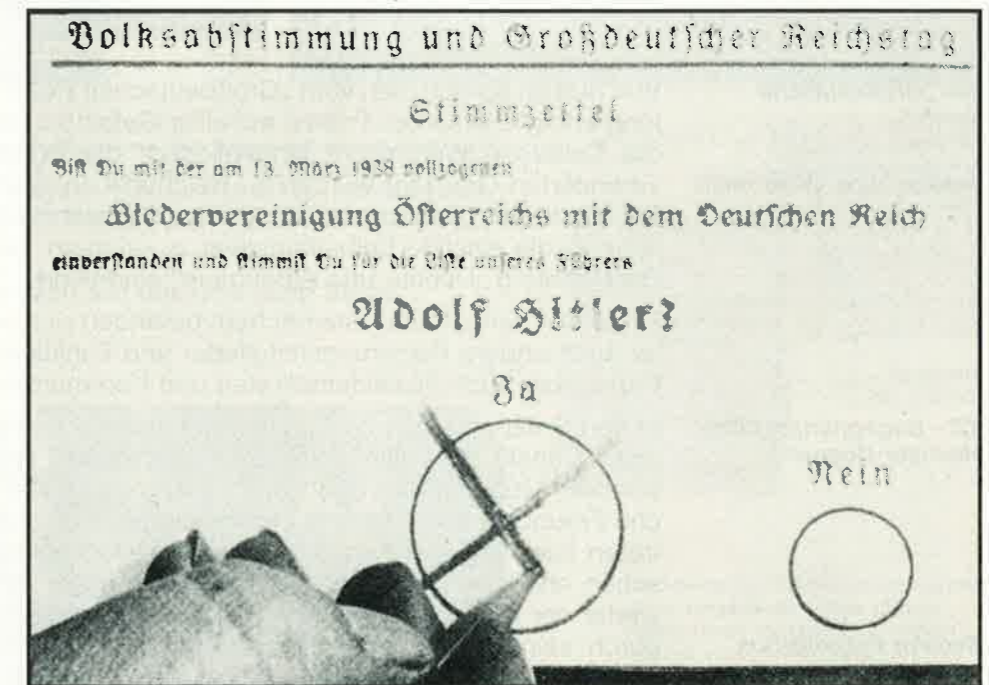
Bundespräsident Miklas weigerte sich, das „Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ zu unterschreiben. Er trat zurück und übertrug damit seine Befugnisse an den Bundeskanzler Dr. Seyß-Inquart.

Abgesehen von leeren Protesten einiger Regierungen (z. B. Mexikos) nahm die Welt das Geschehen in Österreich zur Kenntnis.

Wie in totalitären Staaten üblich, sollte eine Volksabstimmung die neue Ordnung gutheißen. Am 10. April 1938 stimmen 99 Prozent teils freiwillig, teils unter Druck mit ja. (Eine wirkungsvolle Kontrolle des Resultates der Volksabstimmung gab es natürlich nicht.) Siehe dazu T 20!

Volksabstimmung im totalitären Staat

Ein Stimmzettel, der es in sich hat: Schon die Formulierung und Aufmachung des Stimmzettels selbst konnte einem naiven Wähler den Eindruck suggerieren, dass „Nein“ ein strafwürdiger Fehler sei, mit dem er sich aus der so herzhaften Du-Gemeinschaft aller wackeren und sozusagen „normalen“ Menschen ausschleife. Hingegen konnten „Großdeutscher Reichstag“ und „die Liste unseres Führers“ sehr erfolgreich Glanz und Größe signalisieren.



T 20

Die folgende Schilderung soll helfen, zu verstehen, warum 99% für den Anschluss stimmten. Welche Grundrechte bei einer Abstimmung wurden verletzt?

(Karl Bruckner: heute am 10. April 1938):

„Der Wahlleiter grüßt mich mit ‚Heil Hitler!‘ Er sagt es leise und räuspert sich danach, als kratze ihn etwas in der Kehle. Kein Wunder. Der Mann ist Gastwirt. Sein Lokal war früher Stammsitz eines Vogelzüchter- und eines Trachtenvereins. Sein Motto war stets: ‚Bei mir wird nicht politisiert.‘ Nach dem 12. März hat auch er sich als Illegaler entpuppt. – Der kluge Mann baut vor.

Sorgsam, als gelte es, einen Spion zu entlarven, prüft er meine Personaldokumente und wispert dann dem Beisitzer etwas ins Ohr. Beide mustern mich streng. Was missfällt ihnen an mir? Der Gastwirt schiebt einen Stimmzettel über den Tisch und deutet auf einen Bleistift. Bevor ich ihn ergreifen kann, drückt der Wirt eine Fingerspitze auf den größeren Kreis mit dem ‚ja‘ darüber und sagt befehlend: ‚Da machen S‘ das Kreuz!‘ Ich schaue suchend um mich. Es gibt keine Wahlzelle in dem Raum. Auch sehe ich kein Kuvert für den Stimmzettel. Meine Ahnungen haben sich bestätigt. Hier ist die Wahl nicht geheim. Mein Zögern fällt auf. Die Blicke

aller Anwesenden sind auf mich geheftet. Die Stille im Raum wirkt wie eine fühlbare Bedrohung. Die SA-Männer sitzen geduckt – wie zum Aufspringen und Zuschlagen bereit. Einer der Beisitzer fragt mich: ‚Was gibts denn da so lang‘ zu überlegen? Wollen S‘ vielleicht gar das ‚Nein‘ ankreuzen?‘

Das werde ich nicht tun. Ich will mich nicht zum Krüppel schlagen lassen. Die Holzknüppel der SA-Leute pendeln Unheil drohend. Ich greife nach dem Bleistift, kreuze das ‚Ja‘ an. Und jetzt bin ich auch einer in der Masse österreichischer Wähler, von denen morgen die Nazipresse Deutschlands triumphierend berichten wird: ‚Die Ostmärker sind einmütig dem Ruf des Führers gefolgt. Sie haben hundertprozentig mit ‚Ja‘ gestimmt. Die Vereinigung der Ostmark mit dem Reich ist historische Tatsache geworden.‘

Muss ich mich schämen? Hätte ich ein Märtyrer werden sollen? Mich niederschlagen lassen? Noch kann ich denken und handeln. Diese Menschen da um mich können meine Gedanken nicht erraten.“

Quelle: Schulhefte 43/1986, Vergangenheitsbewältigung, S. 141 f.

Der Anschluß vollzogen

Bundesheer in die deutsche Wehrmacht eingegliedert
Freie und geheime Volksabstimmung am 10. April

Die Erfüllung Adolf Hitler dankt Mussolini

25 Millionen Deutsche in einem Reich – Gauleiter Bärndl Reorganisationsleiter der österreichischen NSDAP, und Abstimmungsleiter – Das bisherige Bundesheer 6. Armee der deutschen Wehrmacht – Unvergäbliche Vererbungs auf den Obersten Reichsführer Adolf Hitler

Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches
 Die Erfüllung der Wiener Schiedsverträge über die Abgrenzung Österreichs mit dem Reich – Volksabstimmung am 10. April
 Eine weitere Verlebendigung
 Das Führer an den Deutschen
 Das österreichische Bundesheer befehligt der Deutschen



Das „Anschluss-Gesetz“, das auf Hitlers Weisung am 13. 3. 1938 von Seyß-Inquart unterzeichnet wurde, im Bundesgesetzblatt

So begrüßte die „Kronenzeitung“ am 10. April 1938 den Anschluss

das „Großdeutsche Reich“

Auslöschung Österreichs

Von nun an sprach man vom „Großdeutschen Reich“. Eine totale Gleichstellung erfolgte in kurzen Fristen auf allen Gebieten: Das Bundesheer wurde in die Deutsche Wehrmacht eingegliedert; die Bundesländer (mit zum Teil veränderten Grenzen) wurden zu Reichsgauen; statt Österreich sagte man für kurze Zeit „Ostmark“, selbst diese Bezeichnung schien Hitler noch zu sehr an die einstige Selbständigkeit zu erinnern, deshalb wurde später die Bezeichnung „Donau- und Alpengaue“ eingeführt.

Unter den verhafteten Österreichern befanden sich neben dem Bundeskanzler auch andere Regierungsmitglieder und Funktionäre der Vaterländischen Front, aber auch Sozialdemokraten und Kommunisten.

KZ – Begegnungsstätte einstiger Gegner

In den Gefängnissen und Konzentrationslagern kamen sich die einst feindlichen Christlichsozialen und Sozialdemokraten, Heimwehler und Schutzbündler, Monarchisten und Kommunisten nahe. Oft schlossen sie persönliche Freundschaften. Illegale Organisationen verschiedener Parteien traten zueinander in Kontakt. Gerade aus der Verfolgung alles Österreichischen erwuchs die Wurzel zur Erneuerung der Republik Österreich: Was weder der Demokratie noch dem Ständestaat gelungen war, brachte Hitler durch seinen antiösterreichischen Affekt zustande: Die Erweckung eines echten österreichischen Patriotismus, ja eines Nationalgefühls.

illegaler Patriotismus

Enttäuschung selbst unter Nationalsozialisten

Selbst die österreichischen Nationalsozialisten waren vom Anschluss enttäuscht. Sie hatten gehofft, rasch in führende Positionen aufzusteigen und fühlten sich gegenüber Parteifunktionären und hohen Beamten aus dem „Altreich“, die alle Schlüsselpositionen einnahmen, benachteiligt.

Arisierung

Unter dem Titel „Arisierung“ bereicherten sich reichsdeutsche Staatsbürger, aber auch österreichische Nationalsozialisten und Parteidienststellen an jüdischen Vermögenswerten. Doch nicht nur materielle Vermögenswerte wurden den als Juden eingestuft Österreichern genommen. Die geistige Elite, die nicht der nationalsozialistischen Ideologie entsprach, wurde ihren Ämtern und ihrer beruflichen Grundlage entzogen, Ärzte, Juristen, Wissenschaftler, Künstler – darunter sehr viele Juden – und andere frei denkende Menschen mussten das Land verlassen, um der Gefahr der Verfolgung und Tötung zu entgehen. Man spricht auch vom „Cultural Exodus“. Viele nationalsozialistisch gesinnte Österreicher bereicherten sich an deren geistigem Eigentum.

An den Universitäten wurden Wissenschaftler entlassen, insbesondere jene, die als nicht rassenrein bezeichnet wurden. Nationalsozialisten bekamen ihre Posten. Von diesem intellektuellen Aderlass konnte Österreich sich in vielen Bereichen nach 1945 nicht mehr erholen.



Das nunmehr arische Modenhäus in der Kaiserstraße 115 steht jetzt unter der kommissarischen Leitung von **Hr. Leopold Hermannsdorfer**

Kleider, Mäntel, Hüten und Kostüme in hochwertiger Ausführung zum gerechten Preise

arisches Modenhäus in der Kaiserstraße 115



Politik und Geschäft: Anzeige aus „Das Kleine Blatt“ vom 19. März 1938 – Während österreichische und deutsche Nationalsozialisten die Gelegenheit nützten, sich durch „Arisierung“ an jüdischem Eigentum zu bereichern (links), werden österreichische Politiker im Konzentrationslager Dachau festgehalten: Oberst Zelburg, der steirische Landeshauptmann Stepan und der spätere Bundeskanzler Alphons Gorbach (rechts).

A **Arbeitsaufgaben dazu auf der nächsten Seite!**



Karteikarten der Arisierung

Der latente (im Unterbewusstsein immer schon vorhandene) Antisemitismus bekam durch den März 1938 starken Auftrieb. Nicht nur antijüdische Schmieraktionen, auch Plünderungen, Verhaftungen und Herauspressen hoher Geldbeträge für Ausreiseerlaubnisse waren an der Tagesordnung. Um die Enteignungsmaßnahmen zu organisieren, erließ die Gauleitung einen „Erlass über die Bestellung kommissarischer Verwalter für das jüdische Vermögen“.



Auch auf dem Land waren „Juden unerwünscht“

A Arbeitsaufgaben:

- Beschreiben Sie die Szene auf dem Bild links unten auf Seite 75. Formulieren Sie unterschiedliche Gedanken, die den darauf abgebildeten Personen möglicherweise durch den Kopf gegangen sein könnten.
- Denken Sie darüber nach, wie Sie als zufällig vorbeikommender Passant bei einer solchen Szene reagieren würden bzw. damals reagiert hätten. Begründen Sie Ihr Verhalten in der Klasse. Diskutieren Sie, ob Sie nicht selber viel harmlosere Fälle kennen, in denen nicht reagiert wurde – denken Sie nach warum.
- Öffnen Sie im Internet die Seite <http://anno.onb.ac.at> → Jahresübersicht und stellen Sie daraus eine Zeitungsdokumentation (evtl. nur Schlagzeilen) jener Tage zusammen – Sie könnten die Materialien auch für ein Portfolio verwenden. Was wird in den Zeitungen berichtet?

www-Tipp

<http://www.nationalsozialismus.at/Themen/ErsteRep/ErsteRep.htm>
<http://www.doew.at/service/ausstellung/1938/1938.html>

5.9 Österreich zwischen Anschluss und Befreiung



Die deutschen Truppen wurden auf der Wiener Ringstraße von einem Teil der Bevölkerung begeistert begrüßt. – Gegner wurden gleichzeitig von der Gestapo verhaftet. Nach dem so genannten Anschluss entfaltete sich die nationalsozialistische Herrschaft über die einstigen österreichischen Bundesländer Schritt für Schritt zu immer tief greifenderer Kontrolle und Unterdrückung.

Schon das für die Nationalsozialisten so günstige Ergebnis der Volksabstimmung vom 10. April 1938 (siehe Seite 73 f.) hatte gezeigt, dass nationalsozialistische Propaganda, Versprechungen und Einschüchterungen bei sehr vielen Menschen das Bedürfnis schlagartig verstärkt hatten, dabei sein zu wollen und sich anzupassen. In den meisten Bundesländern hatten es nur wenige Kommunisten, Sozialdemokraten und Klerikale gewagt, Nein-Stimmen abzugeben. Nach der Volksabstimmung über den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich wurde das Bedürfnis großer Bevölkerungsteile nach Anpassung noch stärker. Es begann beispielsweise ein Massenansturm auf die NSDAP, in die viele unter allen Umständen als Mitglied aufgenommen werden wollten.

Die frühen österreichischen Nationalsozialisten der zwanziger Jahre hatten damals von ihrer Parteigruppe noch Mitgliedsnummern meist zwischen 30.000 und 40.000 bekommen, die Nazis der folgenden Jahre, das heißt bis zum Verbot der NSDAP in Österreich im Jahre 1933, dann meist Mitgliedsnummern um 400.000. Nach dem Anschluss mussten nun alle diese Mitglieder um Neuaufnahme in die Partei und um Wiederzuteilung der alten Nummer ansuchen. In den mit den Ansuchen zusammenhängenden Frage-



Nazis aus dem Altreich gegen österreichische NSDAP-Leute

Löhne sinken – Sozialleistungen werden reduziert

bögen berichteten viele Leute von allen möglichen Verdiensten und Opfern, die sie in der so genannten „Verbotszeit“ zwischen 1933 und 1938 für den Nationalsozialismus erbracht hätten, und vieles davon war übertrieben oder überhaupt erdichtet.

Die nationalsozialistische Machtübernahme hatte auch zu außerordentlich vielen Verhaftungen (siehe Seite 75), geführt. Nun begann unter den NSDAP-Mitgliedern und anpassungsbereiten Leuten ein wildes Rennen um günstige Arbeitsplätze und ertragreiche Geschäftsverbindungen, wobei Mitgliedsnummer, Parteiauszeichnungen und Beziehungen eine entscheidende Rolle spielen konnten. Viele alte österreichische Nationalsozialisten wurden jedoch enttäuscht, weil ihnen innerhalb der Partei durch ellbogenkräftige aufsteigende Karriere-Nazis und Leute aus Deutschland die günstigsten Gelegenheiten vor der Nase weggeschnappt wurden. Auch aus Sicherheitsgründen besetzten die neuen Machthaber viele Posten bei den Behörden und in der Wirtschaft mit Leuten aus Deutschland, dem so genannten „Altreich“, die nun in der „Kolonie“ Österreich, das bald „Ostmark“ hieß, als die wahren Herren auftraten.

Für die arbeitenden Menschen wurde das Lohnniveau unverändert niedrig gehalten, ja im Vergleich zu dem des Jahres 1937 in Österreich zum Teil noch gesenkt. Lohnerhöhungen gab es sogar in der Rüstungsindustrie kaum. Erst als dann in der Industrie im Jahre 1944 die Arbeitszeit von 48 auf 56 Wochenstunden und zum Teil sogar auf 60 Wochenstunden erhöht wurde, bekamen manche Branchen Lohnerhöhungen bewilligt, doch diese gleichen damit ja nur den Zuwachs an Arbeitszeit aus.

T 21

Die Mitläufer – Ernst Fischer in einer Rede im Nationalrat 18. 2. 1948

»Da waren die Männer des Kapitalismus, die von der Weltoberung, von schrankenloser Macht, von unbegrenztem Profit geträumt haben; da waren alle die verbissenen Reaktionäre, die alten, eingefleischten Antimarxisten, die Todfeinde aller demokratischen Freiheitsrechte; da waren die Henker, die rasend gewordenen Feldwebel und Spießbürger, die Männer aus der Unterwelt einer verfaulenden Gesellschaft; da waren die Deutschnationalen mit ihrem Rassendünkel und ihrem chauvinistischen Größenwahn. Da waren die Streber, die immer dabei sind, wenn es nach Macht und Vorteil riecht, die Wendigen, die sich nach jedem Wind drehen, die Charakterlosen, die bereit sind, jedem System den Eid zu schwören und jedem System den Eid zu brechen.

Aber da waren auch andere, und diese anderen waren die Masse der Mitläufer, und diese anderen waren die Mehrheit. Da waren die kleinen unpolitischen Leute, die um ihre Existenz und ihre Familie zitterten und dem Druck nachgegeben haben. Da waren die Leichtgläubigen, die vom Nationalsozialismus irgendeine gesellschaftliche Besserung erwarteten. Da waren manche Männer voll Hass gegen das Dollfuß- und Schuschnigg-Regime, gegen diesen kleinlichen und tückischen Halbfaschismus, und da waren schließlich nicht wenige junge Menschen voll Sehnsucht nach irgendetwas Neuem, nach irgendetwas Mitreißendem und voll aufrichtiger Gläubigkeit, der Nationalsozialismus sei vielleicht doch eine Art Antikapitalismus, er werde vielleicht doch in irgendeine Art Sozialismus hineinführen.«

Zitiert nach Stiefel, D.: Entnazifizierung in Österreich. Wien 1981. S. 57 f.

Arisierung

Für das österreichische Judentum, seit Schönerer und Lueger (Politiker des ausgehenden 19. Jahrhunderts; Lueger war unter anderem Wiener Bürgermeister) mit einem latenten Antisemitismus konfrontiert, war die nationalsozialistische Herrschaft vernichtend. Sie begann mit Ausschreitungen und Quälereien: Vor den Augen eines schadenfrohen Pöbels wurden jüdische Männer und Frauen gezwungen, die Straßen aufzuwaschen. Vor jüdischen Geschäften wurden zunächst Posten in NS-Uniform aufgestellt, um Kunden zu vertreiben. Unter „Arisierung“ erfolgte aber bald ein ganz anderer Raubzug: Die Arisierung ging so vor sich, dass jüdische Betriebe zwangsverkauft werden mussten, die entweder weit unter ihrem Wert oder überhaupt ohne jede Entschädigung „kommissarischen Verwaltern“ übergeben wurden. Bis Ende September 1938 waren fast 4.500 Betriebe betroffen!

Österreichische Nationalsozialisten wie Adolf Eichmann erfanden für die zur Auswanderung gezwungenen Juden immer neue Schikanen, um ihnen noch die letzten Vermögenswerte abzupressen. Theoretisch bestand bis Oktober 1941 die Möglichkeit der Auswanderung, doch konnten nach Kriegsausbruch nur mehr wenige davon Gebrauch machen. Nach 1942 wurden im Rahmen der von den Nationalsozialisten als „Endlösung“ bezeichneten Maßnahmen Juden ausschließlich in die Gaskammern nach Polen bzw. an anderen Orten des Massenmordes deportiert.

Zahlreiche Österreicher waren – beispielsweise durch Erhalt einer beschlagnahmten Wohnung – Nutznießer: Die Gemeinde Wien konnte mit ihrem

„Endlösung“

Österreicher unterstützten die Mordmaschine

Wohnbauprogramm 1923–1933 den Wohnungsmangel in Wien nicht beheben – das erreichten erst die Nazis durch die Deportation und Beschlagnahme von Wohnungen, insbesondere im 2. Bezirk.

Eichmann war aufgrund seiner Erfahrungen in Österreich zum Leiter der Deportation bestellt worden. Nach dem Krieg wurde „der Fahrdienstleiter des Todes“ (wie er wegen der von ihm organisierten Transporte zu den Konzentrationslagern bezeichnet wurde) in Israel in einem NS-Verbrecherprozess zum Tode verurteilt. Andere Österreicher wie Odilo Globocnik, der 1938 Gauleiter von Wien war, taten sich bei der Vernichtung von 1,8 Millionen polnischen Juden hervor. Unzählige andere Österreicher in mittleren und untergeordneten Positionen unterstützten die Mordmaschinerie.

Die Zahl der österreichischen Juden sank von 200.000 im Jahr 1938 auf 5.000 im Jahr 1946. 65.000 wurden ermordet.

Nach 1945 erfolgten einige NS-Verbrecherprozesse auch gegen andere österreichische Mittäter. Es zeigte sich jedoch, dass es umso schwerer wurde, Strafverfahren mit Verurteilungen abzuschließen, je länger die grauenvollen Ereignisse zurücklagen – so versandete eine „Aufarbeitung“ schon in den Anfangsjahren der 2. Republik. Der Mantel des Vergessens wurde nur zu gerne darüber gebreitet.

„Aufarbeitung“ versandete

Mangel an internationaler Hilfsbereitschaft

Wenn von den europäischen Ländern England auch viele österreichische Juden aufnahm, so zeigte eine internationale Flüchtlingskonferenz im französischen Evian im Sommer 1938 einen erschreckenden Mangel an internationaler Hilfsbereitschaft. Die Schweiz etwa lieferte als „Neutraler“ viele Flüchtlinge – insbesondere mittellose – an der Grenze wieder an deutsche Dienststellen aus. Erst nach dem Novemberpogrom begannen weitere internationale Kreise, das Interesse der Öffentlichkeit zu gewinnen. Das Novemberpogrom war, unter der NS-Bezeichnung „Reichskristallnacht“, eine groß angelegte Verfolgungsaktion. Der von den Nazis organisierte Terror führte vor allem in Wien zu Plünderungen und Zerstörungen von etwa 4.000 Geschäften, fast alle Synagogen wurden niedergebrannt bzw. geplündert, Massenverhaftungen folgten – Polizeidienststellen wurde befohlen, wegzuschauen und nicht einzuschreiten.

„Reichskristallnacht“

T 22

„Nur einzelne Menschen wagten es, sich dem NS-System zu widersetzen. Die österreichische Historikerin Erika Weinzierl beschrieb es in ihrem Buch ‚Zu wenig Gerechte‘: ‚Die in Israel später errichtete Holocaust-Gedenkstätte hat etwa 7000 Judenretter in Europa als ‚Gerechte‘ ausgezeichnet – darunter 68 Österreicher – in der Mehrheit Frauen. Eine dieser war die Schauspielerin Doro-

thea Neff, die von 1942 bis April 1945 ihre Freundin Lilli Wolf in ihrer Wohnung verbarg. Neben der ständigen Angst vor dem Entdecktwerden (und dem sicheren Tod) waren die Beschaffung von Lebensmitteln (Lebensmittelkarten) und die ärztliche Versorgung das größte Problem.“

Quelle: Neugebauer/Morawek: Österreicher und der 2. Weltkrieg, Wien 1989

T 23

Der Historiker John Bunzl zu den Hintergründen des Antisemitismus in Österreich

„Die jüngste Geschichte der Juden in Wien beginnt Mitte des 19. Jh. Zuwanderung und Gleichstellung (1867) führten dazu, dass vor allem deutschsprachige Juden vorwiegend in neuen gesellschaftlichen Bereichen wie Ökonomie, Presse, freie Berufe, Kunst, Wissenschaft und Literatur erfolgreich tätig waren. Die in dieser ersten Phase Zugewanderten gelangten eher in gehobene soziale Stellungen und integrierten sich als die später aus dem Osten eingewanderten Juden, die aufgrund von Kleidung, Gewohnheiten, Lebensstil und Religiosität von den Etablierten oft als Bedrohung angesehen wurden. Während etablierte Juden dazu tendierten, die ostjüdischen Neueinwanderer für den aufkommenden Antisemitismus mitverantwortlich zu machen, war nach Meinung vieler Ostjuden umgekehrt der Überzeiger der Etablierten eine Wurzel des Übels. In Wirklichkeit hatte das Aufkommen des modernen Antisemitismus wenig mit einer jüdischen sozialen Realität zu tun. Es ging den Antisemiten vielmehr um gesellschaftliche und politische Ziele, die mit dem Mittel des Antisemitismus erreicht werden sollten:

Es erfolgte zu dieser Zeit in Europa eine Modernisierung und Kommerzialisierung der Gesellschaft. Alte Privilegien wurden untergraben, viele Menschen wurden proletarisiert und so aus alten Zusammenhängen gerissen. Je nach ihrer gesellschaftlichen Lage

bedienten sie sich des Begriffes ‚Jude‘, um unangenehme Erscheinungen der Modernisierung zu charakterisieren. Freilich wäre das Manöver nicht gelungen, wäre die Bevölkerung nicht schon jahrhundertlang durch einen christlichen Antisemitismus ‚vorbereitet‘ worden. Für Österreich muss noch hinzugefügt werden, dass es sich um einen ‚multinationalen‘ Antisemitismus handelte. Andere sahen über diese traditionell antisemitischen Klischees hinaus in den österreichischen Juden ein Rückgrat des verhassten Habsburgischen Vielvölkerstaates. Christlichsozialer und deutschnationaler Antisemitismus, gepaart mit kaum vorhandenen sozialdemokratischen Gegenstrategien erleichterten in der 1. Republik den Vormarsch des Nationalsozialismus in Österreich.

Es ist notwendig, zwischen Verbreitung, Intensität und Mobilisierungskraft eines traditionellen Antisemitismus und der industriell durchgeführten Massenvernichtung in Auschwitz und anderswo zu unterscheiden. Untersuchungen haben ergeben, dass die öffentliche Meinung oft nicht besonders enthusiastisch auf die Verfolgung der Juden reagierte und dass ja beabsichtigt war, den Vernichtungsprozess selbst vollkommen geheim zu halten.“

Quelle: Ratzenböck/Morawek/Amann: Die 2 Wahrheiten, Wien 1989

A Arbeitsaufgaben:

- Besorgen Sie sich beide Bücher, aus denen die Texte 22 und 23 stammen, aus Ihrer Schulbibliothek und vertiefen Sie die beiden hier exemplarisch angeführten Fälle! Ziehen Sie eventuell auch „Gedächtnis & Gegenwart“, Heft 20/2004 der Informationen zur Politischen Bildung (Hg. BMBWK) heran.
- Das Internet gibt Ihnen von jedem Ort aus reichlich Möglichkeit, auf Informationen zurückzugreifen: Recherchieren Sie über die sehr spät angelauten Bemühungen, den verschiedenen Opfern des NS-Regimes in Österreich Wiedergutmachung zu leisten.

www-Tipp

Verwenden sie dazu folgende Links als Ausgangspunkte:

- www.nationalsozialismus.at (+Links)
- www.shoa.de
- www.doew.at → Service
- www.nachkriegsjustiz.at
- www.erinnern.at
- www.historikerkommission.gv.at

- Erstellen Sie in Arbeitsgruppen eine Plakatserie zu diesem Thema. Verwenden Sie dazu eventuell auch eigene, in Ihrer Schulumgebung als „Spurensuche“ oder aufgrund mündlicher Überlieferung getätigte lokale Erhebungen (z.B. aus den Schulmatrikeln einer Schule, die bereits in der NS-Zeit bestanden hat, und aus der damals die jüdischen Mitschüler hinausgeworfen wurden.)
- Eine Online-Themenroute „Vergessen und Erinnern“ finden Sie ferner bei www.demokratiezentrum.org unter dem Link „Who is Austria“ – bearbeiten Sie dort die Kapitel 1, 3 und 4 als ergänzende Vertiefung bzw. als Grundlage für Schülerkurzreferate.
- Referatsvorschlag als Grundlage für eine Diskussionsrunde: „Ist der Holocaust wiederholbar?“ anhand des Materials www.hlz.hessen.de/polis/polis08.pdf



„Todesstiege“ in Mauthausen



www-Tipp

<http://www.mauthausen-memorial.at>

T 24

Je länger der Krieg dauerte, desto mehr entpuppte sich die propagierte Volksgemeinschaft als Chimäre. Die alten Spaltungen zwischen Reichen und Armen, Gebildeten und Ungebildeten wurden nicht ernsthaft beseitigt. Immer mehr konzentrierte sich der Hass der Bevölkerung auf die Parteibonzen, die im Hinterland „tachi-nierten“ und es sich gut gehen ließen, während das Volk an den Fronten ausblutete. Doch dieser Hass mündete nicht in eine breite Oppositionsbewegung, sondern in Resignation und Raunzerei, in

private Strategien des Überlebens; wieder einmal fühlte sich das Volk von den Herrschenden betrogen! Während es der NSDAP gelungen war, etwa ein Drittel der Bevölkerung in einem bislang ungewohnten Ausmaß zu politisieren, breiteten sich in der Mehrheit politische Desinteresse, Rückzug ins Private, Angst und pure Verzweiflung aus.

Quelle: Hanisch E.: Ein Versuch den Nationalismus zu „verstehen“. In: Der März 1938 in Salzburg, Schriftenreihe d. Landespressebüros 1988, S. 10

A Arbeitsaufgabe:

● Projektvorschlag:

Um die Menschen, die hinter dem Geschehen standen und betroffen waren, näher kennen zu lernen, klicken Sie auf www.lettertothestars.at:

Variante 1: Gestalten Sie eine Ausstellung aus den darauf vorhandenen 20 Themen. (Ergänzen Sie eventuell den einen oder anderen Punkt mit Material, das Sie über die Linkliste bei www.doew.at finden.

www-Tipp

Variante 2: Erarbeiten Sie mit einem Kollegen/einer Kollegin eine Mind-Map. Stellen Sie mit der Materialsammlung aus dem Internet die 4 Äste der Mind-Map in Form eines „Stationenbetriebs“ zu den Stichworten „Erste Transporte“ / „Aktion Reinhard“ / „Theresienstadt“ / „Täter“ zusammen.



Gedenkveranstaltung „A Letter To The Stars“ auf dem Wiener Heldenplatz am 5. Mai 2003 – an dem Platz, an dem Hitler am 15. März 1938 den „Anschluss“ Österreichs an das Großdeutsche Reich verkündet hat.

T 25

Dr. Heinrich Gross war einer seiner „behandelnden“ Ärzte

Wilhelm Kaposi, geboren am 22. 10. 1929 in Wien
Letzte bekannte Wohnadresse: Wien 14, Am Steinhof,
Baumgartner Höhe 1
Todesort: Am Spiegelgrund
Todesdatum: 10. 09. 1942

Kaposi Wilhelm: geb. am 22. 10. 1929 in Wien. Eltern: Edmund (Kaufmann) und Gertrude Kaposi. Zuletzt wohnhaft in Wien 1, Postgasse 13: Laut Auskunft des Gesundheitsamtes Wien VIII am 07. 08. 1938 nach London ausgewandert.

Der kleine Wilhelm ist einige Zeit in Pflege bei Frau Manja Ruckhaus, wohnhaft Wien 18, Theresiengasse 7/8. Er besucht die städtische Hilfsschule für Knaben und Mädchen (Vorschule) in Wien 18, Anastasia Grüngasse 10 und übersiedelt am 22. 12. 1939 in die Volksschule Wien 19, Pantzergasse 25.

Da Wilhelm bei der Geburt eine Verletzung erlitten hat, entwickelt er sich körperlich und geistig nur sehr langsam, auch leidet er sehr unter der Trennung seiner Eltern.

Eine „Besserung“ seines Zustandes soll im Kinderheim St. Klemens in Grunzbach bei Znaim, N.D. (Niederdonau, heute Niederösterreich) ermöglicht werden, von dort kommt Wilhelm am 08. 09. 1941 in die „Pflege und Beschäftigungsanstalt für schwachsinnige Kinder“ nach Gugging in N.D.

Schließlich wird er am 27. 05. 1942 in die „Heilpädagogische Klinik der Stadt Wien am Spiegelgrund“ in Wien 14, Baumgartnerhöhe 1 überstellt.

Einem Begleitbrief der Anstalt Gugging folgt noch eine Meldung der „Kinderübernahmestelle (KÜST) – Anstaltenreferat der Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien“: Darin steht: „Kaposi Wilhelm geb. am 22. 10. 1929 wurde am 27. 05. 1942 von der Heil- und Pflegeanstalt Gugging am Spiegelgrund abgegeben. Ich teile dazu mit, dass das Kind Volljude ist. Unterschr. Muth.“

Dieses Schreiben langt am 04. 09. 1942 am Spiegelgrund ein. Wilhelm kommt in den Pavillon 15. In der Euthanasieklinik „Am Spiegelgrund“ wird er allen rassenhygienischen Untersuchungsmethoden der NS-Ärzte unterzogen, auch der Encephalographie. Dies ist eine sehr schmerzhafteste Untersuchungsmethode, bei der Liquor aus dem Rückenmark abgenommen und Luft ins Gehirn gepumpt wird.

Dr. Heinrich Gross ist einer seiner „behandelnden“ Ärzte. Er nennt den Buben aber nicht bei seinem Vornamen Wilhelm, sondern Israel. Ein NS-Synonym für männliche Juden.

Am 01. 09. 1942 verschlechtert sich Wilhelms Befinden. Am 10. 09. 1942 um 5 Uhr 30 stirbt Wilhelm Kaposi im Alter von 12 Jahren an einer Lungenentzündung beider Unterlappen.

55 Jahre später wird sein Gehirn der Israelitischen Kultusgemeinde Wien zur Bestattung übergeben.

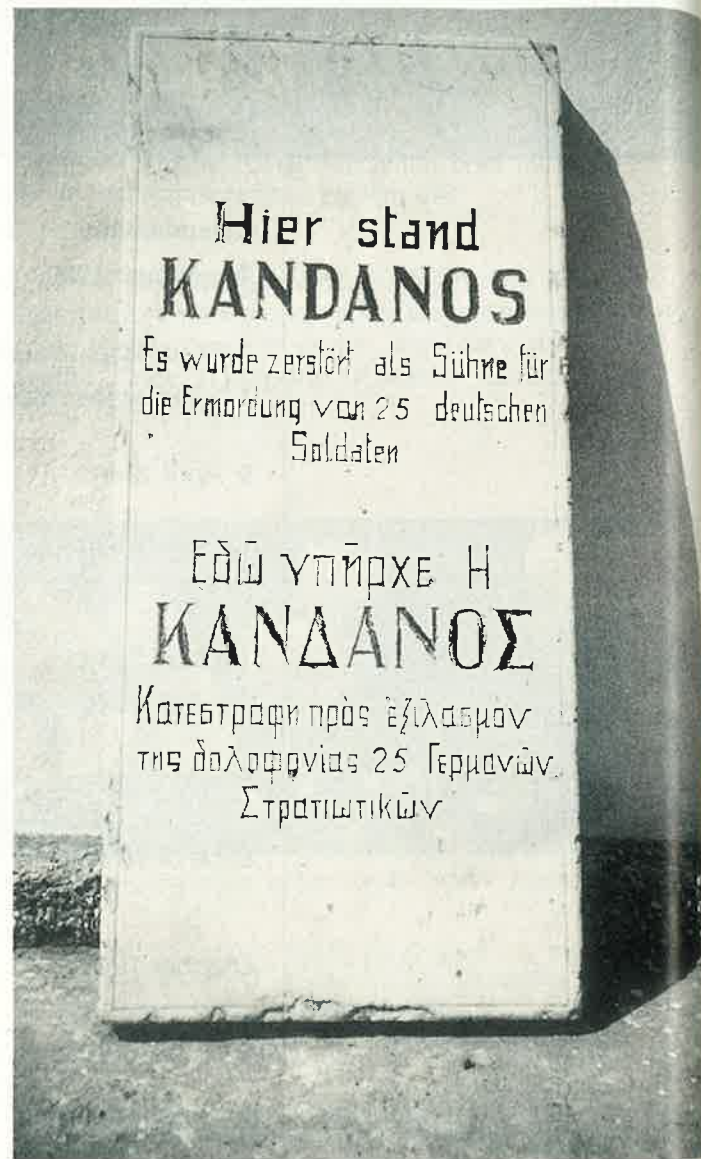
Kathrin Macher, 4b, AHS Dominikanerinnen, Wien 13

(A Letter To The Stars. Briefe in den Himmel, Wien 2003, S. 120)

6 Der Zweite Weltkrieg

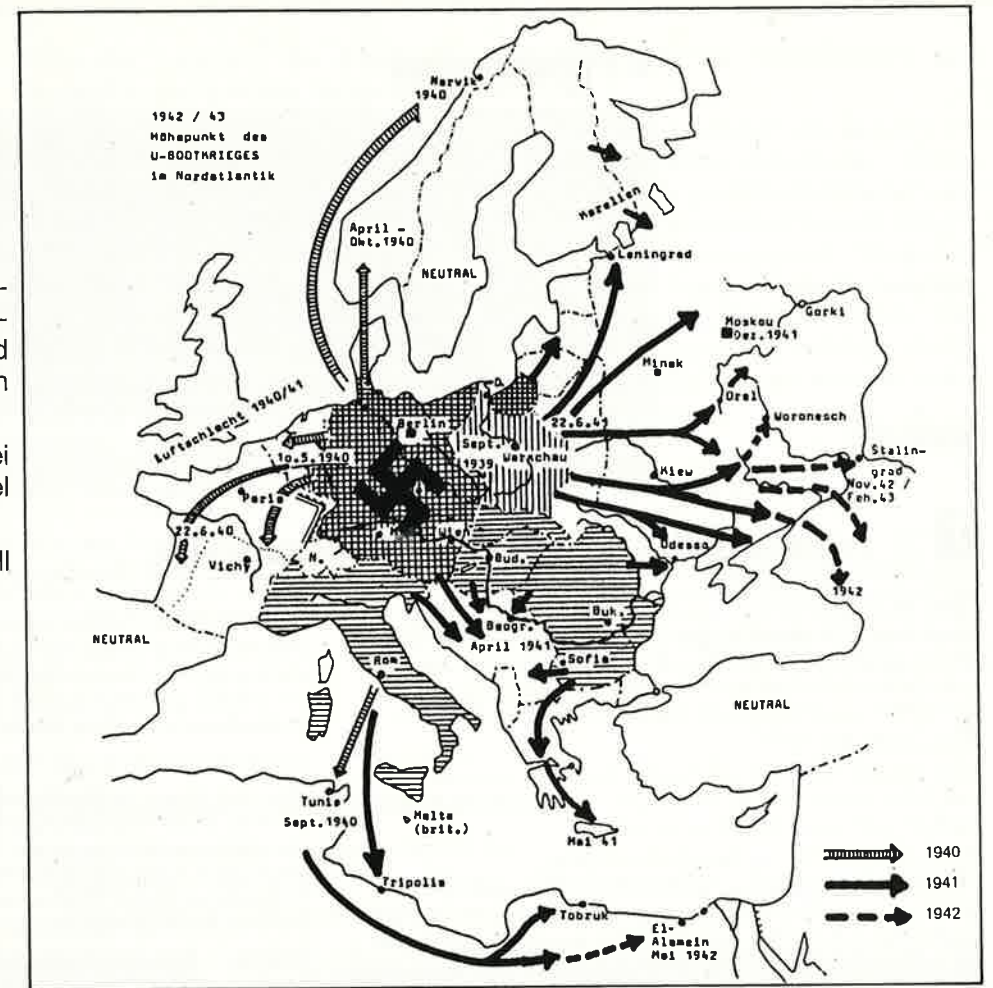
Kalendarium:

23. August 1939: Nichtangriffspakt zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion
1. September 1939, 4:45 Uhr: Beginn des deutschen Überfalls auf Polen
17. September 1939: Beginn des sowjetischen Einmarsches in Ostpolen
9. April 1940: Beginn der deutschen Besetzung Dänemarks und Norwegens
10. Mai 1940: Beginn des deutschen Überfalls auf die Niederlande und Belgien als Vorstufe zum Angriff auf Frankreich
10. Juni 1940: Kriegseintritt Italiens
22. Juni 1940: Abschluss des Waffenstillstandes zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich
28. Juni 1940: Die Exilregierung de Gaulles wird von Großbritannien anerkannt.
- Ende Juli 1940: Beginn der Luftschlacht um England, um die Voraussetzungen für eine deutsche Landung in England zu schaffen
- Oktober 1940: Italienischer Angriff aus dem im April 1939 besetzten Albanien gegen Griechenland
6. April 1941: Beginn des deutschen Angriffs gegen Jugoslawien und Griechenland
22. Juni 1941: Beginn des deutschen Angriffs auf die UdSSR
14. August 1941: Unterzeichnung der Atlantik-Charta zw. USA und GB
7. Dezember 1941: Japanischer Überfall auf Pearl Harbour
11. Dezember 1941: Deutsche und italienische Kriegserklärung an die USA
2. Februar 1943: Ende der Kämpfe um Stalingrad
- November 1943: Konferenz von Teheran (Beschluss der Invasion)
6. Juni 1944: Alliierte Landung in der Normandie
12. Januar 1945: Beginn der sowjetischen Weichseloffensive
- Februar 1945: Die Alliierten erreichen im Westen den Rhein
- Februar 1945: Konferenz von Jalta – Einflussphären in Europa
13. April 1945: Wien von der Roten Armee befreit
25. April 1945: Konferenz von San Francisco, Festlegung der Gründungsurkunde der UNO
7. Mai 1945: Deutsche Gesamtkapitulation unterschrieben (Inkrafttreten am 9. Mai um 0.01 Uhr)
- 8./9. August 1945: US-Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki
10. August 1945: Japanisches Kapitulationsangebot



A Arbeitsaufgabe – Kartenarbeit:

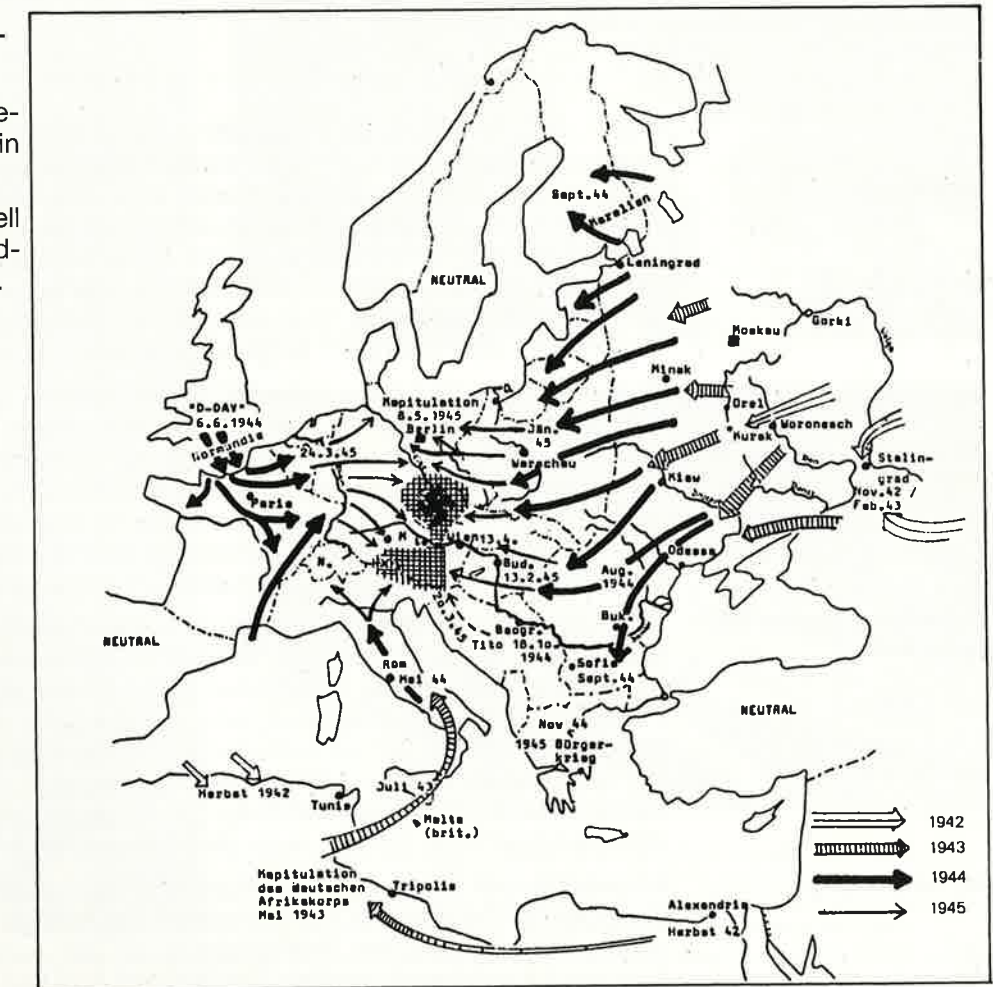
- Beschreiben Sie anhand der beiden Kartendarstellungen und dem Kalendarium den Kriegsverlauf.
- Begründen Sie dabei die beiden Kartentitel ausführlich.
- Ziehen Sie eventuell die Website www.wk-2.de heran.



Die Blitzkriege bis zur größten Ausdehnung der Achsenmächte

A Arbeitsaufgabe – Bildanalyse:

- Welche Aspekte beleuchten die Fotos in diesem Kapitel?
- Ziehen Sie eventuell dazu auch www.feldpost-archiv.de heran.



Vormarsch der Alliierten – Deutscher Zusammenbruch

6.1 Kriegsverlauf

Der Zweite Weltkrieg erreichte ganz andere Dimensionen als der Krieg von 1914 bis 1918. Die Karten auf der vorigen Seite geben Ihnen einen Überblick über den Kriegsverlauf in Europa. 55 Millionen Menschen, darunter fast eine halbe Million Österreicher kamen in diesem Krieg um. Die Bombardierung des Hinterlandes und die fast vollständige Eroberung des mitteleuropäischen und besonders des deutschen Gebietes hinterließen ein viel größeres Chaos, als es 1918 der Fall gewesen war.

www-Tipp

<http://dhm.de/lemo/html/wk2/index.html>
www.wk-2.de

T 1 Politikeraussagen vor Beginn des Zweiten Weltkrieges

Hitler am 17. Mai 1933:

„Kein europäischer Krieg wäre in der Lage, anstelle der unbefriedigenden Zustände von heute etwas Besseres zu setzen, im Gegenteil, weder politisch noch wirtschaftlich könnte die Anwendung . . . von Gewalttaten . . . eine günstigere Situation hervorrufen.“

Hitler am 21. Mai 1935:

„Das Deutsche Reich und insbesondere die heutige deutsche Regierung haben keinen anderen Wunsch, als mit allen Nachbarstaaten friedlich und freundschaftlich zu verkehren.“

Hitler im März 1936 (zur Rheinlandbesetzung):

„Wir haben in Europa keine territorialen Forderungen zu stellen. Wir wissen vor allem, dass alle Spannungen, die sich entweder aus falschen territorialen Bestimmungen oder aus dem Missverhältnis der Volkszahlen mit ihren Lebensräumen ergeben, in Europa durch Kriege nicht gelöst werden können . . .“

Hitler im März 1939 (in einem Wehrmachtsbefehl):

„Die Aufgabe der Wehrmacht ist es, die polnische Wehrmacht zu vernichten!“

Hitler am 28. April 1939:

„Herr Roosevelt spricht von Gerüchten, dass noch gegen weitere unabhängige Nationen weitere Angriffsaktionen erwogen würden . . . Ich darf feststellen, dass ich nicht wüsste, für welchen Zweck ich überhaupt einen Krieg führen sollte . . .!“

Chamberlain am 23. August 1939 an Hitler:

„Was auch immer der Inhalt des deutsch-russischen Abkommens sein mag, an den Verpflichtungen Großbritanniens gegenüber Polen . . . vermag es nichts zu ändern. (Die britische Regierung) ist fest entschlossen, wenn sich die Notwendigkeit dafür ergibt, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen . . . und es ist unmöglich, das Ende der Feindseligkeiten abzusehen . . .“

Hitler am 1. September 1939 im Reichstag nach dem vorgetäuschten Überfall auf den Sender Gleiwitz:

„Seit 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen.“

Nach der Zerteilung der Tschechoslowakischen Republik hatte Polen Unterstützungserklärungen von Großbritannien und Frankreich erhalten. Dieser Überfall des deutschen Heeres löste den Krieg in Europa aus. In der ersten Phase der Blitzkriege unterwarf die auf dem Höhepunkt ihrer Aufrüstung stehende deutsche Armee fast ganz Festlandeuropa. Nur auf dem Nebenkriegsschauplatz Nordafrika konnten die Briten Widerstand leisten. An eine Landung deutscher Truppen auf den Britischen Inseln war nach der verlorenen Luftschlacht um England nicht mehr zu denken.

Auch nach dem Überfall auf die UdSSR im Sommer 1941 schien der Krieg für NS-Deutschland und seine Verbündeten erfolgreich zu verlaufen. Die Wende brachte die Winterschlacht von Stalingrad. Von einer ursprünglich 220.000 Mann starken Armee wurden nur noch 100.000 Mann gefangen genommen, von denen 6.000 zurückkehrten. (Von den 20 Generälen überlebten 18!) Die von den USA mit Ausrüstung unterstützte Sowjetunion hatte bis zur Alliierten Landung in der Normandie die Hauptlast der Kämpfe zu tragen.

Im Pazifik hatte der Krieg mit dem japanischen Überfall auf Hawaii begonnen. Ähnlich wie die Verbündeten in Europa stießen japanische Kräfte rasch (bis August 1942) bis Burma, Indonesien und die Mandschurei vor. Die Schlacht im Korallenmeer vor Australien und die Schlacht bei den Midway Inseln stellten die Wende dar. Im verlustreichen „Isle-jumping“ drängten bis 1945 die Amerikaner, Briten und Australier die Japaner zurück. Der Abwurf der beiden Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki und damit Japans Kapitulation erfolgten drei Monate nach dem Kriegsende in Europa.

Angesichts der Niederlage von Stalingrad verkündete Propagandaminister Goebbels im Februar 1943 den totalen Krieg. In einer ausschließlich militärischen Zielen dienenden Kraftanstrengung der ganzen Nation sollte das Kriegsglück gewendet werden. Das erhoffte Ergebnis blieb jedoch aus.

Blitzkriege

die Wende in Stalingrad 1942/43

Pazifikkrieg beginnt mit Pearl Harbour

der totale Krieg

Landung in der Normandie

Nach der Landung der Alliierten in Sizilien stürzte der Faschistische Rat Mussolini und erklärte Deutschland den Krieg.

Das Jahr 1944 brachte die Entscheidung: Während im Osten die Sowjets im Laufe des Jahres bis Warschau vordrangen, landeten Amerikaner, Briten und die „Freien Franzosen“ General de Gaulles unter großem Materialeinsatz in der Normandie. Der amerikanische Oberkommandierende General Dwight Eisenhower entschloss sich jedoch danach zu einem langsamen Vorgehen auf breiter Front. Dadurch war es den deutschen Truppen wieder möglich, sich zu formieren und den Krieg weiter zu verzögern. Die Sowjetunion zog daraus den Vorteil, weil sie auf diese Weise ihre Truppen bis weit über Berlin hin vorstoßen und so halb Europa unter ihre Kontrolle bringen konnte – eine wichtige Vorentscheidung für die Zeit nach Kriegsende!

UdSSR bis Mitteleuropa

T 2 Im Osten wurde der Krieg auch als rassistischer Weltanschauungskrieg geführt

In der Regel wurden hinter den vorrückenden Fronten so genannte „Sonderkommandos“ tätig. Sie bestanden aus SS-Verbänden, SD (Sicherheitsdienst), und hatten die Aufgabe, die politische und rassistische „Säuberung von schädlichen Elementen“ durchzuführen. Auch die Wehrmacht wurde nach Ausbruch des Krieges kraft ihrer Kontrolle über weiträumige Gebiete West- und Osteuropas in den Vernichtungsprozess einbezogen. Wehrmachtseinheiten und -ämter mussten sich an sämtlichen Maßnahmen beteiligen, darunter an der

Tötung von Juden durch mobile Sondereinheiten und an Transporten von Juden in die Vernichtungslager. Genauso gehörten auch Geiselerchießungen nach Partisanenüberfällen dazu. Oft wurde in Befehlen zum Ausdruck gebracht, dass als Gegenmaßnahmen Zivilisten, Frauen und Kinder und besonders die von der NS-Propaganda als „Untermenschen“ bezeichneten Minderheiten zur Abschreckung zu ermorden wären.

Quelle: Hilbert, R.: Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust. Berlin 1982. S. 43, 217 ff.

A Arbeitsaufgabe – Ausstellungsbesuch:

- www.verbrechen-der-wehrmacht.de
Bearbeiten Sie unter „Ausstellung“ die Abschnitte „Krieg und Recht“, „Sowjetische Kriegsgefangene“ und „Handlungsspielräume“.



Das erste große Flächenbombardement des Krieges war 1939 in Warschau erfolgt. Die anfängliche Überlegenheit der deutschen Luftwaffe, die auch Rotterdam, London, Coventry und Belgrad bombardiert hatte, war bald gebrochen. Trotz aller Opfer führten die Bombenangriffe nicht zur erhofften Demoralisierung der Zivilbevölkerung.



Ende Juli 1943: Das Ergebnis der schweren britischen Luftangriffe auf Hamburg. In einer einzigen Woche hatte die Stadt über 50.000 Tote zu beklagen. Das war ungefähr gleich viel wie die Zahl der Zivilisten, die von Kriegsbeginn an bis zu diesem Zeitpunkt Opfer der deutschen Bombenangriffe auf England geworden waren.

Gegen Verirrungen in der Tanzmode: Gauleiter Hofer hat folgende Anordnungen erlassen: Der bevorstehende Fasching gibt mir Veranlassung, Folgendes grundsätzlich festzulegen: Das Spielen und Tanzen von Swing ist für das Gaugebiet Tirol-Vorarlberg untersagt. Für die Einhaltung dieser Weisung sind die Besitzer von Gaststätten und Tanzlokalen sowie die Leiter von Kapellen verantwortlich. Die Anordnung des Gauleiters räumt mit einem Auswuchs der Tanzmode auf, der an den Urwaldimport in den ersten Nachkriegsjahren erinnert. Unter Swing sind alle jene Tänze zu verstehen, bei denen sich die Tanzpartner meist locker an den Armen fassen und in federnden Schwingungen der Knie- und Hüftgelenke hin und

her bewegen. Neben den veredelten Formen, die die modernen Tänze längst gefunden und in denen sie sich im Gegensatz zu kurzfristigen Verirrungen als lebensfähig erwiesen haben, hat diese verunglückte „Schöpfung“ eines entgleisten Erfindergeistes keine Daseinsberechtigung. Es wäre nicht Unterhaltungsbedürfnis, sondern üble Sensationshascherei und zudem ein geistloser Rückfall in die Haltlosigkeit längst überwundener Zeiten, wenn man dieses merkwürdige Gezappel zur Vollkommenheit des Faschingsvergnügens für erforderlich oder auch nur zweckdienlich halten würde . . .

Quelle: Deutsche Volkszeitung, 12. 01. 1939 zitiert nach Klusacek Ch. u. a.: Dokumentation zur Österr. Zeitgeschichte 1938-45. Wien 1971. S. 138

Selbst einst begeisterte **Jugendführer** des Dritten Reiches wie der Österreicher Ralf Roland **Ringler** mussten vor dem Hintergrund der NS-Vernichtungspolitik und des Aggressionskriegs eine resignierende Bilanz ziehen: Der militärische Einsatz der Hitler-Jugend war ein Fehler. Wir als ihre Führer hatten nicht erkannt, dass die Lage aussichtslos war. Diejenigen, die es kraft ihrer Stellung und Erfahrung hätten wissen müssen, haben uns im Stich gelassen. (. .) Dass uns der extreme Idealismus und Fanatismus blind gemacht hat, ist eine andere Sache. Um das Ziel zu erreichen, waren uns alle

Mittel recht. Wir kannten nicht den Humanismus, nicht die Toleranz und nicht die Demut. Diese Eigenschaften hat von Haus aus wohl keine Jugend. Doch versuchte damals auch niemand, uns diese Werte näherzubringen. Im Gegenteil. Sie wurden verachtet. Das war der große Fehler. (. .) Wir waren blind, da unser ganzes Wollen durch die Anziehungskraft einer einzigen Persönlichkeit geprägt war – Adolf Hitler. Seiner Gottähnlichkeit ist die Jugend, die seinen Namen trug, erlegen. Heute müssen wir uns schämen.

Quelle: Rathkolb, Es ist schwer, jung zu sein. 1988



Gauleiter Baldur von Schirach inspiziert HJ-Angehörige – das „letzte“ Aufgebot zur Verteidigung Wiens im April 1945. Der Politiker „setzte sich rechtzeitig ab“ . . .



Hitler-Jungen zwischen 14 und 16 Jahren wurden (ebenso wie die alten Männer) in Volksturmeeinheiten gepresst – viele kamen noch in den letzten Kriegstagen völlig sinnlos um.



Blitzmädel. „Frauenwarte“ vom Februar 1943
Die „NS-Frauenwarte“ vom Februar 1943 lieferte eine Propagandaseite von den „Mädchen in Uniform, den Nachrichtenhelferinnen der Luftwaffe . . .“. Sie sollten „einen Soldaten ersetzen“ und für einen „reibungslosen“ Fernsprechkdienst sorgen.

Amtliche Bekanntmachung vom 31. Oktober 1943:

„Das Abschlusszeugnis der Mittelschule wird nach den bisherigen Bestimmungen einberufenen Schülern nur dann erteilt, wenn sie die sechste Klasse erreicht haben (Anmerkung: = II. Jahrgang Handelsakademie oder 2. Klasse Handelsschule). Bei früherer Einberufung empfiehlt der Reichserziehungsminister die Unabkömmlich-Stellung des Schülers bis zum Schluss des laufenden Schuljahres. Sollte der Uk.-Antrag erfolglos bleiben, so haben die Schulleiter in Zukunft das Recht, auch bereits den Mittelschülern der Klasse 5, die zwischen dem 1. März und dem Ende des laufenden Schuljahres einberufen werden, bei entsprechenden Leistungen das Abschlusszeugnis zuzuerkennen.“

Amtliche Bekanntmachung vom 23. August 1942:

„Mit Wirkung vom 22. August 1942 darf der Papier-Einzelhandel aller Art nur noch gegen Vorlage eines mit dem Stempel der Schule versehenen, vollgeschriebenen Schulheftes ein neues Schulheft gleicher Art verkaufen . . .“

Luftwaffenhelfer

Durch eine gemeinsame Anordnung des Reichsministers der Luftfahrt und Oberbefehlshabers der Luftwaffe, des Leiters der Parteikanzlei, des Reichsministers des Innern, des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und des Jugendführers des Deutschen Reiches wurde festgelegt, dass die höheren Schüler Gelegenheit zum Einsatz als Luftwaffenhelfer erhalten sollen.

„ . . Die Betreuung erfolgt, solange sich die Luftwaffenhelfer nicht unmittelbar in militärischem Dienst befinden, durch einen Betreuungslernlehrer, dem ein HJ-Führer als Mannschaftsführer zur Seite steht.“ (12. Februar 1943)

www-Tipp

<http://ns-schulzeit.bonn.de/berichte/berichte.htm>

**NSDAP-Hitler-Jugend
Gebiet Wien**

Dienststelle Kinderlandverschickung

Führung und Ausrichtung MA-C

Zeichen und Datum sind bei der Antwort stets anzugeben.

12a Wien, I., am 31.3.45

Salvatorgasse 10 Fernruf: U:2

U:2
U:2

28.3.45
218

Bestätigung.

Von der Dienststelle Kinderlandverschickung wird bestätigt, dass Alfred P [redacted], geb. 17.1.26, auf Grund des Erlasses des RMfWEV vom 1.9.44 über den totalen Kriegseinsatz II, Abs. 3 als Führer seit 21.9.1944 eingesetzt ist. Der Genannte hat sich in der Zeit seines Einsatzes bewährt, gegen die Ausstellung eines Reifezeugnisses bestehen keine Bedenken.

F.d.R.

Anni Ott
(Anni Ott)
M.-Gruppenführerin.



gez. Gerda Maschke!
M.-Ringführerin und M.-Beauftragte.

Quelle: Hauptkatalog eines Wiener Gymnasiums

A **Arbeitsaufgabe:**

- Analysieren Sie diese Quelle.
Sprechen Sie in Ihrer Klasse darüber.

Die Verschärfung des Krieges wird auch in einem Vergleich deutlich: Bis zu dem fehlgeschlagenen Attentatsversuch gegen Hitler durch dt. Offiziere um Graf Stauffenberg am 20. Juli 44 sind im Krieg 2,8 Mio. (Soldaten und Zivilisten) umgekommen; in den Monaten vom Juli 1944 bis Kriegsende im Mai 1945 aber 4,8 Mio.!

Menschenverluste des Zweiten Weltkrieges:		Soldaten	Zivilisten	in % der Bevölkerung von 1939
Deutschland	3.800.000	3.800.000	7%	
Frankreich	210.000	330.000	1,5%	
Großbritannien.	240.000	150.000	1%	
Italien	230.000	150.000	1%	
Japan.	1.200.000	600.000	3%	
Jugoslawien (Trennung unmöglich). . .	insgesamt	1.100.000	10%	
Polen.	320.000	5.200.000	14%	
USA	300.000	-	0,2%	
UdSSR.	6.500.000	12.400.000	12%	
China	3.500.000	10.000.000	2,2%	

6.2 Die Widerstandsbewegungen

Zusammenarbeit mit den Deutschen

Solange der Siegeszug der deutschen Armeen anhielt, dachten die Angehörigen der unterworfenen Völker kaum an Widerstand. Im unbesetzten Teil Frankreichs regierte der „Sieger von Verdun“ (im 1. Weltkrieg), Marschall Petain, vom Kurort Vichy aus in autoritärem Stil. In Norwegen bildete ein Nationalsozialist eine hitlerfreundliche Regierung. Den Dänen gelang es, die dort ansässigen Juden in das neutrale Schweden zu retten. Sie widersetzten sich erfolgreich Anordnungen der Deutschen.

Zivilcourage der Dänen

Exilregierungen

Die norwegische und die holländische Königsfamilie waren nach England geflohen. Dort amtierten bereits eine tschechische und eine polnische Exilregierung; von dort aus versuchte **Charles de Gaulle**, den Alliierten die Wirtschaftskraft der französischen Kolonien zu sichern und die Résistance zu unterstützen. Als sich im Feldzug gegen Russland die ersten Schwierigkeiten für die Deutsche Wehrmacht abzeichneten, setzten Aktivitäten von Widerstandsgruppen ein. Es wurden illegale Flugblätter gedruckt und verbreitet, Verkehrseinrichtungen beschädigt, abgeschossene alliierte Flieger gerettet und versteckt, Anordnungen der Militärbehörden sabotiert (sabotieren = zuwiderhandeln), deutsche Truppen überfallen.

Widerstand wächst

Stark war auch der Widerstand hinter der Front in Osteuropa. Die erfolgreichste Partisanenarmee kämpfte in Jugoslawien. Ihrem Befehlshaber **Josip Broz** (Deckname **Tito**) gelang die Befreiung ohne ausländische Truppenunterstützung.

Tito-Partisanen

Grausame Gegenaktionen, die in der Erschießung unschuldiger Geiseln gipfelten, erhöhten die Erbitterung. Sie verstärkten den Widerstand, statt ihn zu brechen.

Der Widerstand in Ost- und Südeuropa

In den verschiedenen Ländern Osteuropas bildeten sich mit fortschreitendem Kriegsgeschehen immer größere Gruppen von Widerstandskämpfern gegen die Naziherrschaft, ja vielfach ganze Partisanenarmeen. Auch wenn die meist namenlos gebliebenen Männer und Frauen dieser Widerstandsgruppen zum Teil verschiedene politische Ansichten und Ziele vertraten, blieb doch die Befreiung von der Naziherrschaft das erste und vordringlichste Ziel all dieser Menschen. Die größte Wirkung erzielten lange Zeit die russischen Partisanengruppen, die hinter den deutschen Linien Bahnlinien unterbrachen, Züge und Transportkolonnen überfielen, die Nachrichtenverbindungen unterbrachen und so viele deutsche Einheiten der Front entzogen, weil diese zu ihrer Bekämpfung eingesetzt wurden. Die besondere Wirkung der russischen Partisanenverbände im Vergleich zu den Partisanen in anderen Ländern hing auch damit zusammen, dass sie nur durch die nahe Frontlinie von ihrer regulären Armee und ihrer Regierung getrennt waren und so zu beiden in enger Verbindung standen. Die unterschiedlichen Zielsetzungen der verschiedenen Partisanengruppen wurden noch während des Kampfes gegen Deutschland am stärksten in Jugoslawien sichtbar, wo es gleichsam zu einem Bürgerkrieg im Krieg kam.

Partisanen in Russland

Tito-Partisanen befreien Jugoslawien

Nach der Niederwerfung Jugoslawiens durch die Deutsche Wehrmacht war schon im April 1941 Kroatien zu einem eigenen Staat gemacht worden; ein Teil Sloweniens war italienisches Einflussgebiet, der nördliche Teil unter der Bezeichnung „Oberkrain“ deutsches Reichsgebiet geworden. In Kroatien etablierte sich unter deutschem Einfluss schließlich die faschistische Ustascha-Bewegung des Ante Pavelić. Serbien war unter deutscher Militärverwaltung, doch wurde in London eine jugoslawische Exilregierung gegründet. Ihr Kriegsminister Draža Mihailović organisierte in Serbien die Partisanenbewegung der Tschetniks, die für eine Rückkehr des jungen König Peter nach Jugoslawien eintraten. Diese Widerstandsbewegung geriet bald in scharfen Gegensatz zu einer durch Josip **Broz** aufgebauten kommunistischen Partisanenbewegung. Broz, der schließlich den Decknamen „**Tito**“ benützte, lehnte sich an die Sowjetunion an, die auch nur seiner Organisation Hilfe zukommen ließ.

Titos Rivalen



Josip Broz – Tito als Oberbefehlshaber der Partisanenarmee



Die Tschetniks von Mihailović wurden eine Zeitlang von britischer Seite unterstützt, als sich aber diese streng antikommunistische Bewegung unter dem Druck der Kommunisten zeitweise den Deutschen näherte, erklärten die britischen Vertreter auf der Konferenz von Teheran, dass nur mehr den kommunistischen Partisanen Titos Hilfe geleistet werden solle. Titos Bewegung nahm damit an Stärke beträchtlich zu. Noch im November 1943 berief er einen antifaschistischen Rat für die nationale Befreiung ein, erklärte sich zum Oberbefehlshaber der nationalen Befreiungsarmee, verbot die Exilregierung in London und untersagte König Peter die Rückkehr nach Jugoslawien vor einer angeblichen Volksentscheidung. Titos Streitkräfte vergrößerten sich von rund 140.000 Ende 1943 auf über 250.000 mit Ende des Jahres 1944. Die Situation in Jugoslawien in diesem Jahr war gekennzeichnet durch wechselseitige erbitterte Kämpfe zwischen Ustaschis, Tschetniks und Titopartisanen. Daran änderte sich auch nicht viel, als die jugoslawische Exilregierung in London im November 1944 ein Abkommen mit Tito über eine weitere Zusammenarbeit traf. Zuvor schon hatte die Exilregierung Tito die alleinige Führung des Widerstandes gegen die Deutschen übertragen. Die Besetzung des Balkans durch sowjetische Truppen brachte schließlich fast ganz Jugoslawien in Titos Hände.

Italien

Nach militärischen Misserfolgen Italiens an der Seite Deutschlands wurde Mussolini auf Befehl Victor Emmanuels III verhaftet und seiner Ämter enthoben. Als Mussolini befreit wurde und mit deutscher Hilfe die „Repubblica Sociale Italiana“ gründete, sah er sich auch in diesen Gebieten immer stärkeren Partisanenverbänden gegenüber, die zum größeren Teil kommunistisch orientiert waren. Teile Südtirols, Venetiens und Friauls aber wurden unter der Bezeichnung „Operationszone Alpenvorland“ bzw. „Operationszone Adriatisches Küstenland“ direkt dem deutschen Reichsgebiet einverleibt und deutscher Verwaltung unterstellt. Auch im östlichen Friaul, im Raum Görz und Triest wie in Istrien kam es zu starken Aktivitäten verschiedenster Partisanenverbände. Dort wurde die Situation besonders problematisch, weil es nichtkommunistische, italienische kommunistische und jugoslawische kommunistische Partisanengruppen gab, und Letztere zugleich mit dem Kampf gegen den Faschismus auch die Abtrennung großer Gebiete von Italien anstrebten. Aus diesen vielfältigen und gegensätzlichen Zielen der politischen Kräfte ergab sich dann nach dem Kriegsende nicht nur die grausame Liquidierung und Verfolgung der italienischen Bevölkerung in diesen östlichen Gebieten, sondern das jahrelange Ringen der Jugoslawen um die Stadt Triest selbst.

Österreicher für Unabhängigkeit

Widerstand aus allen Lagern

1. 11. 1943: Moskauer Deklaration

6.2.1 Die österreichische Widerstandsbewegung

Während sich deutsche Widerstandskämpfer bemühten, Mitglieder der österreichischen Widerstandsbewegung dafür zu gewinnen, die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich auch für die Zeit nach dem Kriege anzuerkennen, kämpften die Österreicher darum, die Unabhängigkeit des Landes wieder zu erringen. Versuche konservativer Deutscher, mit christlich-sozialen Österreichern eine Übereinstimmung zu finden, scheiterten ebenso wie die des sozialdemokratischen Widerstandskämpfers Wilhelm Leuschner, den österreichischen Sozialdemokraten Dr. Adolf Schärf für ein künftiges demokratisches Großdeutschland zu erwärmen. Die Liebe zum Deutschen Reich, sagte Schärf, sei den Österreichern ausgetrieben worden.

Während Kommunisten, Sozialdemokraten und revolutionäre Sozialisten bereits im Ständestaat Erfahrungen für den illegalen Kampf gesammelt hatten, mussten sich christlichsoziale und religiös gesinnte Kreise neue Organisationen schaffen. Unter diesen trat die „Österreichische Freiheitsbewegung“ des Klosterneuburger Chorherrn Karl Roman Scholz, der später hingerichtet wurde, besonders hervor. Aus tiefer religiöser Überzeugung leisteten einzelne, auch einfache Menschen Widerstand, wie der oberösterreichische Bauer Franz Jägerstätter, der den Mut aufbrachte, den „Wehrdienst“ zu verweigern und sich dafür hinrichten zu lassen.

Die Hoffnung, die Republik Österreich wieder zu beleben, wurde durch die Moskauer Deklaration vom 1. November 1943 genährt.

T 8 Aus der Moskauer Deklaration

„Die Regierungen des Vereinigten Königreiches, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika sind darin einer Meinung, dass Österreich, das erste freie Land, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer fallen sollte, von deutscher Herrschaft befreit werden soll.

Sie betrachten die Besetzung Österreichs durch Deutschland am 15. März 1938 als null und nichtig. Sie betrachten sich durch

keinerlei Änderungen, die in Österreich seit diesem Zeitpunkt durchgeführt wurden, als irgendwie gebunden. Sie erklären, dass sie wünschen, ein freies unabhängiges Österreich wiederhergestellt zu sehen und dadurch ebenso sehr den Österreichern selbst wie den Nachbarstaaten, die sich ähnlichen Problemen gegenüber gestellt sehen werden, die Bahn zu ebnen, auf der sie die wirtschaftliche und politische Sicherung finden können, die die einzige Grundlage für einen dauernden Frieden ist.“

die „O5“

Angespornt durch die Moskauer Deklaration und verpflichtet durch deren letzten Satz, sammelten sich im Winter 1944/45 alle Weltanschauungsgruppen in einer losen, „O5“ genannten Organisation. Fünf stand für e, den fünften Buchstaben des Alphabets; O5 bedeutete Oe: Österreich.

Kontakt zu Sowjetkommando

Als sich die sowjetischen Truppen Wien näherten, gelang es Major Karl Szokoll und Oberfeldwebel Käs, eine Verbindung zum sowjetischen Kommando herzustellen. Dadurch konnten sie Wien das Schicksal, als Kampfplatz zerstört zu werden, ersparen. Die SS bemächtigte sich noch vor ihrem Abzug einiger österreichischer Patrioten und richtete sie hin.

SS richtet Patrioten hin

Bereits am 7. April 1945 tagte der Zentralrat der Widerstandsbewegung im Auerspergpalais. Am 10. April, drei Tage vor der Einnahme Wiens durch die Rote Armee, wurde am Wiener Rathaus die rot-weiß-rote Fahne gehisst.

Widerstandsoffer in Tirol

Außerhalb Wiens wirkten Widerstandsgruppen besonders aktiv in Tirol. Noch vor dem Eintreffen alliierter Truppen besetzten sie das Landhaus. Im Kugelwechsel fiel der österreichische Widerstandskämpfer Professor Dr. Mayr.

Im Ausseerland rettete eine Widerstandsgruppe die im Salzbergwerk eingelagerten Kunstschatze.

demokratische Behörde in Kärnten

In Klagenfurt gelang es österreichischen Politikern der Ersten Republik, noch vor Eintreffen der Alliierten eine provisorische demokratische Behörde zu schaffen. Dadurch vereitelten sie den Versuch slowenischer Partisanenverbände, einen Teil Unterkärntens für Jugoslawien in Besitz zu nehmen.

Eine Zeitlang erkannten die sowjetischen Behörden in Wien die Widerstandsbewegung als österreichische Autorität an. Da es den Kommunisten jedoch nicht gelang, die Führung innerhalb der O5 zu erringen, verloren die Sowjets ihr Interesse.

T 9

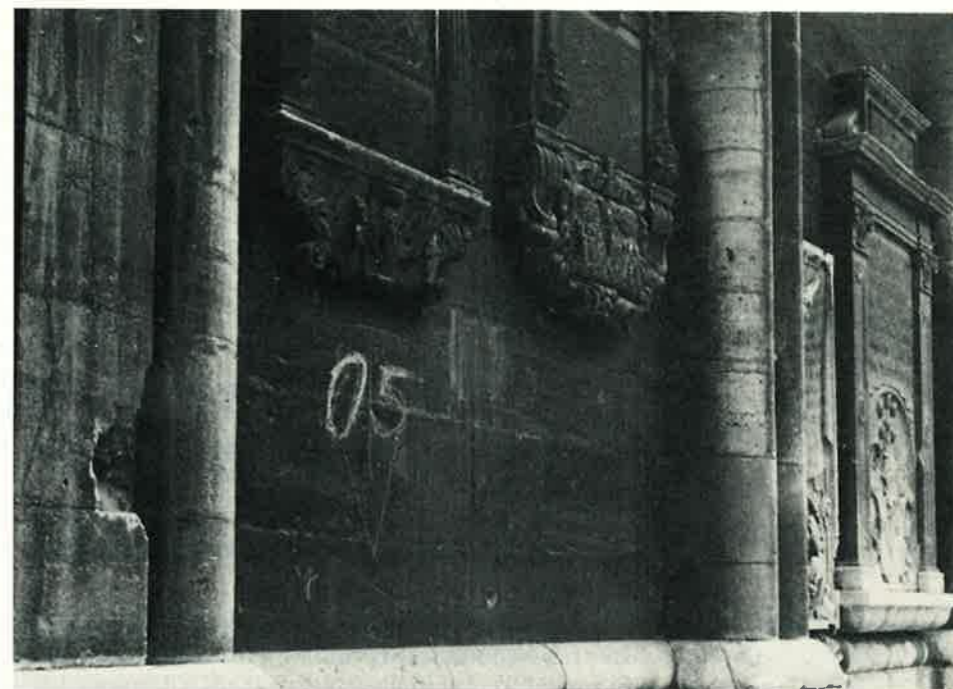
Ein Lied der Österreichischen Partisanen: **Ihr Brüder in den Städten dort:** (nach der bekannten Andreas-Hofer-Melodie)

„Ihr Brüder in den Städten dort,
in Dörfern und im Schacht,
ihr Brüder in Süd, West, Ost, Nord,
die Morgensonne uns lacht
Heraus zu uns in Wald und Flur
Gewehr zur Hand und auf zum Schwur:
Zu kämpfen und zu sterben,
bis Österreich frei von Schand.“

Die Schande, die uns alle drückt,
ist Hitlers Tyrannei,
doch nur durch unseren Freiheitskampf
wird Österreich wieder frei.
Die Freiheit, die wir meinen,
gilt Bauer Dir, und Dir Prolet.
Es wird die Sonn uns scheinen,
solang die Fahne weht.

Die Fahne, die wir tragen,
weht rot-weiß-rot voran.
Sie zeigt in schweren Tagen
den Weg für Weib und Mann.
Ihr Flammenzeichen in uns glüht,
bis rings die Welt in Frieden blüht.
Bis Freiheit Dir geworden
Dir Bauer und Prolet.

Symbol der O5 am Wiener Stephansdom



T 10

Was geschah mit den ehemaligen Widerstandskämpfern 1945, nach der Befreiung?

... Rücksicht auf die kommunistischen Untergrundkämpfer wurde jedoch [Anm.: bei der Parteigründung und Ausrichtung der Politik der wiedererrichteten Republik] nicht genommen. Das kennzeichnete aber nicht nur die Einstellung der [Anm.: aus Moskau in das befreite Wien eingeflogenen] KP-Führung; sie entsprach auch vollkommen dem, was sich bei der SPÖ und bei der ÖVP abspielte. In allen Parteien war man sofort auf Distanz zum „frei agierenden“ Untergrund gegangen.

... Die sich neu konstituierenden politischen Parteien begannen in einer – man muss schon sagen – Blitzaktion, die Widerstandsgruppe O5 als politischen Faktor auszuschalten. ... ÖVP, SPÖ und KPÖ waren sich in der Ablehnung der O5 einig und sie waren nur zu

dem Zugeständnis bereit, jenen Mitgliedern der O5 eine politische Heimstätte zu bieten, die sich ideologisch an eine der neuen Parteien gebunden fühlten und bereit waren, deren Primat (d. h. Vorrang) anzuerkennen. Die Sowjets assistierten bei der Abhalfterung der O5. ... Möglicherweise kam der letzte Anstoß von K. Renner, denn 24 Stunden nachdem er Wien betreten hatte ... am 21. 4. 1945 verkündete der Befehl Nr. 4 des sowjetischen Stadtkommandanten die Auflösung der O5. ... Es waren nur wenige Repräsentanten des aktiven Widerstands, die den Weg in die Legalität mitmachten. Die Provisorische Regierung war vor allem eine Regierung der Opfer, nicht aber eine der Kämpfer.

Quelle: Rauchensteiner M.: Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945–66, Wien 1987, S. 33, 35 f., 39

A • Überlegen Sie, welche Einstellung in T 10 zutage trat.

Mindestens 2.700 Österreicher wurden als aktive Widerstandskämpfer hingerichtet, 32.000 Österreicher kamen in KZs und Gefängnissen um, 65.000 wurden im Zuge der „Endlösung der Judenfrage“ ermordet, 20.000 im Rahmen von Euthanasieprogrammen, über 500 fielen als Partisanen, 100.000 waren inhaftiert.

Von 1,5 Mio. als Soldaten eingezogenen Österreichern kamen 170.800 ums Leben (76.200 gelten als vermisst), 600.000 gerieten in Gefangenschaft.



Bei dem an einer Eisenstange erhängten Soldaten handelt es sich um Hauptmann Alfred Huth, der wie Major Karl Biedermann und Oberleutnant Rudolf Raschke von den Übergabepänen der österreichischen Patrioten wusste und deshalb von der SS am 8. April 1945 gemeinsam mit den beiden oben Genannten nach grausamen Folterungen am Floridsdorfer Spitz zur Abschreckung öffentlich gehängt wurde.

www-Tipp

<http://www.doew.at/php/gestapo/>

6.3 Kriegsende

6.3.1 Die Atombombe

grausamer Krieg im Pazifik

Nach dem Zusammenbruch Hitler-Deutschlands dauerte der Krieg im Pazifik noch weitere drei Monate. Der nationale Wahn Japans steigerte sich bis zur Selbstaufgabe. Nicht nur, dass die Japaner auf den von den Amerikanern bereits eroberten Inseln oft bis zum letzten Mann kämpften; sie bildeten Piloten aus, deren Aufgabe es war, sich mit ihren Bombenflugzeugen auf die amerikanischen Schiffe zu stürzen und diese dadurch schwer zu beschädigen oder zu zerstören.

die Atombombe

1938 war dem deutschen Physiker Otto **Hahn** erstmals die Atomspaltung gelungen. Wissenschaftler in den USA, unter ihnen auch Emigranten aus Deutschland, fürchteten, dass Physiker des Dritten Reiches daran arbeiteten, die Atombombe, die schrecklichste Waffe in der bisherigen Geschichte der Menschheit, zu entwickeln. Umso größer waren ihre Anstrengungen, den Nationalsozialisten zuvorzukommen.

Die Pläne für eine deutsche Atombombe gediehen jedoch nicht bis zur Produktionsreife. Die amerikanische Atombombe war erst nach der Niederlage Deutschlands einsatzbereit.

Atombomben über Japan

Am 6. August 1945 warf ein amerikanisches Flugzeug die erste Atombombe über die Hafenstadt **Hiroshima** ab. Die Druck- und Hitzewelle und die Strahlung wirkten im Umkreis von einem Kilometer tödlich. Noch in vier Kilometer Entfernung entstanden Brände und Hautverbrennungen. Von den etwa 320.000 Bewohnern Hiroshimas wurde ein Viertel sofort getötet, viele starben noch nach Jahrzehnten an den Folgen der radioaktiven Strahlung und unter ihren indirekten Auswirkungen leiden heute noch viele Menschen.

A Arbeitsaufgaben:

- Erarbeiten Sie anhand der Informationen unter <http://www.csi.ad.jp/ABOMB/index.html> Hintergründe und Folgen des Atombomben-Abwurfs und präsentieren Sie die Ergebnisse in Form einer Wandzeitung.
- Stellen Sie mit Hilfe der Synopsis auf den Seiten 206 und 207 einen Überblick über die Verbreitung von Atomwaffen zusammen.



Explosion der Atombombe über Nagasaki



Auf den Stiegen zum Eingang der Sumitomo Bank wurde der Schatten eines Menschen eingebrannt – 250 m vom Zentrum der Atombombe.

T 11

Aus dem Tagebuch des japanischen Arztes Dr. Hachiya, der die Bombardierung schwer verletzt überlebte:

„Es war noch früh, ein stiller, schöner Morgen. Schimmernde Blätter . . . bildeten einen hübschen Gegensatz zu den Schatten in meinem Garten . . .

Plötzlich erschreckte mich ein jäh aufblitzender Lichtschein . . . Durch wirbelnden Staub vermochte ich kaum die hölzerne Säule zu erkennen, die mein Haus an einer Ecke getragen hatte. Sie stand jetzt grotesk da, ganz schief, und das Dach war bedrohlich zusammengesenken. – Instinktiv versuchte ich zu entfliehen, doch Schutt und abgestürzte Balken versperrten mir den Weg . . .

Was war überhaupt geschehen? Die ganze rechte Seite meines Körpers war zerschnitten und blutete. Aus einer gezackten Wunde in der Hüfte ragte ein dicker Holzsplitter . . .

Wir (seiné ebenfalls verletzte Frau und er) standen unschlüssig und voller Angst auf der Straße, bis ein Haus uns gegenüber zu wanken begann und in einer reißenden Bewegung . . . zusammenbrach. Unser eigenes Haus fing auch an zu schwanken und binnen einer Minute krachte es ebenfalls in einer Staubwolke nieder . . . Brände

sprangen auf und breiteten sich aus, von einem tückischen Wind angefacht . . .

Allmählich erst begann die Umgebung für mich deutlich zu werden. Schattenhaft sah ich Menschengestalten. Manche wirkten wie wandelnde Gespenster, andere bewegten sich gekrümmt vor Schmerzen, Vogelscheuchen gleich, indem sie die Arme so vom Körper abspreizten, dass die Unterarme und Hände baumelnd herabhingen. Mir waren diese Menschen ein Rätsel, bis ich plötzlich erkannte, dass sie verbrannt waren und die Arme so hielten, damit nicht die Stellen mit dem geplatzten Fleisch aneinanderreiben . . .

Ich traf viele . . . die von den Hüften aufwärts verbrannt waren. Die Haut hatte sich abgeschält, ihr Fleisch war nass und schwammig . . . Und – sie hatten keine Gesichter! Ihre Augen, Nasen und Münder waren weggebrannt und die Ohren schienen förmlich abgeschmolzen zu sein. Kaum konnte ich die Vorderseiten vom Rücken unterscheiden . . .“

Die Nachrichtendienste des amerikanischen Heeres und der Flotte waren sich vor diesem Zeitpunkt schon darüber klar, dass die endgültige Niederlage Japans nur noch eine Angelegenheit weniger Wochen sein konnte!

T 12

A. MacCormack, Chef der „Military Intelligence“ für den pazifischen Kriegsschauplatz, erinnerte sich:

Wir kontrollierten den Luftraum über Japan so vollständig, dass wir wussten, wo und wann jedes Schiff auslief. Die Japaner hatten nicht mehr genügend Lebensmittelvorräte, ihre Treibstoffreserven waren fast erschöpft. Wir hatten eine Geheimaktion zur Verminung aller Häfen begonnen, die sie immer mehr von der übrigen Welt isolierte.

Hätten wir diese Operation konsequent durchgeführt, wäre die Zerstörung der Städte Japans mit Napalm- und anderen Bomben ganz unnötig gewesen. Aber Fliegergeneral Norstad erklärte, diese Aktion sei unheroisch und der Air Force nicht würdig. So wurde sie abgebrochen!

Quelle: Jungk, R.: Heller als tausend Sonnen. 1963

Dazu kamen noch die nach der Niederwerfung Deutschlands aufkeimenden Spannungen mit der UdSSR, welche die US-Regierung zu einer Demonstration ihrer Stärke veranlasste.

Kriegserklärung der Sowjetunion

Am 8. August erklärte die UdSSR vereinbarungsgemäß (3 Monate nach der Kapitulation Deutschlands) Japan den Krieg; am 9. August warfen die Amerikaner eine zweite Atombombe, diesmal auf **Nagasaki**. Sie forderte 40.000 Tote.

Breitegrade als Besatzungsgrenzen

Japan kapitulierte bedingungslos. Eine Beteiligung der Sowjetunion an der Besetzung Japans lehnten die Amerikaner ab. Als Begrenzung des westlichen Besatzungsbereichs legte MacArthur den 38. Breitengrad in Korea und den 17. Breitengrad in Indochina (Vietnam) fest. Dies waren Entscheidungen, die folgenschwere Auswirkungen haben sollten (siehe Kap. 12!).

Forderungen nach zweiter Front

Die Kriegskonferenzen der Alliierten

Die erste Konferenz, bei der sich die „Großen Drei“ trafen, fand gegen Ende des Jahres 1943 in **Teheran** statt. Stalin drängte auf die Errichtung einer zweiten Front in Frankreich. Churchill schlug eine alliierte Landung auf der Balkanhalbinsel und ein rasches Vorrücken gegen den Donauraum vor. Er hoffte, auf diese Weise den sowjetischen Einfluss auf Osteuropa verringern zu können. Roosevelt entschied sich jedoch in Übereinstimmung mit Stalin für die Landung in der Normandie und in Südfrankreich.

Februar 1945 Jalta: Teilung Europas

Auf der Konferenz von **Jalta** sind die wichtigsten Entscheidungen für die Nachkriegsentwicklung Europas gefallen – die Teilung Europas in eine westliche und in eine östlich beeinflusste Sphäre. (siehe Kap. 9)

6.3.2 Grenz- und Völkerverschiebungen 1945

Noch während des Krieges gegen Japan fand eine weitere Gipfelkonferenz in Potsdam statt (17. Juli bis 2. August 1945).

Stalin dominiert in Potsdam

Von den „Großen Drei“ befand sich nur noch Jossif **Stalin** im Amt. Der neue Präsident Harry S. Truman vertrat die Vereinigten Staaten von Amerika, der britische Premierminister Clement R. **Attlee** Großbritannien. Churchills Konservative Partei hatte nämlich eine Wahlniederlage hinnehmen müssen. Die Labour Party, deren Vorsitzender Attlee war, stellte nun die Regierung.

Deutsche auf der Flucht

Schon während der Offensive der Sowjettruppen im Winter 1944/45 waren Millionen Deutsche, oft behindert von uneinsichtigen nationalsozialistischen Gauleitern, nach Westen aufgebrochen. Mehr als 100.000 von ihnen fanden in einer einzigen Nacht, vom 13. auf den 14. Februar, den Tod, als 1.100 Flugzeuge die von Flüchtlingen überfüllte Stadt **Dresden** bombardierten. Von den vierzehn Millionen aus den ostdeutschen Provinzen oder den deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa Geflohenen kamen zwei Millionen um.

Millionen Heimatloser

Nach den Beschlüssen von Potsdam verlor Deutschland ein Viertel des Reichsgebietes von 1937 mit 9,5 Millionen Einwohnern. Außerdem wurden mehr als 3 Millionen Sudetendeutsche von den Tschechen aus den Randgebieten Böhmens und Mährens vertrieben.

Deutsche – Opfer der Vertreibungspolitik

Hitlers „Lebensraumpolitik“ hatte sich in schrecklicher Weise gegen sein eigenes Volk gewandt. Um eine Wiederholung einer deutschen Bedrohung zu verhindern, hatten die slawischen Völker die einst von Nationalsozialisten geplante und praktizierte radikale Lösung der Vertreibung selbst angewandt. Am Beginn des 21. Jahrhunderts bekam Sie anlässlich der EU-Osterweiterung wieder politische Brisanz.

Bindung Polens und der CSSR an die Sowjetunion

Die Westverschiebung Polens und die entschädigungslose Vertreibung der Sudetendeutschen band das neue Polen und die Tschechoslowakische Republik eng an die Sowjetunion, denn nur diese garantierte uneingeschränkt den dauernden Bestand der neu geschaffenen Verhältnisse.

Gründung der Vereinten Nationen (UNO)

Schon im Herbst 1944 hatten die Regierungen der Alliierten beschlossen, die „Vereinten Nationen“ als eine Institution für die Sicherung des Friedens zu begründen. In ihr sollten alle Nationen vertreten sein. Offiziell wurde die UNO am 24. 10. 1945 begründet. Sie besteht aus einer Vollversammlung und einem Sicherheitsrat, in dem die Großmächte Vetorecht haben.

A Arbeitsaufgaben:

- Seit wann waren so viele Staaten am Krieg beteiligt, dass man wieder von einem Weltkrieg sprechen musste?
- Versuchen Sie, mit Verwandten, die den Krieg noch erlebt haben, über deren Erlebnisse zu sprechen, und achten Sie besonders darauf, wie sie von ihrem heutigen Standpunkt aus die Erlebnisse bewerten.
- Vergleichen Sie die Karte der politischen Grenzen von 1920 mit der heutigen Situation (Geographieatlas). Siehe Seite 19!



T 13

Indem die amerikanische Regierung die sowjetische Sicherheits-sphäre de facto nicht anerkannte und die atomare und wirtschaftliche Überlegenheit, wenn auch vergeblich, zur Revision der in Osteuropa geschaffenen Lage einzusetzen versuchte, initiierte sie 1945 einen Mechanismus wechselseitiger Fehlwahrnehmungen und Konflikteskalation: Die amerikanischen Entscheidungsträger missdeuteten die Sicherheitspolitik der Sowjetunion als Beleg für prinzipiell unbegrenzten sowjetischen Expansionismus und reagierten mit der Verweigerung weiterer Kooperation; die sowjetische Führung missdeutete diese Kooperationsverweigerung als Beleg für einen notwendigerweise aggressiven Charakter des expandierenden US-Kapitalismus und reagierte mit weiterer Verhärtung ihrer Sicherheitspolitik. Dieser Circulus vitiosus ist in den Jahren nach 1945 nicht mehr unterbrochen worden; und so wurde die Blockbildung dann mehr und mehr definitiv.

Quelle: Loth, W.: Die Teilung der Welt 1941–1955. München 1989, S. 123



Churchill, Roosevelt und Stalin auf der Jalta-Konferenz im Februar 1945

7 Die Wiedererrichtung Österreichs



Aus der 1. Nummer der „Österreichischen Zeitung“ vom 15. April 1945.

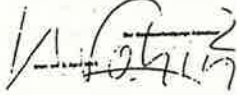
Trotz wirtschaftlicher Not und der Besetzung durch die vier Alliierten Mächte entwickelte sich langsam wieder ein neues Österreich. Es vergingen 10 Jahre, bis die Besatzungsmächte der 2. Republik Österreich die volle Souveränität zugestanden und der Staatsvertrag unterzeichnet werden konnte.

Kalendarium:

- August 1943:** Beginn der schweren Luftangriffe auf österreichisches Gebiet
- 1. November 1943:** Zweite Moskauer Konferenz: Österreich soll wiederhergestellt werden.
- 28. März 1945:** Die Rote Armee überschreitet die österreichische Grenze (im Burgenland).
- 5. bis 13. April 1945:** Schlacht um Wien. Vorrücken der sowjetischen Armee bis St. Pölten und Graz
- 27. April 1945:** Errichtung einer provisorischen Regierung unter Karl Renner in Wien
- 3./4. Mai 1945:** Einmarsch der amerikanischen Armee in Salzburg und in das von der Widerstandsbewegung befreite Innsbruck
- 5. Mai 1945:** Einmarsch der US-Truppen in Linz
- 7. Mai 1945:** Zusammentreffen der Amerikaner und Sowjets auf der Ennsbrücke
- 4. Juli 1945:** Die Siegermächte verkünden, dass Österreich in den Grenzen von 1937 wiederhergestellt und in vier Besatzungszonen geteilt wird. Wien wird Sitz des Alliierten Kontrollrates (1. Kontrollabkommen).
- 20. Oktober 1945:** Der Alliierte Kontrollrat anerkennt die Provisorische Regierung.
- 25. November 1945:** 1. Nationalrats- und Bundesratswahlen: 85 ÖVP, 76 SPÖ, 4 KPÖ
- 28. November 1945:** Leopold Figl bildet eine Konzentrationsregierung.
- 20. Dezember 1945:** Wahl Karl Renners zum ersten Bundespräsidenten der Zweiten Republik
- 1. Januar 1946:** Die vier Besatzungsmächte anerkennen die Regierung.
- 28. Juni 1946:** Im 2. Kontrollabkommen wird die obligatorische Zustimmung des Alliierten Rates auf Verfassungsgesetze eingeschränkt.
- 5. September 1946:** Abkommen mit Italien über die Südtirol-Frage (Gruber-de-Gasperi-Abkommen)
- 15. Mai 1955:** Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages im Schloss Belvedere in Wien
- 7. Juni 1955:** Nationalrat stimmte dem Entschließungsantrag zum Neutralitätsgesetz zu.
- 25. Oktober 1955:** Der letzte alliierte Besatzungssoldat verlässt österreichisches Staatsgebiet.
- 26. Oktober 1955:** Beschluss des Neutralitätsgesetzes durch den Nationalrat

WIEN
ist zum
Verteidigungsbereich
erklärt worden.

Frauen und Kindern
wird empfohlen, die Stadt
zu verlassen.



Auch über das Kunsthistorische und Naturhistorische Museum gingen im April 1945 die Kämpfe um die Wiener Innenstadt hinweg. Der russische Angriff kam aus Süden und Westen und drängte die Einheiten der Deutschen Wehrmacht und der SS über den Donaukanal und die Donau nach Norden zurück. Der im Hintergrund abgebildete Panzer ist nicht der gebräuchliche russische T34, sondern ein amerikanischer Typ „Sherman“ aus US-Hilfslieferungen an die UdSSR.



7.1 Die provisorische Regierung und der Beginn der 2. Republik

Die demokratischen Parteien

Noch während auf dem Gebiet der späteren Republik Österreich gekämpft wurde, trafen sich in Wien Vertreter der großen politischen Lager der Ersten Republik und gründeten die heute noch bestehenden beiden Großparteien. Am 14. April ernannte die neue „Sozialistische Partei“ bei einer Zusammenkunft im Wiener Rathaus einen provisorischen Parteivorstand. Am 17. April trafen sich Vertreter des ehemaligen christlichsozialen Lagers und des Landbundes im Wiener Schottenstift und gründeten die Österreichische Volkspartei. Sie wurde aus den drei Bündnen gebildet: Dem Österreichischen Wirtschaftsbund unter der Führung von Julius Raab, dem Österreichischen Bauernbund unter Leopold Figl und dem Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund unter Leopold Kunschak.

Der Kader (wichtige Funktionäre) der Kommunistischen Partei kehrte aus dem Exil mit den sowjetischen Truppen oder mit dem österreichischen Freiheitsbataillon zurück. Ein österreichisches Freiheitsbataillon hatte an der Seite der jugoslawischen Partisanen gekämpft.

Am 27. April 1945 proklamierten (verkündeten) die Vertreter dieser drei Parteien im befreiten Wien die „Wiederherstellung der Republik Österreich“. Sie bildeten eine provisorische Regierung unter der Führung von Dr. Karl Renner, die aber erst in langwierigen Verhandlungen Anerkennung in Westösterreich und von den Westalliierten erwirken musste, weil diese fürchteten, dass die Regierung zu stark unter dem Einfluss der UdSSR stünde.

Auch die Gewerkschaftsbewegung wurde unter Johann Böhm schon Mitte April 1945 wieder organisiert. Anders als in der Ersten Republik waren die parteipolitisch gebundenen Richtungsgewerkschaften in einem überparteilichen Bund vereint (Österreichischer Gewerkschaftsbund).

... dann die Republik

Parteien als Grundpfeiler der Demokratie



Das eroberte Wien gehörte zum Frontabschnitt der aus Nordungarn vordringenden 3. Ukrainischen Front. Deren Oberkommandierender, Marschall Tolbuchin, war es deshalb auch, der die ersten Anweisungen an die österreichische Bevölkerung in Ostösterreich gab – nämlich jenen berühmten Aufruf der Roten Armee vom 12. April, der eine ganze Reihe von politischen und praktischen Aussagen und Versprechungen enthält. Vorher waren ähnliche Aufrufe schon aus Flugzeugen abgeworfen worden.



Von russischen Pionieren im April 1945 errichteter provisorischer Steg über die am Rückzug von dt. Truppen gesprengte Donaubrücke bei Wien-Floridsdorf.

Wie in den Tagen des Zusammenbruchs der Donaumonarchie bildeten die politischen Parteien auch jetzt wieder das Fundament, auf dem der neue Staat errichtet werden konnte.

An die Bevölkerung Österreichs

Die Rote Armee verfolgt die deutsch-faschistischen Truppen und ist in Österreich einmarschiert. Die Rote Armee hat den Boden Österreichs betreten, nicht um österreichisches Gebiet zu erobern. Ihr Ziel ist ausschließlich die Zerschlagung der feindlichen deutsch-faschistischen Truppen und die Befreiung Österreichs von deutscher Abhängigkeit.

Die Rote Armee steht auf dem Boden der Moskauer Deklaration der verbündeten Mächte vom Oktober 1943 über die Unabhängigkeit Österreichs. Die Rote Armee wird dazu beitragen, dass in Österreich die Zustände wiederhergestellt werden, die bis zum Jahre 1938 in Österreich bestanden hatten.

Die Moskauer Deklaration der Regierungen der Sowjetunion, Großbritanniens und der USA erklärte, dass sie ihrem Wunsch Ausdruck geben, „ein freies und unabhängiges Österreich wiederhergestellt zu sehen und dadurch dem österreichischen Volk selbst... die Möglichkeit zu geben, diejenige politische und wirtschaftliche Sicherheit zu finden, die die einzige Grundlage eines dauerhaften Friedens ist.“ Zu gleicher Zeit heisst es in dieser Deklaration: „Österreich wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, dass es für die Befreiung am Kriege auf Seiten Hitlerdeutschlands die Verantwortung trägt, der es nicht entgehen kann, und dass bei der endgültigen Regelung unvermeidlich sein eigener Beitrag zu seiner Befreiung berücksichtigt werden wird.“

Entsprechend dem Wortlaut dieser Deklaration kämpft die Rote Armee gegen die deutschen Okkupanten, aber nicht gegen die Bevölkerung Österreichs.

Die Rote Armee kam nach Österreich nicht als Eroberungsarmee, sondern als Befreiungsarmee.

Bürger und Bürgerinnen Österreichs!

Unterstützt auf jede mögliche Weise die Truppen der Roten Armee, die auf österreichischem Boden operieren!

Bleibt an Euren Arbeits- und Wohnstätten! Setzt Eure friedliche Arbeit fort! Unterstützt die Rote Armee bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Sicherung der normalen Arbeit der Industrie-, Handels- und Kommunalbetriebe sowie sonstiger Unternehmungen!

Beobachtet gewissenhaft die vom Oberkommando der Roten Armee festgelegte militärische Ordnung! Vollführt alle Befehle und Anordnungen des Oberkommandos der Roten Armee, hervorgerufen durch die Notwendigkeit, Österreich möglichst bald von den deutsch-faschistischen Truppen vollständig und restlos zu säubern, ebenso von allen Behörden, Einrichtungen und Agenten des Hitlerregimes.

Unterstützt die Rote Armee bei der Dingfestmachung von Hitleragenten, Provokateuren, Spionen, Schädlingen und aller der Elemente, die die rascheste Säuberung Österreichs von den Deutschen verhindern und den Massnahmen der Roten Armee entgegenarbeiten.

Den Hitlerkreaturen und ihren Agenten ist kein Wort zu glauben!

Alle persönlichen Rechte und Eigentumsrechte österreichischer Staatsbürger, privater Gesellschaften und Vereine und das ihnen zugehörige Privatvermögen bleiben unangetastet.

Bis zur Errichtung österreichischer Behörden auf demokratischem Wege durch das österreichische Volk selbst üben die Funktionen der zivilen Gewalt die von den Ortskommandanten der Roten Armee ernannten provisorischen Bürgermeister. Die provisorischen Bürgermeister werden der lokalen Bevölkerung entnommen.

Alle Industrie-, Handels-, Kommunal- und sonstigen Unternehmungen haben ihre normale Arbeit fortzusetzen.

Die nationalsozialistische Partei (NSDAP) wird aufgelöst. Die einfachen Mitglieder der nationalsozialistischen Partei werden nicht verfolgt, wenn sie sich den Sowjettruppen gegenüber loyal verhalten. Die friedliche Bevölkerung Österreichs hat nichts zu fürchten!

Arbeiter und Gewerbetreibende! Acht an Eure Werkbänke in den Fabriken und in Eure Werkstätten!

Bauern und Bäuerinnen! Setzt fort Eure Frühlingsausssaat und Eure landwirtschaftlichen Arbeiten!

Händler und Unternehmer! Angehörige der freien Berufe! Geht ruhig wieder Eurer normalen Arbeit nach!

Angestellte der Handels-, Industrie- und Kommunalbetriebe! Sicher die normale Weiterarbeit Eurer Betriebe!

Gestirliche und Gläubige! Ihr könnt ungestört Eure religiösen Riten und Gebräuche ausüben!

Österreicher!

Hitlerdeutschland hat den Krieg verloren und nichts kann es vor der völligen Zerschlagung retten. Die Stunde der Befreiung Österreichs vom deutschen Joch ist da.

Unterstützt, wo und wie ihr nur könnt, die Rote Armee bei der Zerschlagung und Vernichtung der Hitlertruppen. Tragt durch eigene Leistung bei zur Befreiung Österreichs. Ihr werdet dadurch die volle Befreiung Österreichs beschleunigen, die Wiederherstellung seiner Freiheit und Unabhängigkeit.

Der Befehlshaber der Truppen der 3. Ukrainischen Front, Marschall der Sowjetunion

F. TOLBUCHIN.

A Arbeitsaufgaben – Quellenanalyse:

Zum Aufruf Marshall Tolbuchins vom 12. April 1945:

- Zu welchem Anlass entstand dieses Flugblatt?
- Welche Wirkung wollte der Befehlshaber der russischen Truppen mit diesem Flugblatt bei den Österreichern erzielen?
- Welchen Ängsten sollte damit entgegengewirkt werden?
- Es wird darin von der „Moskauer Deklaration“ gesprochen (vgl. Kap. 6.2.1): Wer schloss diese ab? Zu welchem Zweck? Wie differenziert darin die russische Politik?
- Welche zwei wichtigen Aussagen sind in ihr enthalten?
- Welche Bedeutung für das österreichische Selbstverständnis hat(te) sie?
- Nennen Sie einige der im Auftrag Tolbuchins festgelegten Übergangsmaßnahmen zur Errichtung einer neuen Ordnung in Österreich.

Renner – zum zweiten Male provisorischer Kanzler

Die Regierungsbildung

Die Parallelen zwischen dem Aufbau der Ersten und der Zweiten Republik beschränkten sich nicht nur auf die Rollen der Parteien. Derselbe Mann, der als provisorischer Staatskanzler maßgeblich an der Gründung der Ersten Republik beteiligt gewesen war, wurde auch zur zentralen Figur bei der Gründung der Zweiten Republik: Dr. Karl Renner.

Renner besaß in Gloggnitz in Niederösterreich ein Einfamilienhaus. Die nationalsozialistischen Behörden hatten ihn angewiesen, dort den Wohnsitz zu nehmen und den Ort nicht zu verlassen.

Als die Sowjettruppen einrückten, kam Renner von Gloggnitz nach Hochwolkersdorf und stellte sich dort dem örtlichen Kommandanten zur Verfügung, um mitzuhelfen, eine Kommunale Verwaltung (= Gemeindeverwaltung) aufzubauen.

Die sowjetischen Offiziere meldeten das Auftauchen des einstigen provisorischen Staatskanzlers und späteren Nationalratspräsidenten nach Moskau. Stalin entschied, Renner mit der Bildung einer provisorischen österreichischen Regierung zu betrauen. Dabei dürfte die Hoffnung mitgespielt haben, dem 75-Jährigen leicht den politischen Willen der Sowjetregierung aufzwingen zu können.

Kabinettsrat statt Staatsoberhaupt

Tolbuchin stellte dem provisorischen Staatskanzler einen Kabinettsrat, der die Rechte des Staatsoberhauptes wahrnahm, zur Seite. Ihm gehörten seitens der Österreichischen Volkspartei, der aus dem KZ entlassene Dipl.-Ing. Leopold Figl, seitens der Sozialistischen Partei Dr. Adolf Schärf und seitens der Kommunistischen Partei Johann Koplenig an.

Staatssekretariate statt Ministerien

Die Ministerien, Staatssekretariate genannt, wurden so besetzt, dass jede Partei etwa gleich stark vertreten war. Unterstaatssekretäre, die einer anderen Partei als die Staatssekretäre angehörten, sollten einseitige Entscheidungen verhindern. Die Kommunistische Partei erhielt zwei Schlüsselstellungen: Das Staatssekretariat für Inneres, dem die Exekutive unterstand, und das Staatssekretariat für Kultur und Unterricht, das einen starken Einfluss auf die Jugend und die politische Propaganda ausüben konnte.

KPÖ in Schlüsselstellungen

Anerkennung durch Sowjetunion

Am 27. April 1945 sprach Marschall Tolbuchin im Namen der Roten Armee die De-facto-Anerkennung der provisorischen Regierung aus und sagte ihr die Unterstützung der Sowjetunion zu.

die Proklamation der Unabhängigkeit

Am nächsten Tage proklamierte die Regierung die Unabhängigkeit Österreichs.



Die provisorische Regierung Renner bei der Länderkonferenz im September 1945 im niederösterreichischen Landhaus in Wien. In der vorderen Reihe von links: Raab, Heini, Buchinger, Honner, Gerö, Böhm, Zimmermann, Korp, Fischer; hintere Reihe von links: Koplenig (KP), Schärf (SP), Renner (SP), Figl (VP).

29. April 1945: Konstituierung der Regierung

Die Regierung konstituierte sich am 29. April im Wiener Rathaus. Anschließend begaben sich die Regierungsmitglieder in das schwer beschädigte Parlamentsgebäude, auf dessen Masten rot-weiß-rote Fahnen hochgezogen wurden. Dr. Renner versicherte in einer Ansprache an die zahlreich erschienenen, feierlich gestimmten Menschen, dass sich die Regierung bemühen werde, sobald es die Umstände erlaubten, alle erwachsenen Österreicher zur Urne zu rufen, damit sie sich selbst eine Regierung wählen könnten.

1. Kontrollabkommen Besatzungszonen vier Sektoren in Wien

Die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs beobachteten das eigenmächtige Vorgehen der Sowjetunion mit Misstrauen. Nach sehr schwierigen Verhandlungen unterzeichnete die EAC („European Advisory Commission“) in London das „Erste Kontrollabkommen“, das die Besatzungszonen festlegte (vergl. Karte, Seite 100). Wien wurde, ähnlich Berlin, in vier Sektoren aufgeteilt. Der erste Bezirk sollte aber gemeinsam verwaltet werden, wobei die Stadtkommandanten einander im Vorsitz monatlich abwechselten. In den Bundesländern wurden provisorische Landesregierungen eingesetzt. Das Burgenland, das während der deutschen Annexion zwischen Niederösterreich und der Steiermark aufgeteilt worden war, erhielt seine Selbständigkeit wieder zurück.

provisorische Landesregierungen

Länderkonferenzen fördern Zusammenhalt

Dr. Renners Hauptsorge galt der Verhinderung der Entfremdung der Länder, die zu einer Aufspaltung Österreichs hätte führen können. Es gelang ihm, von den Alliierten die Zustimmung zu erwirken, „Länderkonferenzen“ abzuhalten. Seinem diplomatischen Geschick war es zu danken, dass die Vertreter aller Bundesländer die provisorische Regierung einmütig anerkannten. Um die Position der Bundesländer zu stärken, wurde die Regierung umgebildet: Der Tiroler Widerstandskämpfer Dr. Karl Gruber übernahm das Staatssekretariat für auswärtige Angelegenheiten. Er erwies sich als energischer Verfechter westlicher Orientierung.

Regierungsumbildung

20. 10. 1945: provisorische Regierung vom Alliierten Rat anerkannt

Die Rechte der Landtage wurden nach der Verfassung von 1929 wiederhergestellt. Aufgrund dieser Entwicklung entschloss sich der Alliierte Rat am 20. Oktober 1945, die provisorische Regierung für ganz Österreich anzuerkennen. Ihre wichtigste Aufgabe bestand in der ordnungsgemäßen Vorbereitung von Wahlen.

erste Nationalratswahlen

Die ersten demokratischen Nationalratswahlen nach 12 Jahren Diktatur fanden am 25. November 1945 ohne jeden Zwischenfall statt. Den Mitgliedern der verbotenen NSDAP war es allerdings nicht erlaubt, ihre Stimmen abzugeben.

absolute Mehrheit für die ÖVP

Zur Enttäuschung der sowjetischen Besatzungsmacht wurden für die KPÖ nur 174.257 Stimmen abgegeben. Sie errang 4 der 165 Mandate. Die SPÖ konnte mit 1.434.898 Stimmen 76 Mandate gewinnen, die ÖVP mit 1.602.277 Stimmen 85 und dadurch die absolute Mehrheit der 165 Parlamentssitze. Die besonders schwierigen Umstände veranlassten den Nationalrat, die Wahl des Bundespräsidenten nicht durch das Volk, sondern durch die Bundesversammlung durchführen zu lassen. Diese wählte Dr. Karl Renner einstimmig zum Bundespräsidenten. Der neu gewählte Bundespräsident ernannte sodann Dipl.-Ing. Leopold Figl zum Bundeskanzler und Dr. Adolf Schärf zum Vizekanzler. Alle Parteien waren in dieser Regierung vertreten (Konzentrationsregierung).

Bundesversammlung wählt Dr. Renner zum Bundespräsidenten

Konzentrationsregierung



Die „Vier im Jeep“ – je ein Soldat der vier Besatzungsmächte – der interalliierten Militärstreife waren für die Wiener ein vertrauter Anblick.

Der Unterschied zwischen Deutschland und Österreich

Washington, 9. August. Zu der gestrigen Erklärung der vier Hauptmächte über Österreich äußerte sich heute Senator Hill. Er bezeichnete die gestrige Erklärung über Österreich als den ersten Schritt zu einem freien und unabhängigen Staatwesen. Der wichtigste Unterschied zwischen der alliierten Besetzung Deutschlands und Österreichs liege im Ziel und dem Zweck der Besetzung. Ziel der alliierten Besetzung von Deutschland sei die Ausrottung von Militarismus und Nazismus. Ziel der österreichischen Besetzung sei die Unterstützung des Entstehens einer freien und unabhängigen Nation.

Der Senator erklärte zum Schluß, die Aufgabe der Alliierten Kommission werde die sein, dem österreichischen Volke zu helfen, damit es sich selber helfen kann.

Währung, Transportwesen, Nahrungs-
mittelversorgung

London, 9. August. „Manchester Guardian“ schreibt heute zu dem Thema Österreich: Mit der Erklärung über Österreich sei eine abnormale Situation beendet, die entstanden war, seit Dr. Renner seine Regierung ge-

bildet hat. Eine der Aufgaben der Alliierten Kommission wird es sein, die Vorbereitungen für freie Wahlen zu treffen.

Die Einteilung Österreichs in Zonen entspricht den allgemeinen Erwartungen. Die Aufgabe der Alliierten Kommission sei es, eine starke Zentralverwaltung zu schaffen und sich mit dem Währungs-
wesen, dem Transport- und der Nahrungs-
mittelversorgung zu befassen. Das ist jedoch nur ein Teil des großen Problems, die Trennung Österreichs und Deutschlands durchzuführen. Die politischen Prinzipien, die im November 1943 in Moskau festgelegt wurden, sind bestätigt worden. Jetzt, wo sie in die Tat umgesetzt werden sollten, handelt es sich um mehr als um Politik.

Die alliierten Besetzungszonen innerhalb Österreichs



Die genauen Besetzungszonen der Stadt Wien gehen aus der offiziellen Erklärung der vier Großmächte hervor

Anmerkung: Zonen in Wien

- 1. Bezirk: gemeinsam verwaltet
- US-Sektor: Bezirke 7, 8, 9, 17, 18, 19.
- Britischer Sektor: Bezirke 3, 5, 11, 12, 13.
- Französischer Sektor: Bezirke 6, 14, 15, 16.
- Sowjetischer Sektor: Bezirke 2, 4, 10, 20, 21, 22 (und das Gebiet des heutigen 23. Bezirks).



A Arbeitsaufgaben:

- Erklären Sie, warum es für die Regierung Renner zunächst so schwer war, in ganz Österreich anerkannt zu werden.
- Erläutern Sie den Unterschied zwischen Deutschland und Österreich anhand des Zeitungsartikels vom 9. August 1945.
- Welche Bundesländer(-teile) wurden im 1. Kontrollabkommen welcher Besatzungsmacht zugeteilt?
- In welcher der ehemaligen Besetzungszonen liegt Ihre Heimatgemeinde?



Die folgenden Materialien sollen Aspekte des Alltagslebens nach dem Krieg zeigen.

Versuchen Sie in Form eines **Kleinprojekts** einiges zur damaligen Situation der Menschen in Ihrer Heimatgegend festzustellen (Bilder, Dokumente, Haushaltsbücher, Interviewaussagen, ...) und in einer oder mehreren Wandzeitungen darzustellen.

Eine weitere Möglichkeit wäre eine **Auswertung des Ihr Bundesland betreffenden Teiles der Serie „Österreich II“**.

K. Z. Ier!
Wer kann Auskunft geben über
OTTO FREUND

Schutzhäftling Nr. 98365 in Auschwitz, Block 6, Stube 2, geb. 15. I. 1895 in Wien. Ist am 12. od. 13. Jänner 1945 von Auschwitz mit Transport abgegangen, wohin unbekannt.

Auskunft erteilen an:
Johanna Kautzky, Wien, III., Lothringerstraße Nr. 14 10

Welcher Heimkehrer kann Auskunft geben über:

Fig.-Obgefr. **Heinrich Kollmann** Gefreiter **Alfred Kollmann**

Vermißt am 23. Dezember 1944 bei Clamont (Chaumont) in Belgien. Letzte Feldpost-Nummer I. 53267

Vermißt bei Bobruisk (Bezirk Minsk), vom 22. Juni bis 30. Juni 1944. Letzte Feldpost-Nummer 01481.

Um Nachricht bittet:
Martha Kollmann, Wien, VI., Köstberg 10/26

Suchanzeigen: Ein alltägliches Bild in den Tageszeitungen noch Jahre nach Kriegsschluss.

T 1

Amtliche Mitteilung in der Wiener Zeitung vom 23. Juni 1946:

„Das Ernährungsdirektorium erlässt ein generelles Rucksackverbot. Leute reißen junge Kartoffeln aus, wobei auch mit Lkw über die Anbauflächen gefahren wird. Auch für den Bahnverkehr treten lebensgefährliche Störungen ein. Durch die Überlastung der Wagons kam es zu Feder- und Achsbrüchen des Fuhrparks und sogar zum Ausfall planmäßig verkehrender Züge. Manche Kurse konnten nicht weitergeleitet werden, da 30 bis 40 Menschen auf den Dächern saßen. Im Autoverkehr musste festgestellt werden, dass Lkw-Besitzer aufgrund von Vereinbarungen Mitfahrer aufs Land und zurück nach Wien führten, wobei sie 50 bis 100, ja 200 Schilling pro Kopf Fuhrlohn verlangten. Vom Großschleichhandel angeworbene Einzelpersonen kaufen als Rucksackhamster Obst auf und liefern es an die Großhamsterer. Manche Schleichhändler stellen sich sogar unter falschen Vorspiegelungen unter den Schutz einer Besatzungsmacht.“

Menschenraub

„Am 25. November um 18 Uhr versuchten zwei Männer in sowjetischer Uniform auf der belebten Schwedenbrücke einen Passanten aufzuhalten und ihn in einen beim Kanalufer stehenden Jeep zu zerren. Der neue Menschenraub zog eine große Menschenmenge herbei, die den Bedrängten schließlich den beiden Männern entriss.“

T 2 Die Versorgung bessert sich erst langsam

Vor Kriegsende hatte der Normalverbraucher in Wien Anspruch auf 5,9 kg Schwarzbrot, 1,5 kg Weißbrot, Mehl und 1,5 kg Weißgebäck für vier Wochen gehabt. Nach Beendigung der Kampfhandlungen am 20. April bekam man täglich durchschnittlich 0,25 kg Brot, vom 20. April bis Ende Mai 0,50 kg bis 1 kg für eine Woche! Bis 1947 stieg der Brotkonsum auf eine Rekordhöhe, ging aber seit 1948 wieder langsam zurück. Im Jahre 1948 war der Brotverbrauch der Nichtselbstversorger mit etwa 620.000 t um ein Drittel höher als vor dem Krieg. 1950 wurde er mit etwa 480.000 t etwa in derselben Höhe wie 1937 geschätzt (bei höherer Bevölkerungszahl). War der hohe Brotverbrauch in den Jahren 1945 bis 1947 vorwiegend auf das Fehlen anderer Nahrungsmittel zurückzuführen, so

sodass er entkommen konnte. Ein zweiter Passant, der dem Bedrohten zu Hilfe geeilt war und dessen sich die Uniformierten nunmehr bemächtigt hatten, wurde gleichfalls befreit. Die mehrhundertköpfige Menschenmenge zerstreute sich nach dem Vorfall.“

Amtliche Mitteilung vom 21. Juni 1947 für Wien:

„Alle Bevölkerungskreise werden aufgefordert, Holz zu schlägern, das der Papierindustrie zur Papiererzeugung für den Export zur Verfügung gestellt werden soll. Dafür erhält jeder Haushaltsvorstand für vier Raummeter Holz 1000 kg Steinkohle oder 2000 kg Braunkohle für den Hausbrand im Tausch.“

Wochenration 1945:

3. Mai 1945: Der Stadtrat für Ernährungsangelegenheiten gibt folgende Wochenration pro Kopf der Bevölkerung bekannt: 1000 g Brot, 400 g Hülsenfrüchte, 150 g Fleisch, 125 g Zucker, 50 g Speiseöl.

Lebensmittelkarten

Zeitungsmeldung vom 19. September 1950:

„Der Wiener Stadtsenat beschließt, das Landesernährungsamt mit den ihm untergeordneten Karten- und Verrechnungsstellen aufzulösen.“

T 3 Das Schicksal Südtirols: 1939–1945–1946–1969

ergab sich der Rückgang des Brotverbrauches nach der Normalisierung der Ernährungslage ab 1948 aus der langfristigen Entwicklungstendenz, hochwertige eiweißhaltige Nahrungsmittel den Kohlehydraten vorzuziehen. Erst im Landwirtschaftsjahr 1955/56 war das Vorkriegsniveau der Ernährung kalorienmäßig und in Bezug auf den Eiweiß- und Fettgehalt wieder erreicht worden. Hinter dem durchschnittlichen Kalorienverbrauch der Depressionsjahre 1934 bis 1938 von rund 1.940 Tageskalorien verbirgt sich jedoch ein krasser Unterschied im Verbrauch der Hunderttausenden Arbeitslosen und ihrer Familien, verglichen mit dem der übrigen Bevölkerung. Solche Ungleichgewichte waren in den fünfziger Jahren zunehmend eliminiert worden.

Quelle: Sandgruber, Hunger

T 3 Das Schicksal Südtirols: 1939–1945–1946–1969

NS-Phrasen

Gauleiter Hofer an die Südtiroler Umsiedler anlässlich der Innsbrucker Volkswihnachtsfeier 1939:

„... Unsere Brüder indes stehen vor der harten Notwendigkeit, für die Erhaltung ihres Volkstums das größte Opfer zu bringen, das jemals in der Geschichte das Land Tirol und jemals ein deutscher Stamm gebracht hat: Die Trennung von den jahrhundertalten, schwer erkämpften, hart erarbeiteten und mit der ganzen Kraft des Herzens geliebten heimatlichen Scholle...“

Bitten

Ersuchen der österreichischen Provisorischen Staatsregierung an die Londoner Außenministerkonferenz vom 8. September 1945:

„Die Provisorische Staatsregierung bittet die Außenministerkonferenz, in Südtirol eine Volksabstimmung durchführen zu lassen. Es wird darauf hingewiesen, dass im Friedensvertrag von 1919 trotz des verschwindend geringen italienischen Bevölkerungsanteils das Gebiet Italien zugeschlagen wurde, wofür ausschließlich strategische Gründe maßgebend gewesen sind.“

Gegendarstellung

Der italienische Ministerpräsident de Gasperi am 27. Dezember 1945 zur Südtirol-Frage:

„... Diese Provinz gehört zur geographischen Einheit Italiens. Die Grenzen eines Staates mit 45 Millionen Einwohnern aber können

nicht durch unbedeutende Minderheiten entschieden werden. Außerdem sind diese zum Großteil Anhänger der Nazis gewesen und haben vor und nach dem Krieg Hitler geholfen...“

Ablehnung

Der sowjetische Außenminister Molotow am 24. Juni 1946 auf der Außenministerkonferenz:

„Die Außenminister können den österreichischen Anspruch auf Südtirol nicht als geringfügige Grenzberichtigung betrachten. Der Antrag ist demgemäß abzulehnen.“

Begründung

Aus der Londoner „Times“ vom 25. Juni 1946:

„Es scheint klar, dass die Minister unausgesprochene Gründe hatten, um die Partei Italiens zu ergreifen. Sie scheinen stillschweigend übereingekommen zu sein, Südtirol bei Italien zu belassen als eine Teilentschädigung für jene Gebiete, welche es wahrscheinlich in den Kolonien, in Venezia Giulia und den kleinen französischen Grenzforderungen entsprechend in den Seealpen verlieren wird.“

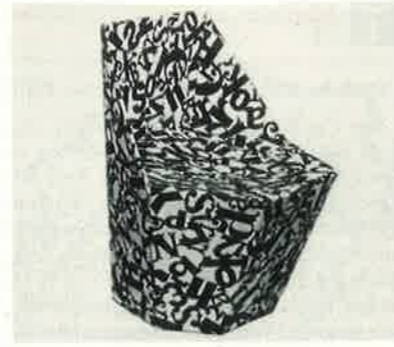
1969 wurde zwischen Österreich und Italien ein „Paket“ von Maßnahmen beschlossen, das eine Autonomie der Provinz Bozen sicherte.



Sessel aus Polyester und Stahl
Entwurf: Charles Eames 1950



Aufblasbarer Stuhl aus PVC
Entwurf: Carla Scolari u. a. 1967



Kinderstuhl aus Faltpapier
Entwurf: Peter Murdoch 1964

Die österreichische Alltagskultur der Nachkriegszeit wurde stark von amerikanischen Einflüssen geprägt. Die Medien – neben Zeitungen und Illustrierten vor allem Rundfunk, Schallplatte und Kino – spielten eine wichtige Rolle bei der Vermittlung des neuen „way of life“. 1955 wurde in Österreich auch mit der Ausstrahlung von Fernsehprogrammen begonnen.

„American way of life“



Seit 1948 gab es kommerzielle Werbesendungen, die schon in der für die meisten Menschen kargen Zeit des ersten Wiederaufbaus und der Beseitigung ärgster Kriegsschäden auf eine künftige Konsumwelt vorbereitet. Tatsächlich stieg der Absatz verschiedenster in Österreich bis dahin nur wenig verbreiteter Konsumgüter mit zunehmender Konsolidierung der Wirtschaft und steigendem Realeinkommen rasch an. Besonders eindrucksvoll entwickelte sich der Bestand an privaten Kraftfahrzeugen und der daraus folgende Ausbau des österreichischen Straßennetzes. Aber auch die Verkaufserfolge bei Kühlschränken, Waschmaschinen und anderen elektrischen Haushaltsgeräten, die Verbreitung von Plattenspielern und Fernsehgeräten, die steigende Zahl von Telefonanschlüssen liefern Hinweise auf die sich allmählich verändernde alltägliche Umwelt.

neue Konsumgüter



Ein Geschenk
wie es wunderbarer
kaum zu denken ist
ein Fernsehempfänger
von MINERUA

1955 begann das damals noch nicht sehr verbreitete Fernsehen in Österreich zu senden



Elvis Presley 1955

Der Rationalisierungstrend im Arbeitsablauf in der Küche bedingte ein anderes Design (z. B. einheitliche Arbeitsebene). Die nachhaltigste Veränderung in den Essensgewohnheiten brachte aber die immer stärkere Verbreitung der Kühlschränke in den Haushalten der 50er Jahre.



Möbel-Design um 1950:
„Amerikanische Küche“

Funk Film Schlager der Woche: 14. Jahrg., Nr. 10 S 2.50
In der Arena von Quayaquil 8. März 1958

Vati hat's geschafft:



Goggomobil —Stolz der Familie!

Aus dem Inhalt: Die Gewinner der 200 Trostpreise • Sophia Loren: Fell Callas Nr. 2 (siehe Seite 2/3) • Atelierberichte • Die Heilige Johanna — gar nicht so heilig (siehe Seite 16/17) • Für Freunde heißer Musik: Gold aus heißer Kehle • Unser Roman: ... und morgen liegen wir zum Mead • Vera Tschschowa blüht in Italien



Neu
PALMERS
Stilferse
Strumpfpreise 1957:
Einzelpackung 39,-
Doppelpackung 75,-.
Zum Vergleich: Bruttomonatslohn
(inkl. Sonderzahlungen):
Arbeiter 1600,-
Angestellter 2800,-
Verbraucherpreise:
1950 = 100
1955 = 151
1960 = 168
1970 = 240
1980 = 441
1990 = 644
1995 = 700

Goggomobil 1958

7.2 Der Staatsvertrag

7.2.1 Das Ringen um den Staatsvertrag

A Arbeitsaufgaben:



„Und jetzt, Raab, jetzt noch d'Reblaus, dann san s' waach.“ – Karikatur aus dem Simplicissimus, 1955

Eine (historisch) unrichtige Karikatur, die aber einen Mythos im österreichischen Selbstverständnis begründete.

- Versuchen Sie, beim Durcharbeiten des folgenden Textes die unterschiedlichen Positionen und Vorschläge der Westalliierten, der Sowjetunion und der österreichischen Regierung herauszuarbeiten (z. B. durch Herausschreiben in drei Spalten oder durch verschiedenfarbiges Unterstreichen).
- Versuchen Sie ferner, die Abhängigkeit des Geschehens von der internationalen Entwicklung zu begründen, und erklären Sie, wie ein kleines Land davon beeinflusst wird. Nennen Sie dazu einige Punkte.

Während der ersten zehn Jahre der Geschichte der Zweiten Republik bestanden die Haupt Sorgen der Regierungen unter dem provisorischen Staatskanzler Dr. Karl Renner (April bis Dezember 1945) sowie den Bundeskanzlern Dipl.-Ing. Leopold Figl (Dezember 1945 bis 1953) und Ing. Julius Raab (April 1953 bis April 1961) nicht nur darin, der drohenden Hungersnot Herr zu werden, die Wirtschaft in Gang zu bringen, eventuelle Gebietsansprüche von Nachbarstaaten abzuwehren und die Grundlagen für einen kulturellen Wiederaufstieg zu legen; ganz besonders wichtig war, die Besatzungsmächte davon zu überzeugen, dass Österreich willens und fähig sei, sich als freie, unabhängige, demokratische Republik in die Gemeinschaft der Völker einzugliedern.

Am Beginn stand die **Moskauer Deklaration**, in der die Alliierten im November 1943 den Beschluss fassten, Österreich sollte befreit und danach frei und unabhängig wiederhergestellt werden. Sie einigten sich darüber, dass Österreich eine Zwischenstellung einnehmen, nicht als einer Siegermacht zuzählender Staat wie die Tschechoslowakei, Belgien oder Dänemark, aber auch nicht als besiegtes Feindesland wie Ungarn, Rumänien oder Bulgarien gelten sollte. Schon im Jänner 1945 wurde auf britischen Vorschlag hin die Einteilung in zukünftige Besatzungszonen mit einer Sonderregelung für Wien beschlossen; im Juli wurde dann der „Alliierte Rat“ eingerichtet.

Die amerikanische Regierung und die Armeeführung sahen die Situation 1945/46 als eine Übergangsphase an. Bald wollte man – auch wegen der öffentlichen Meinung in den USA – die eigenen Truppen wieder aus Europa abgezogen wissen und deshalb rasch zu einem Vertrag kommen.

Die Alliierten stimmten dem, wieder auf britischen Vorschlag hin, zustande gekommenen **Zweiten Kontrollabkommen** im Juni 1946 zu. Damit wurde das Einspruchsrecht (Veto) der alliierten Besatzungsmächte gegen österreichische Gesetze abgeschafft. Nur noch die Verfassungsgesetze bedurften danach der einstimmigen Bewilligung des Alliierten Rates. Dieses Abkommen gestattete es auch der österreichischen Regierung, diplomatische Beziehungen zu anderen Staaten aufzunehmen.

Die Regierung von Bundeskanzler Figl trat so in Verhandlungen für einen Staatsvertrag ein. Das Problem des Besitzes „Deutschen Eigentums“ (Ölvorkommen und Betriebe) und die Ansprüche Jugoslawiens (Gebietsabtretungen bis zur Draugrenze) stellten sich zunächst als die Hauptprobleme dar. 1946 beschloss daher die Bundesregierung einstimmig die Verstaatlichung dieser für den Wiederaufbau notwendigen Betriebe und auch von drei Großbanken. Die Sowjets aber verhinderten in ihrer Zone die Anwendung dieses Gesetzes bis 1955.

Von 1947 bis 1953 fanden 260 Sitzungen zur Vorbereitung eines Vertrages statt. Erst 1954 nahm Österreich mit einer gleichberechtigten Delegation teil!

In den folgenden Jahren nahmen die Spannungen zwischen Ost und West zu. Die Briten wandten sich heftigst gegen die jugoslawischen Gebietsansprüche in Kärnten. Nach dem Bruch Titos mit der Moskauer Regierung 1948 unterstützte die Sowjetunion die jugoslawischen Ansprüche nicht mehr.

ein selbständiges Österreich soll wiederhergestellt werden

1945 zunächst rascher Abzug geplant

2. Kontrollabkommen

**Staatsvertragsverhandlungen
Probleme mit jugoslawischen Gebietsansprüchen ...**

... und „Deutschem Eigentum“

ab 1948 nur mehr „Eigentumsfrage“

Nun trat die Frage des ehemaligen „Deutschen Eigentums“ stärker in den Vordergrund. An den Ölfeldern bei Zistersdorf war die UdSSR interessiert, an den Förderungen der RAG in Oberösterreich westliche Firmen.

Die nach dem damaligen US-Präsidenten benannte „**Truman-Doktrin**“ (Doktrin = politische Richtlinie) bewirkte die zunächst nicht geplant gewesene Rückwendung der US-Politik auf Europa. Gleichzeitig begann – ebenso unter der Etikette „Abwehr des Kommunismus“ – die Planung für ein amerikanisches Wirtschaftsprogramm (ERP), das nach seiner Ankündigung im Sommer 1947 als „**Marshallplan**“ eine außerordentliche Wirkung auf die zukünftige Politik in Europa ausübte. Österreich wurde das einzige Teilnehmerland, das (zum Teil) im sowjetischen Machtbereich gelegen war. Nach dem erfolgreichen Putsch der KP in der Tschechoslowakei im Februar 1948 begann die US-Regierung, den österreichischen Staatsvertrag auf die lange Bank zu schieben, um nicht sowjetischen Interessen entgegenzukommen. Amerikanische und französische Militärs wollten darüber hinaus nicht ihre strategischen Vorteile in Österreich aufgeben. Auch die Briten schlossen sich schließlich dieser Meinung an.

Und wieder bekam die Frage des „Deutschen Eigentums“ in Österreich eine stärkere Bedeutung in den Verhandlungen. Im Unterschied zu den Sowjets verzichteten im Frühjahr 1949 die drei westlichen Sonderbeauftragten auf diesbezügliche Ansprüche. Die österreichische Wirtschaft war zu diesem Zeitpunkt bereits zum Westen hin ausgerichtet.

Im Sommer 1949 schien bei Verhandlungen in Paris ein Vertrag schon ganz nahe! Die Sowjets formulierten offen: „Die jugoslawischen Ansprüche sind nicht mehr unsere Ansprüche.“ Ein Textentwurf die „Minderheiten“ betreffend wurde bereits formuliert (er sollte 1955 im Vertragstext als Artikel 7 einfließen). Spannungen zwischen dem US-State-Department (Außenministerium) und den US-Militärs gipfelten in der Aussage des Oberkommandierenden Generals Keyes, Österreich als Basis für den „Kampf gegen den Weltkommunismus“ nutzen zu wollen. Es war dies ferner die Zeit der Explosion der ersten sowjetischen Atombombe, der Eskalierung (Steigerung) des sowjetisch-jugoslawischen Konflikts, der Verfestigung der Lage in Deutschland durch die Gründung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und in der Folge auch der Deutschen Demokratischen Republik (DDR); in Asien wurde die Volksrepublik China durch die Kommunisten ausgerufen.

Wieder drängten die Briten auf einen schnellen Vertragsabschluss, um so sowjetische Truppen aus der Umgebung Jugoslawiens abziehen zu lassen. Im September des gleichen Jahres teilte der Außenminister der UdSSR dem britischen Außenminister mit, auch Stalin wolle einen raschen Abschluss. Die Detailverhandlungen verliefen jedoch – diesmal wegen des sich verstärkenden französischen Widerstands – schleppend.

1949 wurde die **Nato** (Nordatlantikpakt) als westliches Militärbündnis der USA mit Europa gegründet. 1950 entstanden zwischen USA und UdSSR Konflikte um US-Militärbasen in Triest. Die Sowjetunion begann sich einzugeln. Gleichzeitig starteten in den Oststaaten Schauprozedesse gegen „Rechtsabweicher“. Zum „heißen Krieg“ in Korea kam der „**Kalte Krieg**“ in **Europa**. Die Supermächte standen einander mit Misstrauen gegenüber. Die Staatsvertragsgespräche wurden bis 1953 eingefroren. Der Versuch, die „Österreichfrage“ vor die UNO zu bringen, scheiterte am Streit, ob diese dafür überhaupt kompetent (zuständig) sei! Österreich wurde zum Faustpfand im Spiel der Großmächte.

Politisches „**Tauwetter**“ setzte erst nach Stalins Tod im März 1953 ein. Am deutlichsten für die österreichische Bevölkerung spürbar war im Sommer die Aufhebung der Personenkontrolle an den Demarkationslinien (besonders an der gefürchteten Ennsbrücke). Die UdSSR verzichtete ferner (sieben Jahre nach den Amerikanern) als zweite Besatzungsmacht auf die Bezahlung der Besatzungskosten durch Österreich. Die seit Kriegsende bestehende Postzensur und die Kontrolle des Fernsprechverkehrs wurden aufgehoben.

Parallel zu diesen beträchtlichen russischen Konzessionen machte sich auch eine neue Politik des österreichischen Bundeskanzlers Raab bemerkbar, der

Marshallplanhilfe

Westalliierte gegen Truppenabzug

Textentwurf zu Minderheitenrechten

Weltlage verhärtet sich

Kalter Krieg

Stalins Tod bringt freundlichere Politik der UdSSR

Österreich signalisiert Neutralitätsbereitschaft

Westen hat Angst vor „Neutralisierung“ Deutschlands

Sowjets kommen 1954 in Wirtschaftsfragen entgegen

„Entspannungspolitik“ weckt Hoffnungen

Vorschlag: „Neutralität nach dem Muster der Schweiz“ ...

Garantie durch die 4 Alliierten

15. Mai 1955 Staatsvertrag

T 4

B. Kreisky in dem von G. Wagner herausgegebenem Sammelband „Österreich“ (1982) berichtete darüber so: Die entscheidende Frage der sowjetischen Verhandlungspartner habe gelautet: „Was kann Österreich als Garantie gegen einen neuen Anschluss (an Deutschland) bieten?“ Der Hinweis auf die Nazigegegnerschaft der Unterhändler Raab, Schärff, Figl und Kreisky habe den Sowjets bei allem Respekt nicht genügt. „Da ist uns die Idee der – ich sage absichtlich – militärischen Allianzfreiheit gekommen.“ (Ein Understatement Kreiskys. Die erstmals 1918 von Heinrich Lammasch ventilierte Idee war seit 1946 mehrfach von Karl Renner, Julius Deutsch, Al-

fred Maleta, Karl Gruber u. a. ins Gespräch gebracht worden, aber seit 1952 in der SPÖ in Abgrenzung zur ÖVP auf Widerspruch gestoßen.)

Kreisky weiter: In der österreichischen Delegation habe es zunächst keine Einigung gegeben, ob man „Neutralität“ oder „Bündnisfreiheit“ anbieten sollte, aber der sowjetische Außenminister Molotow habe gemeint: „Sie müssen sich schon mit dem Wort ‚Neutralität‘ abfinden, etwas anderes würden unsere Leute nicht verstehen.“ So viel also zur Zeugungsabsicht der Neutralitäts-Väter: Bündnisfreiheit war damit gemeint, sonst zunächst nichts.

gemeint hatte, „es sei Zeit, damit aufzuhören, den russischen Bären immer wieder am Schwanzstummel zu zupfen“, und der auch die österreichischen Medien zu einer sowjetfreundlicheren Haltung aufforderte. Über Vermittlung durch die indische Regierung signalisierte man der UdSSR, Österreich würde sich gern bereit erklären, keinem Militärbündnis beizutreten oder ausländische Stützpunkte auf seinem Gebiet zuzulassen. Einer Absicht, der die drei Westmächte – aus Angst einer möglicherweise gleichfalls entstehenden „Neutralisierung“ Deutschlands – eher ablehnend gegenüber standen (die BRD trat 1952 einer westlichen „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ bei, die jedoch nicht verwirklicht wurde).

Der Gedanke an eine Neutralität war seit 1945 nicht neu – neu war hingegen 1953 das Bemühen, die Neutralität mit dem Staatsvertrag zu verknüpfen. Auf der Berliner Außenministerkonferenz im Jänner 1954 (der ersten seit 1949!) beantragte der sowjetische Außenminister Molotow einen vertraglichen Bündnisverzicht für Österreich. Der Westen war wegen der Beispielwirkung für Deutschland gegen diese Forderung, meinte aber, Österreich könnte einen solchen nachträglich selbst beschließen. In den Verhandlungen waren die Sowjets kompromissbereit. Allerdings wollten sie – als Gegengewicht zu den westalliierten Truppen in Österreich – erst nach einem Friedensvertrag mit Deutschland abziehen. Dafür kamen die Sowjets der österreichischen Regierung bei den Wirtschaftsfragen entgegen, als sie zur Ablöse des beschlagnahmten ehemaligen deutschen Eigentums nicht mehr direkte Zahlungen, sondern Warenlieferungen akzeptierten. Die Verknüpfung dieser Aspekte lehnte die österreichische Regierung jedoch ab.

Nach dem Scheitern dieser Verhandlungen dauerte es fast ein Jahr, bis die sechste und letzte Phase auf dem Weg zur österreichischen Unabhängigkeit eintrat.

Anfang 1955 stärkte sich die innersowjetische Position des ersten Sekretärs der KPdSU Nikita Chruschtschow. Man wollte der Weltöffentlichkeit „Entspannung“ signalisieren. Die Außenpolitik der UdSSR ließ durchblicken, dass man in der Frage des Truppenabzuges konzessionsbereit wäre, sobald eine Lösung gefunden sei, die einen Anschluss Österreichs in das eben erst gegründete westliche Militärbündnis ausschließe. Darauf machte Bundeskanzler Raab den Vorschlag, am zweckmäßigsten sei eine Garantie aller vier Großmächte für die Unverletzbarkeit des österreichischen Staatsgebietes. Damit wurde es möglich, die Österreichfrage selbständig und unabhängig von anderen Friedensregelungen in Europa zu behandeln. Staatssekretär B. Kreisky brachte dann die allgemein akzeptierte Formel „Neutralität nach dem Muster der Schweiz“ in die Verhandlungen ein.

Nun ging alles sehr rasch. Am 15. April wurde im „Moskauer Memorandum“ durch eine österreichische Delegation in den Vertragsentwürfen das Wort „Neutralität“, auf das es der Sowjetunion besonders ankam, ebenso wie eine Abzugsfrist fremder Truppen fixiert. Auch hier kamen die Russen den Österreichern entgegen.

Der letzte Schritt wurde am 15. Mai 1955 mit der Unterzeichnung der Dokumente im Wiener Schloss Belvedere durch die Außenminister der vier Siegermächte und dem österreichischen Außenminister Figl gesetzt. Nachdem auch der letzte ausländische Soldat Österreich verlassen hatte, beschloss der Nationalrat aus freien Stücken das Gesetz der immer währenden Neutralität (26. Oktober 1955). Mit der Aufnahme in die Vereinten Nationen im Dezember 1955 wurde Österreich wieder gleichberechtigtes Mitglied der internationalen Völkergemeinschaft.



15. Mai 1955: Außenminister Figl zeigt vom Balkon des Belvedere in Wien die Seite mit den Staatssiegeln der signierenden Mächte und den Unterschriften der Außenminister. Als zweiter von links ist (halb abgewendet) Dulles zu sehen, rechts neben ihm Pinay, dann Figl, Molotow und der österreichische Bundeskanzler Raab. Links und rechts außen werden die Minister flankiert durch den US-amerikanischen bzw. den sowjetischen Botschafter in Wien. Durch das Urkundenbuch zum Teil verdeckt ist der damalige österreichische Vizekanzler Dr. Adolf Schärff.

T 5 Der Vertragstext

Der Staatsvertrag umfasst eine Präambel, neun Teile mit 38 Artikeln, 2 Annexe (Anhänge) und 5 Listen.

Der Teil I des Vertragstextes enthält politische und territoriale Bestimmungen, darunter das Verbot des wirtschaftlichen und politischen Anschlusses an Deutschland sowie der Restauration der Habsburger.

Im Artikel 7 wurde festgelegt, dass österreichische Staatsangehörige der slowenischen und kroatischen Minderheiten das Recht auf gleiche Bedingungen wie alle anderen österreichischen Staatsangehörigen haben, wie das Recht auf eigene Organisationen, eigene Sprache, eigene Schulen, Ortstafeln in ihrer Sprache und die Anerkennung dieser als Amtssprache zusätzlich zum Deutschen.

Der Teil II umfasst Bestimmungen für die Luftfahrt und das Militär, die Teile IV bis VIII behandeln Eigentums- und Rechtsfragen und der Teil IX enthält die Schlussbestimmung über die Auslegung und die Ratifikation.

7.2.2 Die österreichische Neutralität

Das Bundesverfassungsgesetz über die Neutralität Österreichs umreißt bereits in den ersten beiden Punkten des Artikels Umfang und Wesen der österreichischen Neutralität:

Punkt 1:

„Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immer währende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.“

Punkt 2:

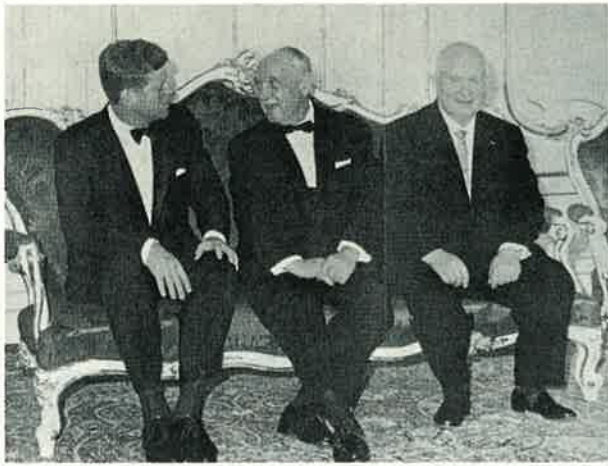
Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.“

Assoziierung an EG

Eine der Fragen, die damit in Zusammenhang standen, war ein Arrangement (hier: Verbindung) Österreichs mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Zunächst kam nur der Beitritt zur EFTA in Frage. Nach langwierigen Verhandlungen mit der EG-Kommission in Brüssel gelang 1972 ein Assoziierungsvertrag, den die Sowjetunion nicht als Neutralitätsverletzung betrachtete.

Beziehungen nach allen Seiten

Die Neutralität legte Österreich nicht nur Verpflichtungen auf, sie gab auch Möglichkeiten; Österreich konnte in der Zeit der Blockbildung und des Kalten Krieges zwischen Ost und West seine Beziehungen in alle Richtungen frei entfalten. Es konnte Chancen wahrnehmen, die ihm bei der Zugehörigkeit zu einem der Machtblöcke verwehrt gewesen wären. Es konnte seine Dienste als Vermittler anbieten oder sein Territorium (Landfläche) für Ge-



Im Juni 1961 war das neutrale Österreich Schauplatz wichtiger Ost-West-Gipfelgespräche. Das Bild zeigt US-Präsident John Fitzgerald Kennedy und Nikita Chruschtschow mit Bundespräsident Dr. Schürz beim Staatsempfang am 3. Juni 1961.



Bundespräsident Dr. Kirchschräger begrüßt die Staatschefs der USA und UdSSR, Jimmy Carter und Leonid Breschnew, die anlässlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrages im Juni 1979 nach Wien gekommen waren.

Organisationen der UN in Wien – dritter UNO-Sitz (nach New York und Genf)

sprache und Verhandlungen selbst der führenden Persönlichkeiten der Supermächte zur Verfügung stellen. In diesem Sinne sind auch die Bemühungen Österreichs zu verstehen, Organisationen der Vereinten Nationen zu beherbergen. Der Bau der UNO-City in Wien zeigt deutlich, für wie wichtig die österreichischen Politiker diese Funktionen Österreichs halten (nach New York und Genf dritter UNO-Sitz). Die Unterzeichnung eines Rüstungsbeschränkungsabkommens zwischen den USA und der Sowjetunion durch Präsident Carter und den Parteivorsitzenden Breschnew im Juni 1979 in Wien hat die Bedeutung dieses Staates als Begegnungsort bestätigt.

Erst ab 1988 stellte die Debatte über das Ansuchen Österreichs um EU-Beitritt die Neutralität in Frage. Nach dem Ende des Ostblocks in den 90er Jahren verstärkte sich die Diskussion um einen Beitritt Österreichs zum westlichen Verteidigungsbündnis NATO.

T 6

In ihrem Beitrittsansuchen, dem „Brief nach Brüssel“ im Juli 1989, schrieb die österreichische Bundesregierung daher folgenden Kernsatz:

... Österreich geht bei der Stellung dieses Antrages ... davon aus, dass es auch als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft ... in der Lage sein wird, die ihm aus seinem Status als dauernd neutraler

Staat erfließenden Verpflichtungen zu erfüllen und seine Neutralitätspolitik als spezifischen Beitrag zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in Europa fortzusetzen.

T 7

„Die sorgfältige Pflege der immer währenden Neutralität als ein stabilisierendes Element der europäischen und der internationalen Ordnung wird daher auch weiterhin eine zentrale Aufgabe der österreichischen Politik bleiben.“ (Bundeskanzler Franz Vranitzky [SPÖ] in der ZiB 1 vom 26. 10. 1990)

BK Klima betonte, dass für ihn die Neutralität Österreichs mit dem EU-Vertrag von Amsterdam (Anm.: zur gemeinsamen Außenpolitik) vereinbar sei. Auf dem Kölner Gipfel 1999 habe man zudem ganz klar gestellt, dass alle Aktionen der GASP nur in Übereinstimmung mit der UNO-Charta durchgeführt werden dürfen.

Quelle: Die Presse, 19. 6. 1999

T 8

Der zweite Diskussionsbeitrag kam von FPÖ-Obmann Jörg Haider, der im September 1990 bei einem Vortrag in München erklärte, die Neutralität sei eine Beschränkung der Souveränität Österreichs und ein Hindernis bei der EG-Integration. In zwei ORF-Interviews, rund um den Nationalfeiertag 1990, erklärte er dazu Folgendes: „Es ist nicht notwendig, neutral zu sein, um auch als Kleinstaat eine aktive Rolle der guten Nachbarschaft, der vermittelnden Dienste zu spielen. Das können S' von mir aus an den Belgiern ablesen, das können S' von den Schweizern ablesen, die erstmals, obwohl sie dauernd neutral sind, sich an den Sanktionen der UNO

beteiligt haben ... Wenn die EG zu der Entscheidung kommt, dass die Neutralität nicht vereinbar ist, dann wird's also die politische Entscheidung zu treffen gelten. Und für mich hat das im Rahmen Platz, wo man sagt: Gibt's also ein kollektives europäisches Sicherheitssystem, dann ist das bedenkenlos, weil dann müssen wir sowieso dort mitmachen, weil sonst haben wir in der Neutralität überhaupt keine Funktion mehr.“ Frage: „Dann Neutralität aufgeben?“ Haider: „Selbstverständlich.“ (Jörg Haider in der ZiB1 vom 28. 10. 1990)

T 9

Ganz unauffällig, am Rande eines Besuchs in Österreich, sind die Unterschriften gesetzt worden. Österreich und Russland haben damit festgehalten, welche bilateralen (= zweiseitigen) Verträge auch in Zukunft zwischen ihnen nach dem Untergang der Sowjetunion gelten werden. Vom Staatsvertrag war dabei nicht die Rede. Damit ist die aktuelle juristische und politische Relevanz dieses Dokuments so gut wie beendet, auch wenn das die Russen offiziell nie zugeben würden. Zumindest zwischen Wien und Moskau hat der Staatsvertrag nur noch historische Bedeutung.

Österreich tritt damit nicht mehr als Produkt des Weltkriegs oder der vier Siegermächte im internationalen Geschehen auf, sondern als gleichberechtigter Staat, der nicht unter potentieller Vormundschaft der vier Großen steht. Dass es Bestimmungen wie Menschenrechts- oder Minderheitenschutz auch weiter penibel einhalten wird, ist in einem Rechtsstaat selbstverständlich – so wie das in allen Staaten selbstverständlich sein sollte.

Quelle: Die Presse, 16. 6. 1993

T 10 Abschied von der Neutralität? Österreich nähert sich der NATO und WEU

WIEN (SN-a. k.). Europa sei derzeit dabei, aus NATO und WEU (Westeuropäische Union) und KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit) eine gemeinsame europäische Sicherheitsordnung zu schaffen. Österreich sollte daran „aktiv mitwirken“. Diese außenpolitische Leitlinie wolle die ÖVP in der kommenden Legislaturperiode verwirklichen.

Khol fügte hinzu: „Die Vollmitgliedschaft bei der WEU bedeutet das Ende der Neutralität.“ Die Abschaffung der Neutralität werde ohne Volksabstimmung vonstatten gehen.

Über den Beitritt zur WEU sowie zur NATO-„Partnerschaft für den Frieden“ herrscht in der Koalition Einmütigkeit, nicht aber über die Konsequenzen für Österreichs Neutralität. Während Bundeskanzler Franz Vranitzky die Meinung vertritt, Österreich könne auch als neutraler Staat an dem in Entstehung begriffenen europäischen Sicherheitssystem mitwirken, hat die ÖVP der Neutralität bereits abgeschworen. Das WEU-Konzept enthalte eine automatische und vorbehaltlose Beistandspflicht, sollte einer der Mitgliedstaaten angegriffen werden. Das sei mit der Neutralität unvereinbar, erläuterte Khol.

Quelle: Salzburger Nachrichten, 17. 9. 1994

T 11

Bundespräsident Thomas Klestil fordert eine „berechenbare“ österreichische Außenpolitik fern von Nostalgie ein. 1955 sei das Neutralitätsgesetz ein „mutiger und wegweisender Schritt“ gewesen, so der Bundespräsident in seiner letzten Neujahrsansprache (...). Ebenso mutig müsse auf die veränderten Bedingungen reagiert werden. Eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik „mit allen Rechten und Pflichten“ sei daher offen zu diskutieren. Bei Änderungen müsse es letztlich zu einer Volksabstimmung kommen. Mit der EU-Erweiterung bringe das Jahr 2004 eine der „bedeutendsten Veränderungen“ in der jüngeren Geschichte Österreichs. (...) „Man kann nicht nur das sagen, was populär ist, sondern muss auch das tun, was notwendig ist. Mehr denn je braucht Österreich eine berechenbare Außenpolitik, die volle Anerkennung und in der europäischen Gemeinschaft findet.“ Dazu gehöre die Frage der gemeinsamen Sicherheitspolitik: auf neue Bedingungen müsse reagiert werden: „Denn wir sind es den kommenden Generationen schuldig, dass wir uns nicht aus Nostalgie den Weg in eine solidarische europäische Zukunft verbauen.“ (...) Quelle: Die Presse, 2.1.2004



Quelle: OÖN, 29. 12. 97 – Dauerstreit in der SP/VP-Koalition

T 12

Der 11. September (2001) brachte die Wende. Vorher war es schwer denkbar, dass Heinz Fischer, Vordenker der SPÖ in der Sicherheitspolitik, Militärtransporte im österreichischen Luftraum offensiv unterstützt; oder dass Parteichef Gusenbauer ohne Zaudern erklärte, die Neutralität sei „nicht zur Anwendung zu bringen“, wenn der Feldzug gegen den Terrorismus beginnt. Die Regierungsparteien wissen, dass die große Mehrheit der Bürger am Mythos der Neutralität hängt, auch wenn diese in der politischen Praxis nur noch als minimaler Restbestand existiert. (...) Es wird also in absehbarer Zeit keine Initiative für eine Gesetzesänderung geben, die dann noch durch eine Volksabstimmung zu billigen wäre. Damit ist die Diskussion über den baldigen NATO-Beitritt hinfällig, mögen noch so viele Argumente für diesen Schritt sprechen. Auch der Abtausch von Neutralität und Bündnisfreiheit kommt für die Regierung nicht in Betracht, weil ebenfalls das Gesetz geändert werden müsste – mit den vorhersehbaren Folgen, siehe oben.

Dass saubere Optionen fehlen, (...) geschah jedenfalls seit dem EU-Beitritt wider besseres Wissen. Denn dass die Teilnahme an einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gewisse Pflichten einschließt, wusste Vranitzky wie Klima (SPÖ). Nur wurde es nicht an die große Glocke gehängt. Die neue, pragmatische Sicherheitspolitik hat vier Eckpunkte: Die zunehmende Verflechtung der Sicherheitsinteressen demokratischer Staaten verlangt Flexibilität – (...) „Trittbrettfahren“ ist nicht mehr möglich – wenn man die Vorteile kollektiver Anstrengungen konsumieren möchte, muss man einen gleichwertigen Beitrag leisten; die klassische „Landesverteidigung“ ist out – personelle und materielle Kapazitäten sind den aktuellen Herausforderungen anzupassen; die räumliche Entfernung zu Konfliktherden ist bedeutungslos geworden, wie der Terrorismus und die Flüchtlingsströme beweisen. Das ist seit dem 11. September die Wirklichkeit. Fluchtversuche auf einem Sonderweg sind sinnlos.

Quelle: Kurier, 23.9.2001

A Arbeitsaufgaben:

- Vergleichen Sie die Aussagen zur österreichischen Neutralität nach ihrer jeweiligen Einschätzung.
- Versuchen Sie selbst, einige in jüngster Vergangenheit gemachte Aussagen oder die Entwicklung im Rahmen der NATO-Diskussion zu dokumentieren.